

Die Militarisierung unserer Gesellschaft- unaufhaltsam?



INHALT

I. Beiträge zum Schwerpunktthema

- S. 7Deutschlands (neue) Großmachtambitionen
- S. 14Angriffskrieger lassen sich straffrei stellen
- S. 18Die Bundeswehr in den Schulen
- S. 19Kein Werben fürs Sterben
- S. 28„Friedensbildung.Dient.Allen“ statt „Wir.Dienen.Deutschland“
- S. 41Bundeswehr-Werbung in der Kritik
- S. 44Plädoyer für eine Reform der Soldatenseelsorge
- S. 47Reform der Militärseelsorge. Die Position von pax christi
- S. 50Predigt zum Weltfriedenstag 2016

II. Themen aus der Mitgliedschaft - kontrovers

- S. 55Das Versagen der Berichterstattung in der Syrienfrage

III. Berichte aus dem Diözesanverband

MELDUNGEN AUS DEM BÜRO

- S. 65Erstes Interview mit unserem Geistlichen Beirat Klaus Hagedorn
- S. 71Gelebte Option für die Armen: Bernd Mülbrecht
- S. 79Johannes XXIII. auf Wanderschaft
- S. 81Ein aktueller Bericht unserer „Friedis“ aus der ukrainischen Hauptstadt

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 86Gedenkfeier zum 9. November 1938 in Coesfeld
- S. 87Brandstifter damals – Brandstifter heute
- S. 90Eine Brücke nach Kirkuk. Yosé Höhne-Sparborth berichtet aus dem Irak
- S. 91Neujahrsempfang des Diözesankomitees der Katholiken
- S. 93Podiumsdiskussion: Herausforderung der christlichen Friedensethik
- S. 97Migration – meine eigene und die anderer. Studientag in Freckenhorst
- S. 102Kleine Pazifismusreihe: „Das Märchen vom menschenfreundlichen Krieg“
- S. 107Aus der Werkstatt des Politischen Nachtgebetes
- S. 109Rezension: Markus Tiedemann - Meine Nacht mit Jesus.
- S. 110Rezension: Peter Bürger - Sauerländische Friedensboten.
- S. 113Glosse

III. Termine und Hinweise

- S. 114Termine und Ankündigungen

Liebe Freundinnen und Freunde von pax christi,

der frühere Bundeskanzler Kohl hat die Bundeswehr früher oft als „größte Friedensbewegung Deutschlands“ bezeichnet. Der Zynismus, der in dieser Aussage liegt, ist in den letzten Jahrzehnten erheblich größer geworden: was „verteidigen“ deutsche Soldaten eigentlich wo und warum und was haben die direkten und indirekten militärischen Interventionen für den Frieden in der Welt tatsächlich bewirkt? Diese Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der neuen angestrebten Großmachtrolle Deutschlands, für die das Militär unverzichtbar ist. Unsere Autoren beschäftigen sich außerdem mit der geplanten Straffreistellung von Regierenden und Soldaten, die einen Angriffskrieg auslösen, mit den Werbekampagnen der Bundeswehr insbesondere bei Jugendlichen und der staatlich finanzierten Militärseelsorge als Legitimation militärischen Handelns. Der „Kampf um die Köpfe“, der beim Thema Militär und Bundeswehr derzeit stattfindet, ist eine eminent wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung, in der die Friedensbewegung gefordert ist.

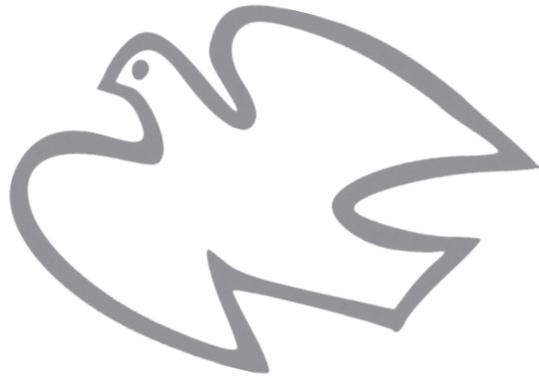
Die Friedensbewegung lebt auch von Kontroversen, die notwendig sind, weil das, was geschieht, oft nicht leicht zu verstehen und eindeutig zu bewerten ist. Der Kampf um die Deutungshoheit, was z.B. den Syrienkrieg angeht, tobt seit längerer Zeit in den Medien. Nach wie vor gilt: Jede Erkenntnis, jede scheinbar „objektive“ Berichterstattung, ist interessen- und perspektivenbedingt. Deshalb eröffnen wir in dieser Ausgabe eine kontroverse Auseinandersetzung (die es auch schon innerhalb der Redaktion gab) mit einem Diskussionsbeitrag von Hans-Joachim Werner zu den Hintergründen des Kriegs in Syrien. Die Redaktion teilt nicht alle Aussagen des Artikels; wir glauben aber, dass die Debatte um das, was in Syrien passiert, geführt werden muss, und laden herzlich zur Teilnahme daran ein.

pax christi im Diözesanverband Münster ist auf vielen Ebenen aktiv, insbesondere mit engagierten Menschen wie unserem neuen geistlichen Beirat Klaus Hagedorn, der sich in dieser Ausgabe vorstellt, mit dem Kreis von Menschen, ders

den Papst-Johannes XXIII-Preis verleiht und mit unseren Friedensdienstleistenden in Kiew, die zu Wort kommen. Außerdem berichten wir über zahlreiche Veranstaltungen verschiedener Art, die in den letzten Monaten in unserem Bistum stattgefunden haben. Eine Glosse, Buchempfehlungen und Termine runden die Ausgabe ab.

Herzlichen Dank an alle Mitglieder und Mitstreiter*innen, die pax christi im Bistum lebendig machen! Die Redaktion wünscht viel Freude und viele Anstöße beim Lesen.

Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel



Erklärung der Redaktion

Am 20.6.2016 entschied ein Ausschuss des VDD (Verband der Diözesen Deutschlands) unter Federführung einer Wirtschaftsberatungsorganisation (!), dass der Zuschuss des VDDs für pax christi – Bundesebene – ab 2018 bis 2020 auf Null zurückgefahren werden soll. Erst 4 Monate

später, am 7.10.2016, wird die Generalsekretärin von pax christi von diesem Beschluss mündlich informiert. Eine Begründung für diesen Beschluss wurde bis heute (5.3.2017) nicht mitgeteilt. Es geht um 60.000.- € pro Jahr, etwa ein knappes Viertel des Gesamtetats von pax christi auf Bundesebene.

Nach dem Bekanntwerden des Beschlusses folgte eine große Zahl von internen schriftlichen und mündlichen Versuchen, den Beschluss rückgängig zu machen. Erst am 16.1.2017 erfolgte die Information der Öffentlichkeit durch pax christi. Seitdem gibt es eine Vielzahl von Stellungnahmen, unter anderen vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, von Bundestagspräsident a.D. Wolfgang Thierse und anderen, zudem eine öffentliche Petition mit bisher über 5.000 Unterschriften. Doch es bewegt sich bei der Bischofskonferenz nichts. Man müsse eben sparen, heißt es seitens des VDD – und das trotz der übersprudelnden Kirchensteuer.

Die Redaktion der pc-Korrespondenz protestiert gegen diesen Beschluss, der die Arbeit von pax christi auf Bundesebene schwer beschädigt. Ausgerechnet jetzt wird angesichts der vielen Kriege, der deutschen Waffenexporte, die anderswo Konflikte militärisch anheizen, und angesichts unserer Wirtschaftspolitik, die z.B. Menschen in Afrika durch Exporte zu Dumpingpreisen die Lebensgrundlage entzieht, eine wichtige Stimme, die zu Frieden und Gerechtigkeit, zu Solidarität und Menschenwürde für alle aufruft und sich

in vielen Aktionen dafür einsetzt, von der Bischofskonferenz die finanzielle Grundlage entzogen.

Gerade in diesen Tagen findet der große friedenspolitische Kongress der Aktion Aufschrei gegen die deutschen Waffenexporte in Frankfurt statt, der maßgeblich von pax christi vorbereitet wurde. Der Nuntius des Papstes in Deutschland hat in einem Grußwort die Wichtigkeit dieses Engagements betont und bekräftigt, dass dieses Engagement für gewaltfreie Konfliktlösungen die Friedensarbeit von Papst Franziskus unterstütze. Doch die deutschen Bischöfe entziehen dieser Arbeit ihre Unterstützung. Das macht uns sprachlos. Das empfinden wir als Skandal.

Wir wissen nicht, wie es um diese Sache steht, wenn unsere Korrespondenz erscheint. Wir laden die Leser*innen ein, sich über den Stand der Auseinandersetzung zu informieren und gegebenenfalls sich den Protesten - in welcher Form auch immer - anzuschließen. Die Verweigerung des Zuschusses darf nicht das letzte Wort sein. Unsere Friedensarbeit hat theologisch, pastoral und politisch die – doch insgesamt geringe - finanzielle Unterstützung der deutschen Kirche verdient!



Deutschlands (neue) Großmachtambitionen

Von der „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zur „Kultur der Kriegsfähigkeit“

Jürgen Wagner

Spätestens seit dem Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 ist in der öffentlichen Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt unüberhörbar ein neuer Ton zu vernehmen. Im Zentrum steht dabei die Forderung, Deutschland müsse seine – zumindest idealtypisch – bislang an den Tag gelegte „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik ad acta legen. Das hinter dem „Gauckismus“ stehende Gedankengebäude entstand allerdings nicht im luftleeren Raum. Es spiegelt vielmehr einen Elitenkonsens wider, der auf einen größeren weltpolitischen Einfluss Deutschlands abzielt. Hierfür werden wiederum die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Teilnahme an Militärinterventionen für zwingend erforderlich erachtet.

Zurückhaltung vs. Intervention

Vor noch nicht einmal allzu langer Zeit war jegliche deutsche Beteiligung an Militärinterventionen im Ausland noch undenkbar. Insofern verwundert es nicht, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche

Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und die damit einhergehende „Enttabuisierung des Militärischen“ rückblickend als die größte Errungenschaft seiner Amtszeit würdigte.¹

¹ Geis, Anna: Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, HSFK-Standpunkte, Nr. 2/2005, S. 2.

Besonders als aber der seit 2001 auch mit deutschen Soldaten geführte Afghanistan-Krieg ab Mitte des Jahrzehnts immer weiter eskalierte, nahm sowohl in der Bevölkerung als auch in Teilen der politischen Entscheidungsträger die Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr wieder zu. Sichtbarster Ausdruck dessen war ein in der Folge hochgradig umstrittener Passus im Schwarz-Gelben Koalitionsvertrag des Jahres 2009: „Wir handeln militärisch nur dann, wenn wir dies im Rahmen der VN, der NATO oder der EU sowie aufgrund einer völkerrechtlichen Legitimation tun können. Unberührt davon bleibt das Recht auf Selbstverteidigung. Von unserer Kultur der Zurückhaltung werden wir uns weiterhin leiten lassen.“²

Dementsprechend entschied die Bundesregierung im Jahr 2011, sich bei der Abstimmung über UN-Resolution 1973 zu enthalten³ und damit faktisch einer Teilnahme an einem Krieg gegen Libyen eine Absage zu erteilen.

Für große Teile der Entscheidungsträger war mit dieser Entscheidung, für die primär der damalige

Außenminister Guido Westerwelle verantwortlich gemacht wurde, „der Gipfel des Zumutbaren überschritten.“⁴ Auch der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière schaltete sich in diese Debatte ein. In seiner im Mai 2011 inmitten des Libyen-Krieges gehaltenen Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr erklärte er, der „Einsatz von Soldaten“ könne auch dann erforderlich sein, „wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Für andere demokratische Nationen ist so etwas längst als Teil internationaler Verantwortung selbstverständlich. Wohlstand erfordert Verantwortung.“⁵

Doch auch kurze Zeit später bei der Frage, ob sich Deutschland an einem möglichen Krieg gegen Syrien beteiligen würde, setzte Außenminister Guido Westerwelle auf eine politische Lösung für den Konflikt in dem Land. Es bleibe in der deutschen Außenpolitik bei einer „Kultur der militärischen Zurückhaltung“, sagte Westerwelle im ZDF-Morgenmagazin. Deutsch-

2 Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 26.10.2009, S. 123.

3 Libyen-Enthaltung in der Uno: Wie es zu dem deutschen Nein kam, Spiegel Online, 23.3.2014.

4 Hellmann, Gunther: Berlins Große Politik im Fall Libyen, in: WeltTrends, September/Oktober 2011, S. 19-22, S. 22.

5 Regierungserklärung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, zur Neuausrichtung der Bundeswehr vor dem Deutschen Bundestag am 27. Mai 2011 in Berlin.

land könne nicht jedes Mal, wenn Unrecht geschehe, mit der Armee eingreifen, „selbst, wenn es uns das Herz zerreißt in Anbetracht von Bildern, die wir sehen“.⁶

Dass die Schwarz-Gelbe Bundesregierung wenig Enthusiasmus an den Tag legte, den Verbündeten im Zweifelsfall beispringen zu wollen, stieß erneut in weiten Teilen des außen- und sicherheitspolitischen Establishments auf großes Unverständnis. Hier tat sich unter anderem Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ als einer der schärfsten Kritiker hervor: „Ein schlichtes ‘Ohne uns‘ würde die moralische Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik massiv unterminieren und die Partner der Bundesrepublik (erneut) fragen lassen, welche Lasten Deutschland denn in der internationalen Politik zu schultern bereit sei.“⁷

Es lag also nahe auf eine Kursbegradigung zu drängen – und genau zu diesem Zweck wurde das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ ins Leben gerufen, dessen Leitung wohl nicht von ungefähr ausgerechnet Markus Kaim übertragen wurde.

Neue Macht – Neue Verantwortung

Das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ wurde von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) sowie vom „German Marshall Fund“ (GMF) geleitet und durch den Planungsstab des Auswärtigen Amtes finanziert. Es versammelte zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 „außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen.“⁸ Sie erarbeiteten ein gleichnamiges im September 2013 veröffentlichtes Dokument. Leitend ist zunächst die Einschätzung, dass die engen Grenzen, die dem deutschen Agieren auf der Weltbühne in früheren Jahrzehnten gesetzt waren, heute in dieser Form nicht mehr existieren (S. 30). Außerdem wird bemängelt, dass diese sich bietende Gelegenheit bislang in keiner Weise nutzbringend ergriffen wurde: „Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen

6 Assads Panzer ersticken den Widerstand, Handelsblatt, 14.6.2011.

7 Kaim, Markus: Interventionsoptionen, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2012, S. 72-77, S. 77.

8 Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, SWP/GMF, September 2013. Alle Zitate in diesem Abschnitt entstammen diesem Dokument.

Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen. Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand.“ (S.9)

Um dieses Potenzial realisieren zu können, dürfe aber außen- und sicherheitspolitisch kein Stein auf dem anderen bleiben: „Die Umwälzungen in Deutschlands strategischem Umfeld (...) verlangen eine neue Definition deutscher Staatsziele.“ (S. 5) Als Begründung wird auf eine Floskel verwiesen, die verdächtig an das Spiderman-Motto „Aus großer Macht erwächst große Verantwortung“ erinnert: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“ (S. 2)

Unmissverständlich formuliert wird der Anspruch, künftig in der allerersten Riege der „Gestaltungsmächte“ mitspielen zu wollen: „Gefragt sind mehr Gestaltungswillen, Ideen und Initiativen. Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.“ (S. 3) Dies betreffe einerseits die Rolle in der Europäischen Union: „Seine Geschichte, seine Lage, aber noch mehr seine gegenwärtige wirt-

schaftliche Stärke und sein neues geopolitisches Gewicht geben ihm zugleich eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung der Europäischen Union. Deutschland wird hier öfter und entschiedener führen müssen; aber für gemeinsame europäische Ziele, und nur für und mit den anderen Mitgliedstaaten.“ (S. 20) Aber auch die Vereinten Nationen sollen künftig stärker in den Genuss deutscher Führung kommen, nämlich durch einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat (vgl. S. 14f.)

Generell werde Deutschland künftig „eigene Interessen und Werte deutlich(er) artikulieren müssen.“ (S. 44) Was darunter konkret verstanden wird, verdeutlicht folgende Passage: „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung (...) Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung.“ (S. 38 und 3). Auch vor Forderungen nach direkter militärischer Rohstoffsicherung wird nicht zurückgeschreckt: „Deutschlands

Streitkräfte [...] bleiben notwendig für die Landes- und Bündnisverteidigung; sie helfen, Krisen vorzubeugen sowie Konflikte einzudämmen und zu beenden; sie beteiligen sich an der Sicherung von Versorgungswegen; und sie retten notfalls deutsche Staatsbürger im Ausland.“ (S. 40)

Für diese ambitionierten Bestrebungen gelten die USA als unverzichtbarer Partner und die EU als elementarer Kräftermultiplikator deutscher Außenpolitik. Andererseits werden „Herausforderer“ und „Störer“ identifiziert. Zu den Erstgenannten zählen etwa Russland und China, mit denen es womöglich zu zunehmenden Konflikten kommen könnte (S. 33)

Die andere „Gegnerkategorie“ stellen die „Störer“ dar, Länder wie der Iran oder Venezuela, aber auch zerfallen(d)e Staaten wie Mali werden hier einsortiert. Sie soll, so erforderlich, die volle Wucht deutscher und internationaler Verantwortungspolitik treffen: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen [...] verletzen; da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische

Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“ (S. 17). Ob ein Mandat des UN-Sicherheitsrates bei Militäreinsätzen – und damit die Einhaltung von elementaren Grundpfeilern des Völkerrechts – zwingend erforderlich sei, dazu heißt es lapidar: „Bei dieser Frage blieben die Positionen innerhalb des Projekts unvereinbar.“ (S. 41)

Einig war man sich dagegen darin, dass der wichtigste Aktionsraum zunächst die EU-Nachbarländer sind, wo man sich als regionaler Hegemon etablieren will: „In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als regionale Ordnungsmacht Stabilität und gute Regierungsführung

anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften.“ (S. 26). Von Deutschland sei gefordert: „Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“

„Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen [...]“

(S. 43) Hierfür benötige man u.a. „eine international wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie“. (S. 43) Darüber hinaus sei es erforderlich, der Bevölkerung dieses ambitionierte Gesamtpaket effektiv zu vermitteln: „Staatliche Außenpolitik muss deshalb lernen, ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren, um zu überzeugen – die eigenen Bürger ebenso wie die internationale Öffentlichkeit.“ (S. 8)

Propagandaoffensive und die Entsorgung der Geschichte

Doch die deutsche Bevölkerung ist weiterhin alles andere als überzeugt vom „Gauckismus“. Nach den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage 2014 plädierten 1994 62 Prozent für ein größeres deutsches Engagement. Heute sind es noch 37 Prozent.⁹

Wohl genau aus diesem Grund setzte eine Propagandaoffensive ein. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Projekt „Review 2014“ des Auswärtigen Amtes, bei dem zahlreiche Autoren eingeladen wurden, ihre Forderungen an die deutsche Außenpolitik schriftlich zu formulieren. Auch wenn durchaus

die ein oder andere (halbwegs) kritische Stimme zu Wort kam, so war die Stoßrichtung des Projekts eindeutig darauf angelegt, dem Verantwortungsinterventionismus Gauckscher Prägung zusätzlichen Rückenwind zu verleihen. Das Fazit im führenden außenpolitischen Magazin Deutschlands fiel dann auch unter dem Titel „Abschied von der Juniorpartnerschaft. Für mehr deutsche Führung in und durch Europa“ dementsprechend aus.

Einer, der ebenfalls seine Ansichten zum Besten geben durfte, war der Politikprofessor Herfried Münkler, einer der wohl einflussreichsten Militärhardliner Deutschlands: „Deutsche Außenpolitik ist in Wahrheit an den Interessen Deutschlands, weniger an seinen Werten orientiert. Die Politik muss sich ehrlich machen, damit die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Ausrichtung deutscher Außenpolitik nicht die öffentliche Unterstützung gefährdet und ihre demokratische wie strategische Glaubwürdigkeit infrage stellt.“¹⁰ Münkler ist auch aus dem Grund von besonderem Interesse, weil er eine zentrale Rolle in einem weiteren wesentlichen Debattenstrang um Deutschlands Rolle in der Welt spielt. Neben Christopher

9 Deutschland soll sich weniger einmischen, Süddeutsche Zeitung, 20.5.2014.

10 Münkler, Herfried: Die gefährliche Kluft zwischen Schein und Tun, Auswärtiges Amt, Review 2014.

Clarks „Schlafwandler“ leistete sein Buch „Der große Krieg“ den wichtigsten Beitrag, um die – eigentlich seit vielen Jahren beendete – Auseinandersetzung um die deutsche Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg erneut zu eröffnen. Sein fast 1000seitiger Wälzer, in dem er diese Hauptschuld abstreitet, ist kein Selbstzweck, sondern Münkler versteht ihn als wichtigen Beitrag für ein neues deutsches Weltmachtverständnis: „Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem Schuld gewesen.“¹¹ Deshalb würde sich Deutschland lieber frei kaufen anstelle Europa an den Krisenrändern zu stabilisieren.

Und genau so wie es gemeint war, wurde diese Passage auch aufgenommen: „[Gauck] erkannte an, dass militärische Beiträge von Deutschland wegen seiner historischen Schuld aus der Zeit des Nationalsozialismus lange nicht

verlangt worden seien. Doch nun dürfe Pazifismus kein Deckmantel für Bequemlichkeit werden. Er bestritt, dass Deutschland wegen seiner Geschichte dauerhaft ein ‚Recht auf Wegsehen‘ erworben habe. Dies führe zu ‚so etwas wie Selbstprivilegierung‘.“¹²

So erschreckend diese Entwicklungen sind, gibt es doch einen Lichtblick, denn das geballte militaristische Trommelfeuer verlief bislang augenscheinlich weitgehend im Sande. Eine neuerliche Befragung Anfang 2015 ergab, dass die Skepsis gegenüber dem Gauckismus in der deutschen Bevölkerung sogar weiter angestiegen ist.¹³

(für diese Ausgabe stark gekürzte Fassung; die Originalversion findet sich unter <http://www.imi-online.de/2015/01/31/deutschlands-neue-groessmachtambitionen/>)

11 zitiert nach Frank Deppe, Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in »neuer Verantwortung«. Eine Flugschrift.

12 Gauck fordert neue deutsche Außenpolitik, FAZ, 31.1.2014.

13 „Eine [...] Umfrage von TNS Infratest zeigt...: Nur 34% (2014: 37%) befürworten ein stärkeres Engagement, 62% lehnen es ab (2014: 60%).“ Munich Security Report: <https://www.securityconference.de/debate/munich-security-report/>

Jürgen Wagner ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Die IMI arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. Esi st es ihr Ziel mit ihren Analysen und Informationen einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten Mehr Informationen unter <http://www.imi-online.de>

Angriffskrieger lassen sich straffrei stellen

Die Aufhebung des Artikels 80 des Strafgesetzbuches und ihre Folgen

Martin Singe

Mehrfach haben Personen aus der Friedensbewegung und auch aus dem Grundrechtekomitee Strafanzeigen gegen verschiedene Mitglieder von Bundesregierungen wegen des Führens von Angriffskriegen gestellt. Völkerrechtswidrig waren u.a. die Kriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen. Heute sind die Beteiligung am Syrienkrieg, ebenso wie die Beteiligung der Bundesregierung an den von Ramstein aus gesteuerten Drohnenmorden der USA völkerrechtswidrig.

Die standardisierte Antwort des Generalbundesanwaltes auf Strafanzeigen lautete stets: Im Strafgesetzbuch (StGB § 80) sei nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges, nicht die Führung eines solchen unter Strafe gestellt. Das stimmt formal, aber nicht inhaltlich. In der Bundesdrucksache V/2860 zum Strafrechtsänderungsgesetz von 1968 hieß es: „Paragraph 80 umfasst nicht nur, wie der Wortlaut etwa annehmen lassen könnte, den Fall der Vorbereitung eines Angriffskrieges, sondern erst recht den der Auslösung eines solchen Krieges.“



So fordert auch das Grundgesetz in Art. 26 Abs. 1 ausdrücklich, friedensstörende Handlungen generell unter Strafe zu stellen. Bislang wurde zwar von Juristen eine Strafbarkeitslücke darin gesehen, dass im StGB nur die Vorbereitung des Angriffskrieges ausdrücklich unter

Strafe gestellt war. Als Begründung dafür wurde angegeben, dass es bislang keine hinreichende völkerrechtliche Definition des Angriffskrieges gebe, um dessen Führung unter Strafe zu stellen.

Die Änderung des Gesetzes ab 2017

Zum 1. Jan. 2017 trat ein Gesetz in Kraft, nach dem der Angriffskrieg strafrechtlich sanktioniert werden soll (Bundesgesetzblatt 3150). Artikel 80 StGB wird aufgehoben, dafür wird im Völkerstrafgesetzbuch ein neuer §13 eingefügt, der in Anlehnung des in Kampala 2010 geänderten Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) mit dem Titel „Verbrechen der Aggression“ überschrieben ist. Auf den ersten Blick denkt man: endlich mal ein Fortschritt. Auf den zweiten Blick erkennt man allerdings, dass es eigentlich um eine umfassende Straffreistellung von Regierenden und Soldaten geht, die einen Angriffskrieg auslösen oder sich daran beteiligen. Die schon engen IStGH-Vorgaben werden noch enger ausgelegt, was mit den Vorgaben des Grundgesetzes und seines Friedensgebotes nicht vereinbar ist. Übrig bleibt rein symbolisches Strafrecht, dessen Anwendung nie vollzogen werden wird.

Erstens: Das Gesetz schließt sämtliche Kriegshandlungen aus, die nicht „offenkundig“ völkerrechtswidrig sind („Schwellenklausel“). Offenkundig bedeutet, dass der Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen für jeden Betrachter von außen auf der Hand liegen und jenseits jeden Zweifels liegen muss“. Durch diese „Filterfunktion“ werde „nur ein Teilbereich völkerrechtswidriger Gewaltanwendung tatbestandlich erfasst“. „Damit ist nicht jede völkerrechtswidrige staatliche Gewaltanwendung zugleich ein Aggressionsverbrechen. Rechtlich umstrittene Einsätze, wie im Rahmen humanitärer Interventionen und Fälle von nicht hinreichender Intensität sollen davon (vom Gesetz, d.V.) gerade nicht erfasst werden“ (Deutscher Bundestag „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Völkerstrafgesetzbuches“, Drucksache 18/8621, 01.06.2016). Somit werden sämtliche Kriegseinsätze, die z.B. als „humanitäre Interventionen“, als präventive Selbstverteidi-

Es handelt sich um eine umfassende Straffreistellung von Regierenden und Soldaten [...], die einen Angriffskrieg auslösen oder sich daran beteiligen

gung oder Terrorismusbekämpfung ausgegeben werden, aus der Strafbarkeit herausgenommen. Bezug genommen wird dabei auch auf das „Völkergewohnheitsrecht“, d.h. wenn Regierende lang genug gegen Völkerrecht verstoßen, hat eben das Recht verloren.

Zweitens: Das Gesetz schließt die Verantwortlichkeit von Soldaten für ihre Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen aus. Die sog. Führungsklausel beschränkt den Straftatbestand auf den Täterkreis höchster „Staatenlenker“. Statt den Widerspruch dieser Führungsklausel zu Art. 26 GG anzuerkennen und gesetzlich zu beseitigen, argu-



mentiert die Bundesregierung in ihrer Gesetzesbegründung mit einer „völkerrechtlichen Fortentwicklung“. In Wirklichkeit wird sich vom Grundgesetz fortentwickelt. Eine Beschränkung auf „oberste

Staatenlenker“ exkulpiert sämtliche Militärangehörige von ihrer eigenen Verantwortung, auf die die KSZE in einer Vereinbarung von 1994 ausdrücklich hingewiesen hatte und die auch im deutschen Recht bislang galt – in Anlehnung an die Nürnberger Prinzipien: Während Vorgesetzte Befehle nur im Einklang mit dem Völkerrecht erteilen dürften, entbinde diese Verantwortung der Vorgesetzten „die Untergebenen nicht von ihrer individuellen Verantwortung“ (vgl. Jürgen Rose: Afghanistan - Die Kriegsdebatte: Gehorsam oder Gewissen? In FriedensForum 6/2009).

Drittens: Das Gesetz verwirft das Weltrechtsprinzip, indem es die Verantwortung der Bundesregierung auf Fälle begrenzt, die einen Bezug zur Bundesrepublik haben: die Täter müssen Deutsche sein oder es muss eine Bedrohung der Bundesrepublik durch die Tathandlung ausgelöst werden. Art. 26 GG enthält diese Beschränkung gerade nicht. Die neue Rechtslage bedeutet, dass nichtdeutsche Aggressionskrieger von einer Strafverfolgung von vornherein ausgeschlossen werden. Anklagen, wie sie z.B. gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld von Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck erhoben wurden, sind nun von vornherein zum Scheitern

verurteilt. Die Bundesregierung argumentiert, dass durch den ausdrücklichen Deutschlandbezug auch einer Überlastung der deutschen Justiz entgegengewirkt werden solle. Arme deutsche Justiz!

Die Neuregelungen widersprechen dem Grundgesetz

Kurzum: die Neuregelungen der Strafbarkeitsbestimmungen von kriegerischen Aggressionshandlungen widersprechen dem Grundgesetz sowohl hinsichtlich seiner Präambel, „dem Frieden der Welt zu dienen“, als auch direkt dem Artikel 26 Grundgesetz. Die Summe der Einschränkungen, denen die neue gesetzliche Regelung unterliegt, bedeutet, dass überhaupt keine Anklagen wegen des Aggressionsverbrechens mehr denkbar sind. Die Hürden einer Strafverfolgung werden so hoch gesetzt, dass zumal von einem regierungsweisungsgebundenen (Gewaltenteilung!?) Generalbundesanwalt endgültig keine einzige Anklage mehr erwartbar ist. Sämt-

liche völkerrechtswidrigen Kriege seit dem Angriff auf Jugoslawien wurden mit völkerrechtsverdrehenden Begründungen verkauft, so dass die „Offenkundigkeit“ von kriegerischen Aggressionen in Staatsjuristenaugen auch in Zukunft nie gegeben sein wird. Zudem sind die Herausnahme sämtlicher nichtdeutscher Täter von möglicher Strafverfolgung und die Generalexkulpation deutscher SoldatInnen skandalös.

Als letzte Frage bleibt, warum Deutschland die internationalen Vorgaben relativ schnell in nationales Recht überführt hat. Nur wenn ein Nationalstaat Aggressionsverbrechen nicht ernsthaft verfolgt, ist eine Überstellung von Kriegsverbrechern nach Den Haag möglich. Hatten die deutschen Regierenden bis hin zu allen Abgeordneten, die völkerrechtswidrigen Kriegen regelmäßig zustimmen - wir haben ja ein „Parlamentsheer“ - bei der Gesetzesverabschiedung Angst vor Den Haag? Jedenfalls können deutsche Angriffskrieger nun wieder in Ruhe schlafen.

Martin Singe arbeitet als Referent beim Komitee für Grundrechte und Demokratie (grundrechtekomitee.de), ist Mitglied der Redaktion des FriedensForums und Mitglied bei pax christi Bonn. Der vorliegende Text wurde auf <http://www.grundrechtekomitee.de/node/831> publiziert.

Die Bundeswehr in den Schulen

Das Thema „Bundeswehr in den Schulen“ ist ein Thema, das seit langer Zeit auf der Agenda von pax christi und anderen Organisationen der Friedensbewegung steht. Der Einsatz von Jugendoffizieren und Karriereberater*innen zur Rekrutierung Jugendlicher, oftmals auch minderjähriger Schüler*innen, entstand auch aus dem Mangel an Rekrut*innen nach der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011.

Die folgenden Artikel analysieren die Problematik und stellen mögliche Lösungsansätze und Alternativen vor. Zwar enthalten

sie inhaltliche Überschneidungen, haben aber unterschiedliche Schwerpunkte bzw. Perspektiven: Während Klaus Pfisterer vor allem die aktuelle Entwicklung sowie die spezielle Situation, auch die des Widerstands, in Baden-Württemberg beschreibt, analysieren Achim Schmitz und Peter Heim auch die Hintergründe zur neuen Rekrutierungswelle der Bundeswehr und stellen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die verschiedene Zielgruppen sowie die Reaktionen in der Öffentlichkeit und der Bundeswehr auf den Widerstand vor.



Kein Werben fürs Sterben

Klaus Pfisterer

Die Bundeswehr ist in zahlreichen Kriegs- und Krisengebieten (Afghanistan, Mali, Kosovo, Somalia, vor dem Libanon, im Sudan und weiteren Ländern) eingesetzt. Für diese Einsätze werden Soldaten benötigt. Die neue Trump-Regierung in den USA fordert Europa auf mehr Verantwortung zu übernehmen, was nichts anderes heißt als mehr Soldaten und höhere Rüstungsausgaben. Die Eskalationsspirale dreht sich weiter nach oben und wird bedrohlicher.

In Deutschland muss intensiv um junge Menschen für das Kriegshandwerk geworben werden, seit im Juli 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Es werden Zeit- und Berufssoldaten benötigt, die dafür angeworben und ausgebildet werden müssen. In den Schulen informieren Jugendoffiziere über die Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Karriereberater werben intensiv unter Minderjährigen für den Waffendienst und militarisieren auf diese Weise das Bildungswesen.

Die Grundlage dafür bilden die acht Kooperationsvereinbarungen der Bundeswehr mit den jeweiligen Kultusministerien.

Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr im Überblick

Die Bundeswehr hat seit 2008 insgesamt acht Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien abgeschlossen. Ausgangspunkt dieser Vereinbarungen war ein Schreiben des ehemaligen Verteidigungsministers Jung (CDU), der die Ministerpräsidenten aufforderte „eine individuell auf ihr Bundesland ausgerichtete Kooperationsvereinbarung zu entwickeln“. Mit ihr wird für die Bundeswehr der ‚rote Teppich‘ ausgebreitet und ein privilegierter Zugang zu den Bildungseinrichtungen ermöglicht.

Die Kooperationsvereinbarungen in der zeitlichen Reihenfolge der Unterzeichnungen: Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Sachsen. Die anderen acht Bundesländer haben keine eigenen Kooperationsvereinbarungen, dennoch treten auch hier Ju-

In den Schulen informieren Jugendoffiziere über die Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Karriereberater werben intensiv unter Minderjährigen für den Waffendienst und militarisieren auf diese Weise das Bildungswesen.

gendoffiziere und Karriereberater in den Schulen auf.

In Baden-Württemberg sagten die Bildungspolitiker von Grünen und SPD vor der Landtagswahl 2011 zu im Falle eines Wahlsieges die Kooperationsvereinbarung zu kündigen. Nach der Wahl fand sich bei der SPD keine Mehrheit in der Fraktion. Die Grünen beschlossen auf ihrem Landesparteitag am 2.12.2012 die Kündigung. Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) kassierte den Parteitagsbeschluss und schrieb dem

damaligen Verteidigungsminister de Maizière im Januar 2013, dass alles beim Alten bleibt. Fraktion und Partei der Grünen ließen dies widerstandlos zu.

Die Arbeit der Jugendoffiziere

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere an und mit den Schulen. Das ist eine zentrale, aber bei Weitem nicht ihre einzige Aufgabe. Die Jugendoffiziere kooperieren mit Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung, mit Hochschulen und Universitäten, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Jugendorganisationen der Parteien und vielen weiteren Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.

Kurzum: Sie sind in allen Bildungsbereichen präsent und versuchen starken Einfluss auf die Jugendlichen zu nehmen.

16 Bezirksjugendoffiziere fungieren als Mittelsmänner zu den Kultusministerien, Schulen und Bildungseinrichtungen. Ihnen stehen 94 hauptamtliche Jugendoffiziere zur Seite, die die meisten Termine wahrnehmen. 260 nebenamtliche Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere in den Verbänden der Bundeswehr unterstützen den

hauptamtlichen Jugendoffizier insbesondere bei der Durchführung von Besuchen bei der Truppe bzw. ‚Tag der Schulen‘ in den Kasernen. Sie sind vor Ort in der Kaserne der Ansprechpartner, der als „Praktiker“ den Schülerinnen und Schülern den Alltag in der Bundeswehr und die Ausbildung der Soldaten näherbringen.

Die Aufgaben der Jugendoffiziere

werden Jahr für Jahr in der „Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und – unteroffiziere“ in

der Anlage 1 zum Jugendoffiziersbericht skizziert:

Es ist bei diesen Auftritten ausdrücklich untersagt, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr zu machen. Dies geschieht jedoch indirekt schon allein durch ihr Auftreten in Uniform.

schen Grundfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesre-

publik Deutschland, verdeutlicht hauptsächlich der jungen Generation die Grundlagen des (seit 1. Juli 2011 freiwilligen) Wehrdienstes. Dies geschieht in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen und Podiumsdiskussionen. Es ist bei diesen Auftritten ausdrücklich untersagt, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr zu machen. Dies geschieht jedoch indirekt schon allein durch ihr Auftreten in Uniform. Jugendoffiziere können nur auf Einladung durch die Schule oder - wie in Baden-Württemberg - durch die einzelne Lehrkraft tätig werden.

Die Zielgruppen der Jugendoffiziere sind

a. Schülerinnen und Schüler

Jährliche werden auf diese Weise rund 150.000 Jugendliche erreicht. 2015 stellten die Jugendoffiziere bei den Schülerinnen und Schülern kein ausgeprägtes Interesse an Politik und insbesondere an Sicherheitspolitik fest. Es gebe daher bestenfalls oberflächliches Wissen. Das sei nur bei persönlicher Betroffenheit anders. Dies finde sich insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die persönliche Erfahrungen in Krisenregionen gesammelt haben und häufig selbst von Flucht und Vertreibung betroffen waren.



Bundeswehrwerbung bei der didacta 2017 in Stuttgart

Für viele Jugendliche gilt die Bundeswehr allerdings als staatlich legitimierte Institution, deren Notwendigkeit anerkannt wird. Persönlich spielt sie für viele eine untergeordnete Rolle, da sie durch die Aussetzung der Wehrpflicht nicht mit der Bundeswehr in Berührung kommen. Die Möglichkeit des freiwilligen Wehrdienstes wird grundsätzlich positiv bewertet, ist in der Praxis aber eher keine Option. Das Interesse steige, wenn Ausbildungsoptionen oder berufliche Möglichkeiten bei der Bundeswehr angeboten werden.

b. Referendare*Innen

Eine sehr wichtige Zielgruppe der Jugendoffiziere sind Referendare

und Referendarinnen. Mit den Kooperationsvereinbarungen sicherten sich die Jugendoffiziere einen privilegierten Zugang zu den Junglehrerinnen und Junglehrern. In Baden-Württemberg waren, auch unter der grün-roten Landesregierung, über viele Jahre hinweg Seminare mit Jugendoffizieren Pflichtveranstaltungen im Rahmen der Lehrerausbildung. Erst auf massive Kritik der Friedensbewegung wurden in Nordrhein-Westfalen 2012 die Jugendoffiziere ganz aus der Referendarausbildung genommen und im August 2014 in Baden-Württemberg zumindest die Pflichtveranstaltungen abgeschafft. Den Jugendoffizieren geht es vor allem um frühzeitigen



Protest gegen die Bundeswehrwerbung vor der didacta

Kontakt mit den angehenden Lehrern und Lehrerinnen, um später regelmäßig in deren Unterricht eingeladen zu werden.

Karriereberaterinnen und Karriereberater

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Juli 2011 muss die Bundeswehr ihren Nachwuchs anwerben. Dies geschieht in Schulen, in Jobcentern, auf zahlreichen Messen einschließlich der weltgrößten Bildungsmesse didacta, mit Großplakaten, im Internet, Radio, Fernsehen, in Zeitungen, bei Sportveranstaltungen, in diversen Jugendmedien und auch Schü-

lerzeitungen. Die Werbekosten betragen dafür jährlich mehr als 30 Millionen Euro, hinzukommen noch die Personalkosten

Neben den Jugendoffizieren bemühen sich in diesem wichtigen Aufgabengeld u.a. die aktuell 425 Karriereberaterinnen und Karriereberater (früher Wehrdienstberater). Sie arbeiten in Schulen, Ausstellungen, Berufs- und Bildungsmessen, in Jobcentern, in bundeswehreigenen Karriereberaterbüros, die flächendeckend im gesamten Bundesgebiet zu finden sind. Die offensive Werbung für den Dienst in der Armee obliegt den Karriereberatern, das ist ihre zentrale Aufgabe. Dabei geht es zum einem

um den freiwilligen Wehrdienst, der bis zu 23 Monate dauern und finanziell attraktiv sein kann, zum anderen um die Verpflichtung als Zeit- oder Berufssoldat. Vorgestellt werden dabei die verschiedenen Berufsausbildungs- bzw. Studiemöglichkeiten. Verschwiegen wird oftmals, dass man sich für einen Auslandseinsatz verpflichtet. Sie erreichen jährlich zwischen 200.000 und 300.000 Jugendliche. Auch Karriereberater kommen nur auf Einladung in Schulen, vor allem in Berufsschulen, Haupt- und Realschulen, um über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr informieren und Werbung für den Dienst in der Armee zu machen. Im Rahmen der Berufsorientierung an Realschulen (BORS) und Gymnasien (BOGY) ermöglicht die Bundeswehr aber auch einwöchige Truppenpraktika, bei denen die Schüler und Schülerinnen Einblick in den Soldatenalltag erhalten sollen.

Wachsende Zahl von minderjährigen Rekrutinnen und Rekruten

Die Karriereberater treten in Schulen auf, bei denen ein Großteil der Schülerinnen und Schüler unter 18 Jahre ist. Vor allem an Werkreal- und Realschulen sind sie oft sogar unter 16 Jahren.

Seit der Wehrpflichtaussetzung steigt die Zahl der rekrutierten Minderjährigen (2016: 1946 unter 18 Jahren) kontinuierlich an.

Dabei hat Deutschland 2004 das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend der Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten unterzeichnet, jedoch macht sie von der Ausnahmemöglichkeit

Gebrauch, minderjährige Soldaten zu rekrutieren.

Über alle Parteien hinweg hat die Kinderkommission im Bundestag sowie im UN-Aus-

schuss für die Rechte des Kindes 2016 bzw. 2014 der Bundesregierung geraten, die Rekrutierung und die Werbung, die insbesondere auf die Minderjährigen abzielen, sofort einzustellen.

Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern bildet zum Töten und Zerstören aus. Der Krieg und seine schlimmen Folgen werden bei diesen Werbeveranstaltungen außen vorgelassen. Die Realität, der tödliche und traumatisierende

Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern bildet zum Töten und Zerstören aus.

Aspekt des Soldatenberufs, wird den Jugendlichen verschwiegen. Das ist unverantwortlich und muss beendet werden.

Proteste zeigen Wirkung

Die Friedensorganisationen haben sofort auf die Kooperationsvereinbarungen reagiert und in mehreren Bundesländern Kampagnenbündnisse gegründet. Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“ arbeitet in Baden-Württemberg seit Juli 2010 und trägt die Militarisierung des Bildungswesens am Beispiel Schule in die Öffentlichkeit.

Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung wurde nicht erreicht, wohl aber eine verbal entschärfte Version. Wirkungsvoller waren die Bemühungen, das Auftreten der Bundeswehr in Schulen in der Öffentlichkeit zu skandalisieren. Vor zahlreichen Schulen, in denen die Bundeswehr auftrat, wurden Aktionen durchgeführt und Infomaterialien verteilt. Vereinzelt wurden daraufhin Veranstaltungen von den Schulen wieder abgesagt. Die Presse berichtete teilweise ausführlich über die Aktivitäten.

In Baden-Württemberg kam der Kampagne das zwischen 2011 und 2016 SPD-geführte Kultusministerium zu Hilfe. So gilt seither im

Ländle, dass es alleine im Ermessen des Lehrers oder der Lehrerin liegt, ob ein Jugendoffizier oder Karriereberater eingeladen wird. Von Seiten der Schulleitungen besteht kein Weisungsrecht. Auch ist es den Karriereberatern durch eine Anordnung untersagt im Unterricht aufzutreten. Sie dürfen die Schüler und Schülerinnen nur in außerunterrichtlichen Veranstaltungen informieren.

Auch die Eltern haben etliche Möglichkeiten, um ihre Kinder vor der Bundeswehrwerbung zu schützen. Die Eltern könnten bei Elternabenden gegen den Militärbesuch im Unterricht stimmen, in Schulkonferenzen gegen Auftritte in der Schule und so für eine militärfreie Schule sorgen.

Die Schüler und Schülerinnen könnten ebenfalls Proteste gegen die Militarisierung der Schulen organisieren, keine Bundeswehranzeigen in den Schülerzeitungen der Schülermitverwaltung (SMV) veröffentlichen und sich für mehr Friedenserziehung in den Schulen einsetzen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist in den Kampagnen vertreten und unterstützt mit Nachdruck die politischen Forderungen nach Kündigung der Kooperationsvereinbarungen und

dem Ausbau der Friedensbildung an Schulen. Sie fordert mit *terre des hommes*

- jede Art militärischer Werbung an Schulen und bei Minderjährigen zu untersagen sowie
- die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr zu stoppen.

Alternativen

Initiiert von der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“ unterschrieben am 30. Okt. 2014 der damalige Kultusminister und insgesamt 17 Organisationen von Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Friedensbewegung und der Jugendarbeit eine „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen“. Diese Vereinbarung kann man als Meilenstein für die Friedensbildung in Schulen bezeichnen. Sie ist bislang einzigartig in Deutschland. Mit der Erklärung verpflichtet sich das Kultusministerium, in einem fortlaufenden Prozess die Friedensbildung in den

Bildungsplänen und folgerichtig in der Aus- und Fortbildung von Lehrern und Lehrerinnen zu verankern und auszubauen. Insgesamt soll die Infrastruktur für Friedensbildung in Baden-Württemberg weiterentwickelt und verstärkt werden. Im August 2015 wurde dafür die Servicestelle Friedensbildung in Bad-Urach eingerichtet und mit der Mitarbeiterin Claudia Möller besetzt. Die Servicestelle wird aus Haushaltsmitteln der Landeszentrale für politische Bildung mit 150.000€ gefördert. Ansatzweise ist es auch schon gelungen, in den 2016 reformierten Bildungsplänen die Friedensbildung stärker zu verankern.

Eine eigene Kooperationsvereinbarung der Friedensgruppen mit dem Kultusministerium war nie angestrebt und wird es auch nicht

geben. Zum einen weil wir weder personell, materiell oder finanziell mit der Bundeswehr mithalten könnten und zum anderen würden wir dadurch die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr legitimieren.



Unsere Ziele

Die Kampagne fordert von der Landesregierung:

- Die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr
- Die Durchsetzung eines Verbots von Lehr- und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an und mit Schulen (z.B. Karriereclubs, Bildungsmessen, Tage der Schulen bei der Bundeswehr, POL&IS)
- Eine kontinuierliche Erhöhung des Etats für Friedensbildung

Die Kampagnenforderungen an die Bundesregierung:

- Durchsetzung der UN-Kinderrechte und der Empfehlungen der Kinderkommission des Bundestages
- Keine Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren
- Keine Abenteuercamps, Events oder online-Angebote (z.B. „Die Rekruten“), die den Soldatenberuf verharmlosen

Klaus Pfisterer ist Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg und seit 1981 zum Thema „Bundeswehr in den Schulen“ aktiv.

„Friedensbildung. Dient.Allen“ statt „Wir.Dienen.Deutschland“

Bundeswehr in Schulen und die Antwort gewaltfreier Gruppen

Achim Schmitz und Peter Heim

Schon seit ihrer Gründung versucht die Bundeswehr, gestützt auf ein angenommenes „Informationsbedürfnis der Schulen zu sicherheitspolitischen Themen“ in den Schulen Akzeptanz für ihre Existenz herzustellen. Seit 2011 kommt die Werbung für Nachwuchs dazu. Der folgende Beitrag versucht die Entwicklung dieses besonderen Verhältnisses in groben Zügen kritisch nachzuzeichnen und Anregungen für ein Engagement für Alternativen in diesem Feld aufzuzeigen. 1. Gründe und Ziele der Bundeswehr in den Schulen

1. Gründe und Ziele der Bundeswehr in den Schulen

Die Bundeswehr, gegründet 1955 im Kalten Krieg gegen große Widerstände in der Bevölkerung, konnte über die später eingeführte Wehrpflicht genügend Soldaten gewinnen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, der

Auflösung der Nationalen Volksarmee und der Eingliederung eines Teils ihrer Soldaten und zivilen Mitarbeiter wurde die Sollstärke von damals 495.000 (1985) auf 370.000 Soldaten bis Ende 1994, bis auf heute 177.956 aktive Soldaten und Soldatinnen (Stand 9.2.2017) deutlich reduziert.

Seit der „Aussetzung“ der Wehrpflicht am 24.3.2011 ist die Bundeswehr darauf angewiesen, dass

sich genügend junge Menschen als Berufs-oder Zeitsoldat*in verpflichten. Die Bundesregierung sagt dazu:

„Aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 24. März 2011 zur Aussetzung der verpflichtenden Einberufung zum Grundwehrdienst war die bis dahin sehr erfolgreiche Binnenwerbung von Soldaten auf Zeit aus dem o. g. Kreis nicht mehr in der bisherigen Form fortsetzbar und musste durch zusätzliche Maßnahmen der Personalwerbung kompensiert werden. (Bundestagsdrucksache 18/89 v. 25.11.2013) Binnenwerbung – das war die interne Nachwuchswerbung aus dem Bestand an Wehrpflichtigen hinter den Mauer der Bundeswehrkasernen, verborgen vor der deutschen Öffentlichkeit.

Probleme der „Berufsarmee Bundeswehr“ bei der Rekrutierung

Weil die Ost-West Konfrontation wegfiel, entfiel das Feindbild Sowjetunion und damit die Legitimation der Bundeswehr in den 1990er Jahren für die breite Öffentlichkeit: Eine Bundeswehr ohne plausible Aufgaben. Seit Anfang des Jahrhunderts hat sich diese Legitimationsgrundlage für eine Existenz-

berechtigung der Bundeswehr deutlich verbessert:

Beginnend mit 9/11 in den USA, wurden einzelne Terroranschläge zu Kriegshandlungen gegen den freien Westen umdefiniert. Bis dato lokal eingrenzbar Konflikte wurden zu einer globalen Sicherheitsfrage umgedeutet und damit von einer eigentlich polizeilich zu behandelnden Frage auf eine militärische Ebene gehoben, ja zur Bündnisfrage auch für die Bundeswehr erklärt. Mit einem Appell für vermehrte Verantwortungsübernahme durch Deutschland wurde implizit oder explizit für mehr militärisches Engagement geworben, auch durch den Vertreter eines Verfassungsorgans. (Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck bei der Führungsakademie der Bundeswehr am 12.6.2012)

Der Internationale Versöhnungsbund kritisierte dies als „Rechtfertigung und Verharmlosung von Kriegseinsätzen“.

Andererseits schafften aber die damit einhergehenden Auslandseinsätze und die rückkehrenden Soldat*innen mit ihren Erfahrungen eines „echten“ Krieges ein immer klareres Bewusstsein in der Bevölkerung, dass der in Zeiten des kalten Krieges relativ sichere „Beruf“ des Soldaten eben kein Beruf

ist wie jeder andere – mit all seinen psychischen und physischen Folgen von Traumatisierung bis Tod.

In Zeiten geringerer Erwerbslosigkeit wie zurzeit in Deutschland gibt es für Jugendliche wenige Gründe bei der Bundeswehr anzuheuern. Einzig persönliche Schwierigkeiten, auf dem Berufsmarkt überhaupt eine Ausbildungsstelle zu finden und die Perspektive einer „lebenslangen“ sozialen Absicherung bleiben als Argument. Hinzu kommt bei höher Qualifizierten die Konkurrenz der freien Wirtschaft, die mit höheren Einstiegsgehältern und besseren Gehaltsperspektiven locken kann.

Obwohl die Sollstärken der Bundeswehr deutlich unter den Zahlen nach der „Wende“ liegen, erreicht die Bundeswehr in Folge dessen ihre im PSM 185 (Personalstrukturmodell) angestrebten Truppenstärken nicht. Zielmarke waren für 2015 185.000 Mitarbeiterinnen, davon 170.000 Berufs- und Zeitsoldat*innen

Dieses Ziel wurde 2015 und mit 16.8342 Berufs- und Zeitsoldat*innen auch in 2016 nicht erreicht. Aktuell (9.2.2017) sind es 167.977 Berufs- und Zeitsoldat*innen - zusammen mit den 9.979 Freiwilligen (BMVg PI 1) rund 178.0000. Ab 2016 sollen bis 2024 177.000 Berufs- und

Zeitsoldat*innen Dienst tun, die neuesten Ankündigungen der Bundesministerin, sprechen sogar von einer Sollstärke der Soldat*innen von 198.000 bis 2024.

Besonders problematisch ist die Anwerbung von Minderjährigen. 2016 waren es 1946 unter 17-Jährige, die an der Waffe ausgebildet wurden.

2011 waren es noch 689, eine Verdreifachung. „Mittlerweile sind etwa 15 Prozent der neuen Rekruten minderjährig.“ Ein Teil der angeworbenen Jugendlichen verließen die Bundeswehr

bereits nach kurzer Zeit wieder. 85% der Zeitsoldaten bleiben nicht in der Bundeswehr als Berufssoldaten, sondern wechseln in das Zivilleben. Mit 9.686 „Freiwillig Wehrdienstleistenden“ im Jahresdurchschnitt lag der Wert unter dem von 2015.

Kurz: Der Erfolg der Bundeswehr bei der Nachwuchswerbung bleibt trotz des hohen Aufwandes deutlich hinter dem angestrebten Ziel.

Besonders problematisch ist die Anwerbung von Minderjährigen. [...] „Mittlerweile sind etwa 15 Prozent der neuen Rekruten minderjährig.“

2. Das Engagement der Bundeswehr in den Schulen

Grundsätzlich sind zwei Möglichkeiten des Auftretens der Bundeswehr in der Schule zu unterscheiden:

Jugendoffizier*innen im Rahmen der politischen Bildung

Jugendoffiziere halten in den Schulen gut aufbereitete und technisch ausgefeilte Vorträge, veranstalten Seminare außerhalb der Schulen, auch in Berlin, und führen über mehrere Tage das Planspiel PO&LIS durch, ein ursprünglich an der Universität entwickeltes und von der Bundeswehr aufgekauftes und an ihre Zwecke angepasstes Konzept.

Offiziell geht es der Bundeswehr in den Schulen um eine „Information“ der deutschen Sicherheitspolitik mit dem Ziel einer vernetzten Sicherheit, und einer damit verbundenen „internationalen Schutzverantwortung“. Dabei beruft sie sich beruft sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 3.März 1977 auf der Grundlage eines postulierten „Informationsbedürfnisses der Schulen zu sicherheitspolitischen Themen im Rahmen der politischen Bildung.“ Dabei hat die Bundeswehr in 2014 mit 83 Jugendoffizier*innen

nach ihren Angaben ca. 125000 Schüler*innen und Student*innen erreicht.

Dieses Auftreten in den Schulen unterliegt zumindest offiziell dem sogenannten Beutelsbacher Konsens der politischen Bildung von Herbst 1976 : Er fordert, dass Politische Bildung folgenden drei Kriterien genügen soll:

1. Den Schüler*innen darf keine Meinung aufgezwungen werden: Überwältigungs-/ Indoktrinationsverbot
2. Ein Thema muss kontrovers dargestellt werden: Kontroversitätsgebot
3. Es müssen Wege zur selbständigen Analyse und zu politischem Handeln aufgezeigt werden: Schülerorientierung

Die einladenden Lehrkräfte sind deshalb angehalten, bei allen Veranstaltungen anwesend zu sein und sie kritisch zu begleiten. Das ist aber nicht immer der Fall.

Die Einhaltung dieser Kriterien kann ein alleiniger Einsatz von Jugendoffizier*innen per se nicht leisten, weil diese nur den Standpunkt der Bundesregierung resp. des Bundesverteidigungsministeriums vertreten. Dies liegt im besonderen Auftrag der Jugendoffizier*innen begründet,

die die herrschende Sicherheitspolitik, als Vertreter einer „totalen Institution“ gebunden an den Soldateneid, vertreten müssen.

Karriereberater*innen im Rahmen der Berufsorientierung an Schulen

Daneben werden die über 400 Karriereberater*innen auf Jobbörsen und auf Berufsbildungstage in die Schulen gesandt, die bei den Jugendlichen, die meist noch unter 18 Jahren sind, explizit für einen Eintritt in die Bundeswehr, werben: Sie informieren über Berufe, die Einstellungsverfahren und „Berufs“karrieren. Sie treten auf als quasi „Branchen-oder Firmenvertreter“ für einen „Beruf“ in einem ganz besonderen „Unternehmen“. Ein Beruf, in dem sie bis zur letzten Konsequenz, dem Töten, im Auftrag der Bundesregierung bzw. in einem militärischen Bündnis, der Nato, dem deutsch-französischen Korps etc. oder längerfristig auch einer EU-Armee, ihren Dienst tun müssen. Sie werben Jugendliche, für eine „Arbeit“, die existenzieller angelegt ist als alle anderen Arbeitsfelder, die den Jugendlichen offen stehen, ein Arbeitsfeld auf „Leben und Tod“. Dabei können auch bereits 17-jährige mit eingeschränkten Rechten (z.B. Dienst an der Waffe) rekrutiert werden. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes empfahl im Februar 2014,

sämtliche auf Kinder zielenden Werbemaßnahmen der Bundeswehr zu verbieten: *„prohibit all forms of advertising campaigns for the German armed forces“.*

Nach Angaben der Bundeswehr auf eine Anfrage im Deutschen Bundestag erreichten in 2014 die Bundeswehrwerber*innen in Einrichtungen der Bundesanstalt für Arbeit in 1000 Vorträgen ca. 20000 Personen

3. Friedensbildung als Alternative zur Bundeswehrwerbung

Was kann die Friedensbewegung und im speziellen die zusätzlich eine religiös motivierte Friedensbewegung dem Engagement der Bundeswehr entgegensetzen?

Jedes aufklärende Engagement im Bereich der politischen Bildung und das Aufzeigen von politischen Alternativen ist ein Baustein gegen das Vordringen eines Denkens in militärischen Kategorien. Denn „Krieg beginnt in den Köpfen“. Um dies zu realisieren, bedarf es einer breit angelegten Friedensbildung. In der Wissenschaft wird der Begriff sehr unterschiedlich definiert. Abhängig von unterschiedlichen Lernorten, Entwicklungsphasen der Lernenden und der Grad der Abhängigkeit der Lernenden von ihren Bildungsinstitutionen.

Hier sollte zwischen einer *allgemeinen Friedensbildung* im Sinne einer Persönlichkeitsbildung auch bereits bei jüngeren Kindern und einer dem Beutelsbacher Konsens verpflichteten, im weitesten Sinne *gesellschaftspolitischen Bildung* unterschieden werden.

Im Bereich der *allgemeinen Friedensbildung* geht es um die Aneignung von Basisfertigkeiten wie der Entwicklung von Empathie, von Demokratie- und Konfliktfähigkeit. Lernorte sind hier bereits die Kindergärten, die Grundschulen und die weiterführenden Klassen der darauf aufbauenden Schulformen. Diese Fertigkeiten sind für die möglichst gewaltfreie Austragung von Konflikten essentiell.

Dabei sind besonders solche Institutionen geeignet, die eine Vielfalt an Kindern und Jugendlichen aufweisen. Stichwort sind hier Multikulturalität, Inklusion, aber auch Gender-Diversität. Gelungene Inklusion, das Einüben eines gesicherten friedlichen Umgangs ohne Angst mit Verschiedenheit, mit dem Unverstandenen, dem Anderen, dem Fremden machen weniger anfällig für Diskriminierung und Ausgrenzung anderer Bevölkerungsgruppen und Völker. Dies ist die Basis jeder Gewaltprävention: Achtsamkeit, Respekt und die Achtung vor dem Gegenüber sind die

Voraussetzung jeder erfolgreichen gewaltfreien Konfliktaustragung.

Ein Beispiel für das Erlernen dieser Basisqualifikationen ist das Projekt der Streitschlichtung, das inzwischen an vielen Schulen eine lange Tradition hat. Aber auch die Durchführung von Schulprojekten, die von den Kindern und Jugendlichen mit oder noch besser selbstbestimmt werden, ist ein wichtiges Element einer friedensfördernden Bildung.

Der weiterführende Bildungsbereich zielt im Sinne einer *gesellschaftspolitischen Bildung* ab auf eine weitergehende

Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten und die Bildung eines Bewusstseins für gesellschaftliche Verantwortung, wie sie in den Fächern Geschichte, Politik, den Sozialwissenschaften, in Philosophie, Religion und Deutsch, aber auch in Aspekten in den MINT-Wissenschaften und Disziplinen im

Jedes aufklärende Engagement im Bereich der politischen Bildung und das Aufzeigen von politischen Alternativen ist ein Baustein gegen das Vordringen eines Denkens in militärischen Kategorien. Denn „Krieg beginnt in den Köpfen“.

Hinblick auf die gesellschaftliche Verantwortung möglich ist. Besonders geeignet erscheinen auch hier Projekte. Allerdings ist etwa ab Klasse 8 und in der gymnasialen Oberstufe Friedensbildung im Sinne einer gesellschaftspolitischen politischen Bildung immer schwerer zu realisieren wegen der starken Anbindung der Lehrer*innen an staatliche Vorgaben wie Curricula, zentrale Prüfungen und Qualitätsanalysen der Schule selbst. Querverweise, fächerübergreifendes Arbeiten, Projektunterricht wird immer schwerer realisierbar. Dabei muss gemäß den meisten Verfassungen der Bundesländer, die für die Bildungsinhalte in den Schulen zuständig sind, die Bildung zum Frieden integrales Lernziel sein. Curricular niedergelegt ist die aber in den wenigsten Fällen.

Im Blick auf die Bildungsanteile in höheren Bildungs- und Ausbildungsgängen geht es um die friedensethische Verantwortung nach einem weiterführenden Schul- oder Studienabschluss. Lernorte sind hier Berufsschulen, Universitäten etc. mit ihren freiwilligen, manchmal auch verpflichtenden Angeboten im Rahmen der Ausbildungscurricula.

Am stärksten ausgebaut und in der Öffentlichkeit sichtbar ist die nicht der Schulpflicht-unterliegende Bildungsarbeit außerhalb der

Schule, die sich an alle bereits an Friedensbildung Interessierten wendet, also um Angebote der außerschulischen Jugendbildung und der Erwachsenenbildung. Hier setzen in der Regel die Friedensbildungswerke, Netzwerke der Friedensbildung an. Dazu gehören auch alle pastoralen und Bildungsangebote der Kirchen mit ihren Bildungswerken und anderer dem Frieden verschriebenen religiösen Gemeinschaften wie die Friedenskirchen, z.B. die Quäker. Auch die politischen Stiftungen der Parteien und in geringem Umfang auch die Gewerkschaften machen hier Angebote, wenn auch meist nicht explizit unter dem Signum „Friedensbildung“. Diese von den Lernenden freiwillig wahrgenommenen Angebote setzen aber häufig bereits eine bestimmte Werthaltung, eine Skepsis oder gar Ablehnung eines Denkens in Gewalt- oder militärischen Kategorien voraus.

4. Was also konkret tun - als Friedensaktivist*innen, Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleiter*innen, Eltern etc.?

Friedenspolitik gegen Militärwerbung - für Friedensbildung

„Das Recht auf Bildung umfasst das Recht auf Menschenrechts-

und Friedensbildung. Der DGB verurteilt die (...) teils verdeckte Werbung der Bundeswehr in (...) Bildungseinrichtungen. Die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufs sowie seine gesellschaftlichen Auswirkungen werden gezielt verharmlost.“ (Beschluss des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB auf ihrem Bundeskongress im Mai 2014)

1. Grundsätzlich muss die Arbeit der Bundeswehr viel intensiver evaluiert werden: Die Bundeswehr muss präziser nachweisen, wo sie in der Vergangenheit durch ihre Einsätze überhaupt nachhaltige Erfolge erzielt hat. Erstaunlicherweise findet eine solche Auswertung trotz der hohen materiellen und immateriellen Kosten nur unzureichend statt.
2. Die Friedensbildung in der Gesellschaft muss politisch gestärkt werden. Friedensbildung bedarf einer viel stärkeren finanziellen, personellen und institutionellen Förderung als bisher, verglichen mit der Förderung der Bundeswehr. Und statt eines „Tag der Bundeswehr“, der inzwischen sogar kleinere Kinder direkt an Waffen heranzuführt (s.u.), brauchen wir einen „Tag der Friedensbildung“, wie ihn die Pax-Christi-Kommission Friedensbildung fordert

Engagierte Schulen können als Reaktion auf die Praxis der Bundeswehr und geschlossene Kooperationsvereinbarungen ihres Bundeslandes mit der Bundeswehr einen Schulkonferenzbeschluss fassen, mit der Bundeswehr nicht zusammenzuarbeiten, ihre Vertreter also nicht in die eigene Schule einzuladen, aber auch mit den eigenen Schüler*innen keine Veranstaltungen zu besuchen, auf denen die Bundeswehr vertreten ist, z.B.

„Die xyz-Schule fördert die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler. Daher lehnen wir Besuche von und die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr an unserer Schule ab.“ Dieser Antrag wird am besten von den Schüler*innenvertreter*innen in der Schulkonferenz gefasst. Die Bezirksschülervertretungen unterstützen die Schülervertretungen bei den Vorbereitungen. Dabei können sie sich auch auf die jeweilige Landesverfassung berufen, in NRW z.B. wird als Erziehungsziel die „Liebe ... zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung“ genannt.

In den Schulen liegen Gratiszeitschriften zu den Themen Ausbildung, Abitur und Studium aus. Dort sind Werbeanzeigen der Bundeswehr geschaltet. Auch dazu sind Schulkonferenzbeschlüsse möglich.

Als **Eltern** können Friedensaktivist*innen in ihren Gremien das Thema Bundeswehr und Friedensbildung als allgemeine und gesellschaftspolitische Friedensbildung thematisieren und mehr Unterrichtsanteile oder Projekte dazu fordern. Das kann auch über die Mitwirkungsrechte in den entsprechenden Fachkonferenzen erfolgen, die Pflegschaften, die Schulkonferenzen oder über die Elternverbände auf Landesebene.

Lehrer*innen können ihre Verantwortung für das Thema in den Schulgremien besonders wahrnehmen: In den Lehrplänen (Curricula) fehlt häufig der Bezug zur Erziehung zum Frieden. Regelmäßig werden sie über die Schulleitungen aufgefordert, im Rahmen der Vorgaben des Schulministeriums schuleigene Curricula zu entwickeln. Auch hier ist es möglich, im Sinne der Friedensbildung Einfluss zu nehmen. Um die curricularen Vorgaben des Ministeriums zu verändern, sollten sie sich, am besten zusammen mit ihrer Gewerkschaft, engagieren, um hier Änderungen herbeizuführen.

Eine gute Möglichkeit für alle Beteiligten in den Schulen ist eine Beteiligung an der Kampagne „Unter 18 Nie“, für die sich verschiedene Organisationen wie „Deutsches Bündnis Kindersoldaten“, die GEW, Terre des Hommes u.a.

zusammengeschlossen haben, um die Werbung und Rekrutierung von Jugendlichen unter 18 Jahren durch die Bundeswehr zu unterbinden. Auch hier wären Schulkonferenzbeschlüsse denkbar.

Friedensbildung in den Schulen

Die *allgemeine* Friedensbildung im Sinne personaler und sozialer Bildung gehört in der Regel zum Kernbestand jeder Schule. Dies könnte erweitert werden durch Trainings im Sinne der Gewaltfreiheit, also durch entsprechende Kommunikation und Konfliktbearbeitung. Entsprechende Trainer*innen lassen sich über die zahlreichen Netzwerke in den Bundesländern, und dafür spezialisierte Organisationen leicht finden. Diese arbeiten z.T. sehr intensiv mit der Schulverwaltung vor Ort wie z.B. in Hamburg oder Baden-Württemberg mit ihrer Servicestelle zusammen. In NRW vermittelt das Netzwerk Friedensbildung NRW Referent*innen.. Es steht im Austausch mit dem Schulministerium. Dort gibt es auch für alle Lehrenden einen Link. Auch kirchliche Organisationen verfügen über einen Referent*innenpool.

Eher *gesellschaftspolitisch ausgerichtete Friedensbildung* sollte verstärkt über Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik informieren. Die Vorstellung, dass ein gewaltsames Eingreifen insbe-



Protestpostkarte im Rahmen der „Aktion Rote Hand“ (Deutsches Bündnis Kindersoldaten)

sondere von außen Konflikte eher anheizt statt sie zu befrieden, ist im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung seit den Interventionen in Afghanistan und Irak mit ihren dramatischen negativen Folgen im Nahen und Mittleren Osten deutlich verankert. Weniger bekannt sind historisch angelegte Untersuchungen über den Erfolg gewaltfreien Widerstands der Menschen vor Ort im Gegensatz zu einem gewaltsamen Widerstand, insbesondere, wenn er von außen unterstützt wird. , wie er im Falle Syriens. Gleiches gilt für Kenntnisse über alternative Konzepte wie die Soziale Verteidigung

und andere Konzepte wie Zivilem Peacekeeping und Versöhnungsarbeit . Auch eine Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung (mit Konfliktfrühwarnsystemen) ist ein Beitrag zur Kriegsvermeidung durch vorbeugenden Handeln.,

Praktische Friedensbildung

Als biographisch sehr wirksam haben sich Konzepte der Friedensbildung erwiesen, die gesellschaftspolitische Bildung mit praktischem Handeln iverbinden und Jugendlichen eine Lebensperspektive anbieten. Durch Praktika während oder Jahreseinsätze nach der

Schulzeit sind sie eine praktische Alternative zu den Jobangeboten der Bundeswehr und gleichzeitig eine politische Alternative zu den militärischen Optionen der herrschenden Sicherheitsdoktrin mit Bundeswehreinmärschen im Ausland. Ein Beispiel ist der Zivile Friedensdienst (ZFD). Auf der Homepage definiert sich der ZFD: *„Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden.“*

Eine Möglichkeit ist auch das Projekt der Evangelischen Kirche „Jugendliche werden Friedensstifter/innen“: „Das Friedensstiftertraining soll unter anderem für alle Formen der Gewalt sensibilisieren, Zivilcourage und Verantwortung entwickeln helfen und die christliche Friedensbotschaft verbreiten.“

Zahlreiche Materialien und Hilfen für die praktische Friedensarbeit in der Schule finden sich auf der

Homepage der von der evangelischen Kirche zeitweilig unterstützten Arbeitsstelle. Dazu gehören auch Planspiele wie Civil Powker und Civil World, die Friedensbox mit Friedensbildungsmaterialien oder Ausstellungen wie „Peace Counts“. Diese stellt die Arbeit erfolgreicher Friedensmacher*innen in aller Welt in den Mittelpunkt und wird von der Berghof-Stiftung unterstützt. Oder „Frieden geht anders“, eine Ausstellung des Hessischen Zentrums für Ökumene über „Alternativen zum Krieg“

5. Reaktionen der Bundeswehr/ Medien/ Öffentlichkeit auf Proteste

In den jährlichen Berichten der Jugendoffiziere finden sich immer wieder Hinweise auf Besonderheiten und Schwierigkeiten für die Bundeswehr in einzelnen Bundesländern, z.B. NRW. Eine systematische Auswertung nach Bundesländern auf parlamentarische Anfragen der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag wird vom Bundesministerium der Verteidigung aber wegen des angeblich hohen Aufwandes seit Jahren verweigert. Gleiches gilt für Anfragen über geplante Vorhaben der Jugendoffiziere in den Bundesländern.

Auf der jährlich stattfindenden Bildungsausstellung Didacta ist

die Bundeswehr regelmäßig mit einem aufwendigen Stand vertreten. Mit Materialien, Politik-Quiz, Gesprächsangeboten und der Durchführung des Politik-Simulationsspiels über mehrere Tage wird unter den Lehrkräften eine Akzeptanz herzustellen, die sie dann in die Schulen führen soll. Kritik an Ihrem Auftreten auf der Didacta weist die Bundeswehr zurück oder ignoriert sie einfach. Gleiches gilt für Protestaktionen von Friedensaktivist*innen an ihrem Stand selbst, wie in Köln im Februar 2015 geschehen. In Diskussionen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und

Friedensbewegung wiederholen die beteiligten Jugendoffiziere den bereits bekannten offiziellen Standpunkt der Bundeswehr zu den kritischen Themen. Nur im Einzelgespräch werden Zweifel insbesondere am Sinn von Auslandseinsätzen geäußert

Auch an ihren kostspieligen und einseitigen Werbekampagnen mit ihrer Ausblendung der Risiken und an der Rekrutierung von Minderjährigen will das Ministerium festhalten. Weiterhin werden sie bereits mit 17 Jahren an der Waffe ausgebildet. Mit Erreichen des 18. Lebensjahres dürfen sie



Mit den Themen „Bundeswehr in Schulen“ und „Anwerbung von Jugendlichen“ beschäftigt sich auch unsere „Frage des Monats“ Februar.

Mit diesem Konzept suchen wir den politischen Dialog zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Jahr stellen wir ausgewählten politischen Vertretern jeden Monat eine Frage, zu der wir unterschiedliche oder gegensätzliche Meinungsäußerungen erwarten.

Wir veröffentlichen ihre Antworten und bitten jeweils ein Mitglied aus unserer Bewegung um einen Kommentar. Alle Texte stellen wir auf unsere Webseite unter der Rubrik „Frage des Monats“.

So möchten wir zur Auseinandersetzung und Meinungsbildung über friedensrelevante Themen beitragen.

dann auch in Auslandseinsätze geschickt werden.

In der Regel reagiert das Ministerium auf Aktionen der Friedensbewegung nicht offiziell. Eine wichtige Ausnahme war der Skandal beim Tag der Bundeswehr 2016, als unter dem Protest von Friedensaktivist*innen Kinder auf Panzern herumturnten und Kleinwaffen in Händen hielten. Die scharfe Kritik der Friedensbewegung und von Kinderschutzorganisationen provozierten dann doch eine schnelle offizielle Reaktion der Bundesverteidigungsministerin.

Auch wenn die Bundeswehr-Werbekampagnen momentan nicht die erhofften Erfolge erzielen, setzt das Ministerium auf eine langfristige Veränderung des gesellschaftlichen Klimas zugunsten einer stärker auf militärische Optionen setzenden Politik. Dabei spielen ihr die US-Forderungen für eine europäische Aufrüstung in die Hände. Ein zentrales Thema wird dabei auch die Aufhebung des Parlamentsvorbehalts für die Genehmigung von Auslandseinsätzen sein. Es ist auch an der Friedensbewegung, hier andere Akzente zu setzen.



Anmerkung: Aus Gründen der Lesbarkeit und wegen seines Umfangs wurde der Quellenapparat ausgelagert. Den Text inkl. Quellen können Sie unter www.muenster.paxchristi.de unter dem Reiter „pc-Korrespondenz“ abrufen.

Peter Heim, Dipl.-Päd, Dipl.-Biol., Lehrer seit über 30 Jahren und Personalrat ist Sprecher der pax christi-Kommission Friedensbildung

Achim Schmitz, Dr. phil., Dipl.-Soz.-Wiss., Dipl.-Soz.-Päd., Trainer für Gewaltfreiheit, Promotionsthema „Gewaltfreiheit trainieren“ (auch Buchtitel)

Bundeswehr-Werbung in der Kritik

Neue Studie der Informationsstelle Militarisierung

André Maertens

Die Bundeswehr fährt seit einiger Zeit massive neue Werbekampagnen zur Anwerbung von Rekrutinnen und Rekruten. Dabei setzt sie ihr Augenmerk vor allem auf das Anwerben junger Menschen, dementsprechend sind die Werbemethoden und -inhalte ausgelegt.

Bei IMI, der Informationsstelle Militarisierung mit Sitz in Tübingen, gibt es (in Zusammenarbeit mit der DFG-VK) eine neue Untersuchung zum Thema RekrutInnen-Werbung der Bundeswehr. Der von Michael Schulze von Glaßer erstellte 16-seitige, äußerst informative Text der IMI-Studie 2017/01 beschreibt die Kampagnen, mit denen die Militärs neue SoldatInnen für den Dienst in der Armee gewinnen wollen – und natürlich auch für den Kriegseinsatz im Ausland¹. In dieser Studie werden die im Vergleich mit den sonstigen Bundeswehr-Werbekampagnen eher

neuen Werbemethoden analysiert. Generell kann man davon sprechen, dass die Zielgruppe „junge Leute“ mit der gleichen Masche „gefangen“ werden soll, die auch bei anderen Reality Shows benutzt wird, und zwar, indem ein Identifikationsanreiz mit interessanten, lustigen und „normal“ scheinenden ProtagonistInnen geboten wird und die (hier traurige) Realität verschwiegen wird.

Schulze von Glaßer wirft in „Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug. Analyse der ‚Mach, was wirklich zählt‘-Kampagne und der YouTube-Doku-Serie ‚Die Rekruten‘“ zuerst einen Blick auf die Rekrutierungs- und Imageprobleme, die die deutsche Armee hat. Die Ausgangslage

¹ Die vollständige Studie finden Sie über die Homepage der IMI: www.imi-online.de sowie über unsere Homepage: www.muenster.paxchristi.de

ist bekannt: Nach dem Ende der Wehrpflicht ist das deutsche Militär wie alle Freiwilligenarmeen darauf angewiesen, dass genug Männer und Frauen „Dienst“ in den Streitkräften leisten. Wo dies nicht durch gesellschaftlichen Druck oder moralischen Zwang geschieht, soll der Kriegsdienst oft mit Geld oder anderen Vergünstigungen schmackhaft gemacht werden. Also muss die Armeeführung bzw. Regierung mehr Sold zahlen (klingt immer stark nach Söldner), andere Vorteile zu bieten versuchen (das könnte zum Beispiel „gesellschaftliche Anerkennung“ sein) oder aber Gehirnwäsche betreiben. (Oder das Militär kann einfach nur noch gewaltbereite, wahlweise rechts-extreme SoldatInnen einstellen, die genau sowas wollen, einen Krieger-Beruf mit hohem Verletzungsrisiko und der Möglichkeit zu töten.) Eine Vorprägung als „richtiger Mann“ und „Patriot“ ist dem Ganzen nicht abträglich... Die Frage ist nun, welchen Weg die Bundeswehr beschreitet, um effektive Werbung für sich zu machen.

In der Studie werden im Detail die Werbekampagne „Mach, was wirklich zählt“ und die Doku-Soap „Die Rekruten“ betrachtet. Während mit dem ersten Format mit markigen und zum größten Teil einfach dümmlichen Sprüchen eine Motivation für den Bundeswehrdienst ge-

schaffen und Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der deutschen Armee herbeigeworben werden soll, können die ZuschauerInnen im zweiten Format RekrutInnen bei ihrer Grundausbildung beobachten. Das alles wird u. a. einfach erreichbar im Internet angeboten. Außerdem bespricht Schulze von Glaßer die Themen „Anwerbung von IT-Fachkräften und Sanitätspersonal“ und „SportlerInnen in der Bundeswehr“. Auch die Arbeit der PR-Agentur Castenow sowie die Proteste von Friedens- und Kinderrechtsorganisationen bzw. von UN-Ausschüssen gegen die Anwerbung von Minderjährigen werden thematisiert.

Die Studie kommt zu dem wichtigen Schluss: „Die Armee präsentiert sich jungen Leuten als Abenteuerspielplatz mit dem Versprechen zur Selbstverwirklichung.“ Welch fatale Politik! Als ob es beim Kriegsdienst für die deutsche Regierung um Abenteuer oder Selbstverwirklichung geht. Völlig korrekt ist also die Einschätzung, dass die Bundeswehr „ein fahrlässig verzerrtes Bild“ von sich selbst zeichne und sich als „im Dienst für ‚das Gute‘ in der Welt“ darstellt. Der IMI-Studie ist ebenso zuzustimmen, wenn deutlich darauf hingewiesen wird, dass eine militärisch durchgeführte Außenpolitik eben auch Gefahren für die SoldatInnen mit sich bringt

– von PTBS bis zu Tötungsdelikten. Ganz abgesehen von der Mitschuld daran. Die SoldatInnen machen tatsächlich etwas, das „wirklich zählt“, jedoch im negativen Sinne, denn sie beteiligen sich an Macht- und Militärpolitik und machen sich dadurch an der deutschen Kriegspolitik mitschuldig. (Und sie unterstützen nebenbei Rüstungsfirmen, die wiederum skrupellos exportieren.) Eine deutsche Außenpolitik und verantwortliches BürgerInnenhandeln nach 1945 müssen anders aussehen!

Mit den – für das deutsche Militär neuartigen – Werbemethoden haben wir es also mit gefährlichen Weichspül- und Vertuschungskampagnen der Bundeswehrführung und der CDU/CSU-SPD-Regierung zu tun. Und wenn die Verteidigungsministerin derzeit versucht, den SoldatInnen eine Art Maulkorb

im Umgang mit den Medien zu verpassen und damit kritische Fragen zu zensieren (wenn es diese Art von Fragen bei SoldatInnen denn wirklich geben sollte), dann passt das doch zu diesen verharmlosenden Werbesprüchen und Rekruten-Filmchen und erinnert durchaus an die „alternativen Fakten“, die Trumps Team verbreiten möchte. Orwell lässt grüßen, „Krieg ist Frieden“ ... Neusprech ist aber keine Sprache, sondern Propaganda.

Wer sich lieber einen differenzierten und kritischen Beitrag zur deutschen (Militär-)Politik wünscht, kann das Interview mit der Protest-Teilnehmerin Jacqueline Andres („Tag der Bundeswehr: Interview mit einer Aktivistin“) lesen, die über den „Tag der Bundeswehr“ und die entsprechenden Gegenaktionen und Aufklärungsaktivitäten spricht (IMI-Standpunkt 2016/023).

(Gekürzt) aus: DAKS-Newsletter Januar 2017

(<http://www.rib-ev.de/2017/01/31/daks-newsletter-januar-2017-ist-erschienen>)

Das Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS) ist ein Zusammenschluss verschiedener Friedens-, Menschenrechts und entwicklungspolitischer Gruppen und Organisationen. Ziel der Kampagnen und Aktionen ist es u. a., auf die weltweite Problematik der Kleinwaffen aufmerksam zu machen und die politisch Verantwortlichen aufzufordern, effektive gesetzliche Grundlagen und Kontrollverfahren durchzusetzen, um deutsche Rüstungsexporte zu verhindern. Darüber hinaus will das DAKS mit seinen Aktivitäten einen Beitrag zur Gewaltprävention und Deeskalation von Konflikten leisten und zur Beendigung der zerstörerischen Wirkung von Kleinwaffen auf eine nachhaltige Entwicklung beitragen.

Keinen Segen für das Militär

Plädoyer für eine Reform der Soldatenseelsorge

Rainer Schmid

Über die Militärseelsorge gibt es seit langer Zeit eine - teils heftige - Debatte. Viele Friedensbewegungen fordern eine Reform ihre Struktur.

Der Versöhnungsbund-Arbeitskreis „Friedensauftrag und Militär“ beschäftigt sich seit langen Jahren intensiv mit dem Thema Militärseelsorge. Die Mitgliederversammlung hat am 12.05.2013 in Arendsee fast einstimmig beschlossen, die „Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“ zu unterstützen. Darüber hinaus wurde am 2.8.2014 auf der 100-Jahr-Feier des Versöhnungsbundes in Konstanz die „Weltweite ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“ gegründet.

Dabei ging es nie um die Abschaffung der Seelsorge an Soldaten. Es geht nicht darum, den Soldat/innen den Segen zu verweigern. Soldaten und deren Familien sind in unseren Gemeinden selbstverständlich willkommen: im Gottesdienst, beim Abendmahl, im Kirchenchor – oder wenn eine Taufe, Hochzeit oder Beerdigung ansteht. Jesus ging offen auf die Soldaten zu, und

so soll es auch bei uns sein. Es gilt die alte Regel: Zwischen einer Person und ihren Taten muss unterschieden werden. Unser Protest richtet sich gegen eine Institution, nämlich gegen die Militärseelsorge in ihrer derzeitigen Form. Denn die Militärseelsorge unterstützt – bis auf seltene Ausnahmen – das Militär und den Krieg.

Wir meinen: Die Seelsorge an Soldaten ist falsch organisiert – nämlich so, wie es in vielen Ländern üblich ist: Die Militärgeistlichen werden vom Militär bezahlt, haben Büros in der Kaserne, benutzen Fahrzeuge und das Telefonnetz des Militärs und tragen militärische Kleidung – zumindest bei Manövern, auf Kriegsschiffen und bei Auslandseinsätzen.

Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr hat ergeben: Für die Soldaten sind weniger die Gespräche mit

dem Militärpfarrer wichtig. Auch die Amtshandlungen sind weniger wichtig. Sondern es geht im Grunde „nur“ um die Anwesenheit der Militärpfarrer: „Wenn ein Pfarrer bei uns ist, heißt das: Gott ist mit uns. Wenn die Kirche uns hier in Afghanistan begleitet, dann kann es nicht ganz falsch sein, was wir hier tun.“ Die Funktion der Militärgeistlichen ist es, die Soldaten zu segnen, zu trösten, zu begleiten – und auch am Grab von Soldaten noch Worte zu finden. Aber die Militärpfarrer hätten, wie alle Christen, eigentlich auch einen prophetischen Auftrag. Sie müssten im entscheidenden Moment laut und deutlich sagen, wo etwas schief läuft: „Ihr Soldaten, dieser Krieg ist falsch. Legt die Waffen nieder! Geht nach Hause.“ Dieser prophetische Auftrag wird von Militärpfarrern höchst selten wahrgenommen.

Das militärische Umfeld färbt – bis auf Ausnahmen – bald auf die Militärpfarrer ab. Die finanzielle und organisatorische Abhängigkeit vom Militär wirkt sich auf das Denken und Handeln der Militärseelsorger aus. Die etwa 100 evangelischen und 100 katholischen Militärpfarrer sind Bundesbeamte auf Zeit. Alle Dienststellen der Militärseelsorge (Militärpfarramt, Militärdekanat, Kath. Militärbischofsamt, Evang. Kirchenamt für die Bundeswehr) sind Behörden der Bundeswehr

und unterstehen dem Bundesministerium für Verteidigung.

Unsere Kritik: Militärpfarrer argumentieren oft mit der Dilemma-Theorie: „Wir leben in der gefallenen Schöpfung. Die Welt ist voller Gewalt. Was soll man tun, wenn eine Terror-Armee ein unschuldiges Volk vernichten will? Soll man die Hände in den Schoß legen? Es ist ein Dilemma. Wir werden so und so schuldig. Bereits Bonhoeffer hat das gesagt. Wir müssen manchmal Gewalt anwenden, auch Waffengewalt. Aber Gott wird uns vergeben.“ Das Gegenmodell: Jesus Christus nachfolgen, in seinem Geist leben. Er hat keine Waffe benutzt. Er hat nie zu Gewalt aufgerufen.



Unser Vorschlag: eine unabhängige Soldatenseelsorge – von den Kirchen bezahlte und organisiert. Die östlichen Landeskirchen haben diese Form der Soldatenseelsorge in der Zeit der DDR mit Erfolg prak-

tiziert. Die zivilen Auslandspfarrer, die es sowieso in vielen Regionen der Welt gibt, könnten sich neben den Diplomaten und Entwicklungshelfern auch um Soldaten kümmern.

Aufgabe der kirchlich organisierten Soldatenseelsorge müsste es sein, die Soldaten zu begleiten und auf Wunsch beim Ausstieg behilflich zu sein. Ähnlich wie die kirchlich-diakonische Seelsorge an Suchtkranken oder im Rotlichtmilieu.

Die Militärseelsorge ist Teil eines größeren Problems: Die großen Kirchen haben sich noch nicht für die Gewaltfreiheit entschieden. Die Kirchen fahren weiterhin zweigleisig: Frieden schaffen ohne Waffen – aber notfalls auch mit Waffen. Wie seit 1700 Jahren üblich, arbeiten die Kirchen deshalb auch heute noch mit dem Militär zusammen:

Es gibt über 100 Militärkonzerte in Kirchen pro Jahr. Es gibt viele Christen, die Waffen herstellen – und die Kirchen sagen nichts dagegen. In lutherischen Landeskirchen werden alle Pfarrer/innen auf das Augsburger Bekenntnis (1530) verpflichtet; darin steht, dass ein Christ mit gutem Gewissen Soldat werden und in den Krieg ziehen darf.

Im Jahre 2012 wurde das Motto „Keinen Segen für das Militär!“ entwickelt. Ebenso das Motto „Militärseelsorge abschaffen!“ Leider werden diese Forderungen immer wieder missverstanden. Aufruf: Wer ein besseres Motto findet – Bedingung: Es muss kurz, griffig und scharf sein – der bekommt auf der nächsten Jahrestagung eine große schöne Fahne „Schwerter zu Pflugscharen“ geschenkt.

Aus: Internationaler Versöhnungsbund, Rundbrief 2 / 2016, Seite 6

Rainer Schmid arbeitet als Pfarrer in Aalen und ist seit vielen Jahren in der Friedensbewegung aktiv. Er rief u.a. die „Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“ ins Leben.

Reform der Militärseelsorge

Die Position von pax christi

Kommission Friedenspolitik

Auch pax christi setzt sich seit langer Zeit mit dem Thema „Militärseelsorge“ auseinander und fordert eine Reform der Struktur ein. Auf der Delegiertenversammlung im Jahr 2016 wurde dazu folgender Beschluss verabschiedet.

Beschluss zur Umstrukturierung der Militärseelsorge

1. Die Delegiertenversammlung von pax christi – Deutsche Sektion e.V. – bittet die Deutsche Bischofskonferenz, umgehend mit der Einrichtung einer allein von der Kirche getragenen Soldatenseelsorge zu beginnen und zugleich das bestehende, strukturell mit der Bundeswehr verflochtene System der Militärseelsorge abzubauen und zu beenden. Vergleichbar mit der Regelung für muslimische Seelsorger sollten die Möglichkeiten von Soldat*innen vereinbart werden, dieses seelsorgerliche Angebot wahrzunehmen, und ebenso die seelsorgerlichen Standards.

2. Die Delegiertenversammlung bittet den Bundesvorstand und die Kommission Friedenspolitik, das

Gespräch mit der Militärseelsorge über Fragen der Friedensethik und Soldatenpastoral weiterzuführen – und zwar in der Perspektive einer rein kirchlichen Seelsorge, die es ermöglicht, das Evangelium des Friedens, der Versöhnung und der Achtung des Lebens frei von jeglicher Einbindung in das militärische System und unabhängig von militärischen Interessen zu verkünden.

Dieser Beschluss basiert auf folgendem Antrag der pax christi-Kommission Friedenspolitik und des pax christi-Diözesanverbands Aachen



Antragsgegenstand: Umstrukturierung der Militärseelsorge

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Die Delegiertenversammlung von pax christi – Deutsche Sektion e.V. – bittet die Deutsche Bischofskonferenz, umgehend mit der Einrichtung einer allein von der Kirche getragenen Soldatenseelsorge zu beginnen und zugleich das bestehende, strukturell mit der Bundeswehr verflochtene System der Militärseelsorge abzubauen und zu beenden.

Begründung

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bedürfen einer besonderen seelsorglichen Betreuung; denn viele von ihnen sind in ihrem Berufsalltag ungewöhnlichen seelischen und moralischen Herausforderungen ausgesetzt, oft auf sich gestellt, ohne einen greifbaren Rückhalt in gewachsenen familiären und gesellschaftlichen Strukturen.

Die Kirche und der an solcher Betreuung gleichfalls interessierte Staat haben dem Bedarf durch die Einrichtung der gemeinsam getragenen „Militärseelsorge“ abzu- helfen versucht: Der Staat schafft

durch weitgehende Eingliederung der Seelsorger in das System der Bundeswehr und Bereitstellung der finanziellen und sachlichen Ressourcen die materielle Grundlage für die seelsorgliche Arbeit; die Seelsorger nutzen als Staatsbeamte auf Zeit, nach Ablegung des entsprechenden Treueeids, ihre Eingliederung in das System als Zugang zu den seelsorglich zu betreuenden Soldatinnen und Soldaten.

Diese Struktur der Seelsorge ist heute nicht mehr sachgerecht. Sie steht in Teilen dem Anliegen der Seelsorge geradezu entgegen. Bei ihrer Einrichtung konnten staatliche und kirchliche Interessen weitgehend als übereinstimmend erscheinen. Die Bundeswehr galt, dem Grundgesetz entsprechend, als reine Verteidigungsarmee zum Schutz der Staatsgrenzen und gegen feindliche Übergriffe auf das Staatsgebiet mit der hierzu nötigen Bewaffnung. Dies hat sich seit Jahren grundlegend geändert.

Die Bundeswehr hat sich gewandelt in eine „Armee im (oft interessen geleiteten) weltweiten Einsatz“. Sie ist vielfach in Krieg und zum Teil völkerrechtlich fragwürdige kriegerische Aktionen verwickelt. Unter anderem durch die sogenannte „nukleare Teilhabe“ verstößt sie nachhaltig gegen internationales

Recht. Dies führt zwingend zu der Frage, ob eine in solche Strukturen eingemietete Seelsorge noch unabhängig, von staatlichen Interessen losgelöst, geleistet werden kann. Die Antwort heißt: Nein!

Die (existenzwahrende!) enge Verzahnung der Seelsorge mit der Bundeswehr führt zwangsweise zu der Neigung, Probleme kriegerischer Gewaltanwendung staatsnah zu betrachten. So fällt auf, dass Militärseelsorger überwiegend die Konstrukte der „Ultima Ratio“ und der (in der Politik fälschlich nur militärisch verstandenen) „responsibility to protect“ weitgehend als selbstverständlich und notwendig betrachten.

Die „responsibility to prevent“ sowie „responsibility to rebuild“ werden vernachlässigt. Letztlich bedeutet dies, wie die Kommission Friedenspolitik in ihrem friedensethischen Impuls zu „50 Jahre Pacem in Terris“ eindrücklich dargelegt hat, die mentale Neubelebung des längst überwunden geglaubten Rechtfertigungsmusters des „Gerechten Krieges“. Militärseelsorger, die auf diesem Hintergrund Soldatinnen und Soldaten in friedensethischen Fragen beraten und ihnen psychische und

seelische Stärkung vermitteln, zugleich aber für die Stärkung des Friedens in Christus eintreten, erscheinen als „Doppelagenten“ – so die Kommission Friedenspolitik in der erwähnten Erklärung.

Sie machen sich und ihre Kirche unglaubwürdig. Dies zeigt: Der Seelsorger darf nicht Teil der Streitkräfte sein, damit er, einzig der Botschaft Jesu Christi verpflichtet, den Soldatinnen und Soldaten in (Gewissens-) Nöten beistehen kann und, wenn die Gesamtwürdigung des Konflikts es erfordert, auch zum Widerspruch / Widerstand gegen militärische Entscheidungen aufrufen kann (vielleicht sogar muss!).

Ungeachtet der weiter notwendigen Auseinandersetzung um friedensethische Fragen im Gespräch zwischen pax christi und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie der Militärseelsorge (Beschluss der DV 2014) ist daher dringend der Anstoß notwendig, ohne Aufschub in den Prozess einzutreten, der zur Umformung des derzeitigen Systems der Militärseelsorge in eine Staatsunabhängige, allein von der Kirche getragene Soldatinnen- und Soldatenseelsorge führt.

Predigt zum Weltfriedenstag 2016

in St. Heinrich, Marl

Ferdinand Kerstiens

Schriftstellen: Amos 5,7-15a und Mit 5,43-48

Wir feiern heute den Weltfriedenstag. Papst Franziskus hat ihn unter das Leitwort gestellt: „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik des Friedens“. Gewaltfreiheit als Stil einer Friedenspolitik? Und das in einer Welt voller Gewalt? Wie soll das gehen? Viele von Ihnen wissen vielleicht, dass ich seit Jahrzehnten bei pax christi aktiv bin, der internationalen katholischen Friedensbewegung. Sie wurde gegründet von französischen katholischen Christinnen und Christen nach dem 2. Weltkrieg. Sie wollten nach dem schrecklichen Krieg Frieden zwischen Frankreich und Deutschland stiften und so die jahrhundertelange Feindschaft zwischen den beiden Völkern überwinden. Engagierte Gruppen in Deutschland haben das aufgegriffen und versucht, Frieden nach Polen weiterzutragen, das immer wieder unter deutscher Gewalt zu leiden hatte. Diese Idee, dieses Engagement hat sich ausgebreitet

und pax christi ist inzwischen in über 80 Völkern und Nationen rings um die Welt aktiv.

Uns geht es überall um gewaltfreie Lösung der Konflikte. Denn Gewalt führt immer zu neuer Gewalt. So erleben wir es ja heute vor allem im Nahen Osten und in Afrika. Deutschland ist an dieser Gewalt beteiligt nicht nur durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr, sondern auch durch die Waffenexporte und durch eine aggressive Wirtschaftspolitik. Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Exporteur von Waffen in der Welt. Anderswo wird mit unseren Waffen gemordet. Viele hier haben längst daran verdient.

Wir erleben bei allen Konflikten, dass Gewalt keinen Frieden schaffen kann, sondern neue Gewalt provoziert. Aber ist Gewaltlosigkeit nicht eine blanke Illusion? Wie soll sie gegen die Gewalt ankommen?

Hier muss zunächst ein Missverständnis ausgeräumt werden. Gewaltlosigkeit ist keine Passivität, kein bloßes Hinnehmen anderer Gewalt, sondern aktiver Einsatz für Verständigung und Frieden. Gewaltfreiheit gegen Gewalt? Ja, wir übersehen das oft. Es gibt ausführliche Studien über die politischen Konflikte der letzten 100 Jahren. In zwei Drittel waren die gewaltfreien Aktionen erfolgreich, nur in einem Drittel geschah das durch kriegerischen Einsatz, der dann oft in Bürgerkriegen endete, die das Elend nur vergrößerten, wie jetzt im Irak, in Afghanistan und Syrien. Die Gewalt ging da von den USA aus.

Beispiele für gewaltfreie Lösungen: Ich will nur drei große Erfolge nennen: Da ist für uns hier in Deutschland natürlich 1989 zu nennen. Ein Jahr zuvor haben es die gewaltfreien Gruppen in der damaligen DDR, die oft bei den Kirchen Schutz suchten, nicht geahnt, dass die Zwangssysteme der DDR und dann der Sowjetunion gewaltfrei überwunden werden konnten. Da haben viele Faktoren eine Rolle gespielt, vor allem aber die Menschen, die zu Tausenden über die Straßen zogen in Leipzig und anderswo, mit Kerzen in den Händen und dem Ruf: Keine Gewalt. Sie haben ihr Leben riskiert, wussten nicht, ob das Regime mit

Gewalt reagiert, aber sie sind gezogen. – In Südafrika herrschte das Apartheidssystem mit der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Dann haben viele Menschen, vor allem auch fast alle christlichen Kirchen, die gewalttätige Regierung des Weißen gewaltfrei überwunden und ein neues Miteinander der Weißen und Schwarzen ermöglicht. Keiner hatte gedacht, dass das Regime ohne Gewalt überwunden werden könnte. In Lateinamerika gab es viele Militärdiktaturen, die mit Gewalt, Folter und Mord die Andersdenkenden ausschalteten. Vielfach wurden diese Gewaltregime durch die USA unterstützt, die auch die Folterknechte für die Diktatoren ausbildete. Sie wurden gewaltlos überwunden, weil die Bevölkerung ihnen den Gehorsam verweigerte. Vielfach waren daran die kirchlichen Basisgemeinden beteiligt, die geholfen haben, das Selbstbewusstsein der Armen, der Kleinen zu stärken, ein großer Verdienst auch der Befreiungstheologie, die leider vom Vatikan und von den USA bekämpft wurde – Noch 2016 sind 63 Kleinbauern in Brasilien ermordet worden im Auftrag der Großgrundbesitzer, die großflächig Soja anbauen, auch für das Schweinefutter hier bei uns. Wir stecken in deren Gewalt mit drin. Unser Brasilienkreis kann davon aus eigenen Erfahrungen berichten.

Gewaltfreiheit – Stil einer Politik für den Frieden, weil Gewaltfreiheit schon als Weg ein zukünftiges veröhntes Miteinander der Menschen und Völker vorbereitet. Unsere gegenwärtige Welt zeigt, dass Gewalt kein Weg in eine menschliche Zukunft ist, zumal die Opfer meistens die Zivilisten sind, die Frauen und Kinder, die einfach nur leben wollen.

Lange hat auch unsere Kirche unter bestimmten Bedingungen vom gerechten Krieg gesprochen und damit oft auch die ungerichten Kriege

gerechtfertigt, wie z.B. die deutschen Bischöfe den zweiten Weltkrieg bis zum bitteren Ende. Auch Clemens August, der Löwe von Münster, hat bis zum Mai 1945 die Soldaten zum Gehorsam dem Führer gegenüber aufgefordert. Heute geht die Suche nach einem gerechten Frieden, der die Grundrechte der Menschen achtet: das Recht auf Leben, Gesundheit, Ernährung und Arbeit. Dieser gerechte Frieden, der den Menschen gerecht wird, ist nur gewaltfrei zu erreichen, durch innere Überwindung der



Versuchung zur Gewalt. Leider ist dieser Weg in den politischen Auseinandersetzungen kaum vertreten. Die Mächtigen auf allen Seiten sind miteinander verzahnt im Kampf um Macht und Öl. Die gewaltfreie Veränderung muss von unten kommen, wie in der damaligen DDR, in Südafrika und Lateinamerika. Die gewaltfreie Veränderung muss von uns hier kommen.

Pax christi unterstützt in vielen Völkern die Gruppen, die sich für eine gewaltfreie Lösung einsetzen. So haben wir auch enge Kontakte mit den Friedensgruppen in Israel und Palästina, die ohne Gewalt sich für den Frieden zwischen beiden Staaten, Völkern, Religionsgruppen und Kulturen einsetzen. Leider ist hier bei uns in der Öffentlichkeit davon kaum die Rede, sondern nur von der Gewalt, die immer wieder auf beiden Seiten aufflammt.

Gewaltfreiheit – Stil der Friedenspolitik. Vielleicht sind auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen

unserer Zeit die Kritik des Propheten Amos an dem Verhalten der reichen Oberschicht und die Weisungen Jesu aus der Bergpredigt verständlich und hilfreich. „Liebet eure Feinde!“ – das heißt ja nicht, dass ich sie liebevoll umarmen soll, sondern, dass ich ihnen deutlich mache, dass sie vor mir keine Angst zu haben brauchen, dass auch in meiner Zukunft Platz für ihre Zukunft ist, dass ich sie nicht als Feinde vernichten will, sondern sie vielmehr als Gegner im gemeinsamen Ringen um eine bessere Zukunft für alle Beteiligten gewinnen will, dass es keine Opfer gibt.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, aus vielen Diskussionen, wie schwierig es schwierig es ist, den Gedanken der Gewaltfreiheit in unsere kleinen und großen Konflikte einzutragen, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Deswegen bin ich dem Papst Franziskus dankbar für diese Weisung zum Weltfriedenstag: Gewaltfreiheit als Stil der Friedensarbeit. Es liegt an uns und an vielen anderen, ob es gelingt, die kriegerischen und gewalttätigen Scheinlösungen zu überwinden und mehr Frieden zu schaffen, damit die Menschen in Würde miteinander leben können, so wie Gott es allen zugedacht hat.



Das Versagen der Berichterstattung in der Syrienfrage

Hans-Joachim Werner

Versäumnisse in der Friedensbewegung?

Anmerkung der Redaktion:

Die Redaktion der pc-Korrespondenz ist sich der Kontroverse um den vorliegenden Artikel bewusst, dieser wurde ausgiebig unter den Redaktionsmitgliedern diskutiert. Sie entschied sich dennoch für eine Veröffentlichung, diese Entscheidung war jedoch nicht einstimmig. Deutlich machen möchte die Redaktion darüber hinaus an dieser Stelle, dass die Inhalte des Artikels nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktionsmitglieder entsprechen. Der Artikel von Hans Joachim Werner zu Syrien wird sicher Kontroversen auslösen. Aber wir fanden es richtig, auch seine Sicht der Lage zur Diskussion zu stellen. Wir sind gespannt auf die Leserbriefe und Kommentare dazu, die wir nach Sichtung auf der Webseite und/oder in der nächsten Ausgabe veröffentlichen werden.

Vorbemerkung des Autors:

Wer meint, dieser Artikel sei einseitig, weil er nicht die Interessen Russlands und des Irans in der Region benenne und bestimmte Maßnahmen von Präsident Assad nicht kritisiere, der hat Recht. Er hat jedoch die Aufgabe, unsere schwarz-weiße Berichterstattung in den Medien im Syrienkonflikt zu hinterfragen. Seien wir uns bewusst, die Wahrheit liegt in der Regel irgendwo dazwischen. Der Text ist als Anregung zu einer kritischen Diskussion und als Hinweis auf wenig bekannte Fakten im medialen Mainstream zu bewerten.

1. Man versteht heute häufig den Konflikt in Syrien als „Bürgerkrieg“, was er aber im Wesentlichen nicht ist.

Tatsache ist, der Konflikt folgt einer Agenda, die bereits seit langem vorliegt. General Wesley Clark berichtete, man habe ihm 2001 eine Liste mit den Staaten vorgelegt, die die USA angreifen würden. Auf dieser Liste stand neben dem Irak, dem Iran und Libyen auch Syrien. Laut Veröffentlichungen von Wikileaks wissen wir, dass der stellvertretende Botschafter der USA in Damaskus, William Roebuck, 2006 in einem Schreiben an das Weiße Haus Vorschläge unterbreitete, wie die Regierung in Damaskus in Schwierigkeiten zu bringen sei. Er sah es als sinnvoll an, die Angst der Sunniten vor den Schiiten zu schüren und sich den Problemen der Kurden zu widmen. Regierungsgegner sollten Zugang zu arabischen Medien erhalten. Die Reformanstrengungen der Regierung sollten diffamiert werden, und gleichzeitig wollte man mit Gerüchten über einen Putsch die Regierung zu Überreaktionen verleiten, die innere syrische Führungsriege spalten und ausländische Investitionen verhindern. Semour Hersh berichtete im März 2007 im „The New Yorker“, dass die Regierung Bush mit Saudi-Arabien und Israel sich verständigt habe, um den

schiitischen Einfluss des Irans in der Region zurückzudrängen. Saudi-Arabien war bereit, mit Hilfe finanzieller und logistischer Mittel zur Schwächung der Regierung von Präsident Assad unter Zuhilfenahme von Muslimbrüdern und Salafisten beizutragen. Dabei wurde durchaus schon die Möglichkeit des Bombenabwurfes über Syrien miteinbezogen.

Kurz vor den Unruhen in Dar`a verabschiedete der US-Kongress am 6.3.2011 den „Syrian Freedom Support Act“ in welchem der Präsident auf gefordert wurde, Sanktionen gegen Syrien zu verhängen und Maßnahmen „für einen demokratischen Übergang“ durchzuführen. Das „Council on Foreign Relations“ forderte am 24.10.2011 als Empfehlung für den Umsturz in Syrien Druck auf Oppositionsgruppen auszuüben und sich im „Syrischen Nationalrat“ zusammen zu schließen, der Verhandlungen ablehnte und den bewaffneten Sturz der Regierung propagierte. Deutschland hat von Anfang an diesen Kriegs- und Regimechancekurs im Rahmen der Kontaktgruppe „der Freunde Syriens“ auf vielfältige Art mitgetragen.

Hintergrund der Destabilisierungsmaßnahmen gegen Syrien ist vor allem die Frage von Erdgasfunden im Mittelmeer, auf die neben Syrien

auch Zypern, Libanon und Israel Anspruch erheben sowie die Weigerung der syrischen Regierung, eine Erdgaspipeline von Katar über syrisches Territorium nach Europa zu bauen. Die Syrische Regierung entschied sich stattdessen für den Bau einer Pipeline, die das South-Pars-Erdgasfeld im Iran über den Irak mit Europa verbinden soll. Nach Informationen der „Financial Times“ soll Katar daher allein in den zwei Jahren bis Mitte 2013 die islamistischen Kämpfer in Syrien mit rund drei Milliarden Dollar unterstützt haben.

2. Der Kampf gegen IS ist eine Chimäre und dient dem Zweck des Regimewechsels in Syrien.

Der Kampf der USA und ihrer Verbündeten ist ein Ansatzpunkt zur Destabilisierung von Syrien. Mit dem vorgeschobenen Argument, den IS bekämpfen zu wollen, versucht man sich eine Pseudolegitimation zu verschaffen, militärisch völkerrechtswidrig auf syrischem Territorium zu agieren und gleichzeitig mit dem Mittel des IS die Regierung von Damaskus zu stürzen.

Als Beleg für diese These kann ein 2015 vom amerikanischen Geheimdienst DIA veröffentlichtes Papier angesehen werden, das bezeugt, das die Regierung Obama spätestens seit 2012 wusste,

dass Al Quaida (AQI, IS, ISI) und andere Extremisten den Aufstand in Syrien anführten. Dadurch sei nach Auffassung des DIA Papiers „die Chance der Schaffung eines `Salafisten-Hoheits-Gebiets` in Ost-Syrien“ entstanden. Das sei genau das, was der Westen und seine Verbündeten am Golf `wollten, um das syrische Regime vom schiitischen Irak und Iran abzuschneiden. „Der ISI könne dadurch zusammen mit anderen Terror-Organisationen im Irak und Syrien einen ‚islamischen Staat‘ ausrufen.“ Die Zusammenarbeit von einflussreichen US-Politikern mit dem IS wird auch durch das mit Fotos dokumentierte Treffen von Senator Mc Cain mit dem Chef des IS, Ibrahim al-Badri und Vertretern von Al Nusra (Al Quaida) und der „Freien Syrischen Armee“ im Mai 2013 in der Nähe von Idlib in Syrien deutlich.

3. Die Berichterstattung der offiziellen Medien ist nicht neutral und halbwegs objektiv. Eine konservative Tendenz der Informationsbeschaffung funktioniert daher immer weniger

Von Süddeutscher Zeitung, über TAZ, BILD, Die Welt und selbst „Publik-Forum“ zieht sich eine gleichförmige einseitige „Bericht“erstellung durch den Blätterwald.

Dagegen halten derzeit im Wesentlichen nur die Junge Welt, „Freitag“, „Free21“ und „Hintergrund“. Der Mainstream wird im Wesentlichen durch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte bedient, welche aus einer Ein-Mann-Organisation des syrischen Einwanderers Rami Abdel Rahman in Coventry besteht, der ohne Journalist zu sein, aus seiner Zweiraumwohnung die „Berichte“ seiner nicht nachprüfbaren Quellen verfasst.

Dem Leser wird mittlerweile durch Begriffe wie „Regime“ statt Regierung, „Rebellen“ statt Terroristen und „Assad“ statt „Präsident Assad“ bzw. Syrien, syrische Regierung oder syrisches Volk eine einseitige Interpretation des Konfliktes massiv in den „Nachrichten“, nahegelegt, obwohl eine derartige Negativwertung in einen Kommentar gehören würde.

4. Die Position der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ist letztlich vor dem Hintergrund eines aufgebauten Völkermordszenarios mit dem Stichwort „Srebrenica“ bzw. Ausschwitz kaum durchzuhalten.

Assad wirft Fassbomben auf sein Volk. Assad setzt Giftgas gegen sein Volk ein. Die Russen bom-

bardieren einen Hilfskonvoi der UN und zerstören die letzten Krankenhäuser und Schulen in Ost-Aleppo. Letzte Videobotschaften aus dem umkämpften Aleppo. Alles dies sind Schlagzeilen, die sich in den Mainstreammedien überschlagen und selten nachgeprüft worden sind. Sie dienen dazu, ein VölkermordszENARIO aufzubauen, um den Bruch des Völkerrechtes zu legitimieren und die Interventionspolitik der USA, der Türkei, Saudi-Arabiens, Israels, Frankreichs und Katars zu legitimieren. Wer nicht die berichteten angeblichen Gräueltaten auf die Richtigkeit und Glaubwürdigkeit hin überprüft, wird letztlich kaum eine Möglichkeit haben, sich dem Ruf einer „militärischen humanitären Intervention“ zu widersetzen. Was ist also wahr?

Hier zwei Beispiele:

Wahrscheinlich unwahr ist die Tatsache des russischen Angriffs auf den UN-Hilfskonvoi im letzten Jahr. Belege gibt es dafür nicht. Verschwiegen wird, dass der Hilfskonvoi von syrischem Regierungsgebiet nach Aleppo aus startete. Einiges spricht dafür, dass der Angriff von Al-Qaida nahestehenden Terroristen verübt worden ist.

Auch der sogenannte angebliche Giftgasangriff von Präsident Assad auf die eigene Bevölkerung ist nicht bewiesen, sondern eher

unwahrscheinlich. Der militärische US-Geheimdienst DIA hatte u.a. im Juni 2013 in einem Papier darauf hingewiesen, dass die al-Nusra-Front eine Abteilung zur Produktion von Sarin habe und dabei von Agenten der Türkei und Saudi-Arabien unterstützt werde.

Der Journalist Simon Hersh behauptete, dass der türkische Geheimdienst hinter dem Giftgasangriff auf Vororte von Damaskus am 21. August 2013 stecke. Die Regierung von Recep Tayyip Erdogan habe die USA so zu einem Militärschlag gegen die syrische Regierung bewegen wollen.

5. Man stellt die falschen Forderungen zur Beendigung des Konfliktes und zur Reduzierung des Leids der Bevölkerung. Beispielhaft sei hier die von Andreas Zumach erhobene Forderung nach einer Flugverbotszone genannt.

Dies würde aber bedeuten, dass die NATO im Rahmen eines Sicherheitsratsbeschlusses die Berechtigung hätte, syrische Infrastruktur, die auch von der Zivilgesellschaft benutzt wird und die militärischen Fähigkeit zur Gegenwehr und zum Schutz gegenüber Al Qaida/ Al Nusra und IS-Kämpfern zu zerstören. Der Leidtragende wäre die Bevölkerung in Syrien. Syrien

würde völlig im Chaos wie Libyen versinken.

Wichtige und richtige Forderungen wären stattdessen in erster Linie die Aufhebung des Embargos gegen Syrien. Hinzu käme die Unterbrechung der Kontobewegungen des IS mit dem Ausland. Die völlige Unterbrechung der Öllieferungen aus dem IS-Gebiet vor allem in die Türkei. Den Stopp der Waffenlieferungen an den IS durch „Fehlwürfe“ von Waffen für die Peschmerga oder durch den Übertritt sogenannter „gemäßigter Rebellen“. Den Stopp von Waffenlieferungen an den IS über Israel, die Türkei und den Irak. Den Stopp jeglicher Ausbildungsprogramme für Antiregierungskämpfer durch die USA, Katar die Türkei und Saudi-Arabien. Ein verstärkter Einsatz in den Schulen, um islamistischer Propaganda entgegenzuwirken.

6. Transatlantische Netzwerke durchziehen mittlerweile Medien und Parteien gleichermaßen und bestärken sich somit gegenseitig. Ein Ausbrechen aus dieser Meinungseinfalt ist daher umso schwieriger; hinzu kommt die Belieferung der Medien durch Geheimdienste.

Von Kanzlerin Merkel (CDU) , Bundespräsident Gauck, der Parteichefin der GRÜNEN Göring-

Eckhard (Ex-Mitglied), Cem Özdemir (Ex-Mitglied), Siegmund Gabriel (SPD) über Josef Joffe (Die Zeit, Ex-Mitglied), Klaus Kleber und Kai Diekmann (Chefredakteur der BILD) reicht laut Wikipedia und Cicero die Liste der aktuellen und der Ex-Mitglieder der Atlantikbrücke.

Einen guten Überblick über die Verflechtungen der Medien mit transatlantischen Seilschaften brachte die Satiresendung „Die Anstalt“ im April 2014.

Tom Curley, der ehemalige Chef der US-Nachrichtenagentur berichtete 2009, dass für das Pentagon 27.000 PR-Spezialisten mit einem Jahresbudget von fünf Milliarden US-Dollar arbeiten würden.

7. Die Macht der Bilder signalisiert Objektivität und arbeitet mit dem Leid der Menschen in Syrien.

Tatsächlich gibt es viele aufgedeckte Bildfälschungen und fehlerhafte „Filmberichte“ aus Syrien. Da diese im Konflikt bisher massenweise erfolgt sind, seien hier nur einige beispielhaft genannt. Weitere können bei den unten angegebenen Webseiten erforscht werden:

Christian Sievers „berichtete“ am 17.5.2011 im Morgenmagazin von ARD und ZDF über die Situation

in Syrien und zeigte dabei in einem Video angeblich knüppelnde syrische Soldaten. Gleichzeitig erklärte er, man „könnte nicht unabhängig kontrollieren und überprüfen, wo ... und wann genau solche Videos entstanden sind. ... Man sieht Uniformierte, die Gefangene grässlich misshandeln.“ (O- ton: Sievers) Tatsache ist, dass das gezeigte Video wahrscheinlich aus dem Irak stammt und bei youtube bereits 2007 hochgeladen worden war.

Die Kronzeitung fälschte z.B. am 28.07.2012 ein Foto, welches von EPA stammte und eine flüchtende Familie zeigt. Sie setzte die Familie vor einen völlig anderen Hintergrund, um die Situation dramatischer wirken zu lassen.

Als der Fall Ostaleppos drohte, meinte Spiegel Online am 13.12.2016 kommentieren zu müssen: „Journalisten und Zivilisten veröffentlichen Videos aus dem Krisengebiet - es sind Hilferufe an die Welt. Letzte Botschaften aus Aleppo“ Nicht gesagt wird dabei, dass diese Botschaften von nicht neutralen Personen stammten. Sie bekämpfen teilweise die syrische Regierung und verbreiten anderorts Al Nusra-(Ex-Al-Quaida) Propaganda. Es wurde nicht untersucht, ob es sich um eine PR-Kampagne handelt.

8. Die Weißhelme als bezahlte Propagandainstitution des Westens wurden als positive Identifikationsobjekte aufgebaut.

Ein Großteil der eingehenden Gelder für diese fragwürdige Organisation laufen laut der Webseite „Propagandaschau“ über eine in den Niederlanden registrierte NGO mit dem Namen „Mayday Rescue“. Weitere Gelder kamen von EU Mitgliedern wie z.B. Deutschland unter dem Titel „Emergency Health und Relief Support to the Population Affected by the Crisis in Syria“. Diese Gelder wurden durch die Europäische Kommission (DG-Echo) verteilt. Die Syria Campaign (das von den USA gesteuerte Vehikel für die White Helmets) wurde durch Purpose Campaigns LLC geschaffen. Diese Firma befördert angeblich gewünschte Graswurzelbewegungen.

Die Weißhelme sind eng verflochten mit islamistischen Kämpfern. Man kann im Internet Photos und Filme sehen, wo sie beim Töten von Gefangenen anwesend sind oder das Victoryzeichen auf einem Leichenberg von Regierungssoldaten machen. Ebenso gibt es Fotos von Weißhelmen, die in ihrer typischen Kluft eine IS-Flagge schwingen. Die Tatsache, dass man immer wieder das gleiche Mädchen aus den Trümmern gezogen hat oder

aus dem Umfeld wieder und wieder die Zerstörung des letzten Krankenhauses von Ostaleppo meldete, lässt die Geschichten dieser Organisation als wenig glaubwürdig erscheinen.

9. Auf Grund des Informationskrieges fühlt man sich unfähig und hilflos die Wahrheit zu erkennen und eine Parteinahme zu begründen. Dies führt zur politischen Lähmung und Hilflosigkeit gegenüber dem Konflikt.

10. Die Flüchtlingsfrage ist mit der Syrienfrage eng verknüpft. Die Aufdeckung der handlungsleitenden Agenda zu Syrien würde auch die Heuchelei in der Flüchtlingsdebatte betreffen.

Dies könnte zur Aufweichung von bestehenden Feindbildern und Neuorientierungen im innenpolitischen „rechts“-„links“ Schema beitragen.

Wie kann eine Regierung als glaubwürdig in der Flüchtlingsfrage angesehen werden, die aktiv an der Destabilisierung des Landes der Flüchtlinge mitwirkt? Die Lieferung von Milanraketen, die einen radioaktiven Sprengkopf besitzen, an die Peschmerga, dürfte nicht als Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Existenzgrundlagen des syrischen und kurdischen Volkes angesehen werden.

11. Die Systematik des internationalen und des Völkerrechts zur Regelung von Konflikten wird in seiner Bedeutung als zu gering eingeschätzt.

Man kann in letzter Zeit eine Abnahme des Rechtsbewusstseins feststellen. Mit Hilfe der Figur des „Responsibility to Protect“ oder der Figur der humanitären Katastrophen wird derzeit von westlicher Seite immer mehr versucht, eigene Interessenlagen durchzusetzen. Die Sicherung der Menschenrechte, maßt man sich ohne einen entsprechenden Beschluss des Sicherheitsrates selber an. Die in der UN-Charta festgelegte Achtung der Grundsätze der nationalen Souveränität und des Nichteinmischungsgebotes in die inneren Angelegenheiten der Staaten missachtet man. Die Frage der Menschenrechte verkommt so zu einem Legitimierungsinstrument für Kriege mit eigenen Interessen, die medial als Hilfsaktionen inszeniert werden.

Die Streichung der Strafgesetzbuchparagraphen 80 (Planung eines Angriffskrieges) Anfang dieses Jahres und Ersetzung durch einen eher unspezifischen „Aggressionsverbrechenstatbestand“, der kaum zur Anwendung kommen kann, reiht sich in diese Tendenz ein.

12. Im christlichen Milieu wird auf christliche Stimmen vor Ort zu wenig gehört oder sie werden ganz ausgeblendet.

Erst kürzlich schilderte María Guadalupe Rodrigo, eine argentinische Nonne, die seit Januar 2011 in der katholischen Diözese in Aleppo lebte, ihre Erfahrungen mit der dortigen Situation. Sie blieb auch während des Belagerungsringes durch dschihadistische Rebellen in der Stadt. Nach ihrer Rückkehr kritisierte sie Rolle westlicher Medien in dem Konflikt und die Art des tödlichem „Demokratieexportes“.

Der melkitisch-katholische Erzbischof von Aleppo, Jean Clément-Jeanbart formulierte 2016 im Schweizer Fernsehen: „Die russische Militärinvention gibt den Christen Syriens neue Hoffnung“ und „Wladimir Putin hilft der Sache der Christen.“ Viele Christen in Syrien schätzen die religiöse Toleranz der Regierung von Präsident Assad und auch sein Eintreten für die Frauenrechte.

13. Gleiches wird nicht gleich eingeordnet.

Wenn die internationale Koalition in Mossul bombadiert oder Saudi-Arabien im Südjemen dies tut, ist die Berichterstattung eine ganz

andere als wenn in Aleppo die syrische Armee gegen die islamistischen Kämpfer von Al Nusra vorgeht. Wir hören hier nicht den Begriff „Regime“. Im Gegenteil: Unsere Regierung unterstützt sogar noch durch Waffenlieferungen Saudi-Arabien.

Die Blockade der Wasserversorgung der syrischen Hauptstadt Damaskus, von der etwa fünf Millionen Menschen abhängig sind, ist den Medien keinerlei Aufschrei wert. Auch hier werden die Täter nicht „Terroristen“ sondern „Rebellen“ genannt.

14. Die Friedensbewegung scheint nicht fähig zu sein, aus den alten Mustern der Desinformation und Regimechangevorgängen zu lernen.

Ob in Syrien, Libyen, Jugoslawien oder dem Irak. Die Methoden der Desinformation sind gleichgeblieben. Es wird nicht differenziert berichtet. Grau bleibt nicht grau, sondern es wird ein schwarzweißes Bild gezeichnet, bei dem die westlichen Eigeninteressen als „Sicherung der Menschenrechte“

gegenüber einem „Diktator“, der sein Volk unterdrückt angesehen werden. Diese Kritik von mir bedeutet nicht, dass ich Menschenrechtsverletzungen in Syrien völlig negiere. Bei ihrer Einordnung in den politischen Prozess und der Diskussion über Mittel und Folgen einer Veränderung würde ich mir jedoch andere Schwerpunkte wünschen. Welche Folgen eine derartige Politik hat, können wir aktuell im Irak, in Libyen und in ehemaligen Jugoslawien sehen.

Dies sollte uns zum Nachdenken bringen.

Alternative Quellen zum Syrienkonflikt:
<https://www.jungewelt.de/>
<http://www.hintergrund.de/>
<https://propagandaschau.wordpress.com/>
<https://www.publikumskonferenz.de/forum/>
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.rtdeutsch.com>
<http://www.free21.org/>
<http://www.voltairenet.org/de>
<https://de.sputniknews.com/>
<https://kenfm.de/>



Erstes Interview mit unserem Geistlichen Beirat Klaus Hagedorn

Die Fragen stellte Ferdi Kerstiens.

Die Mitglieder von pax christi in unserer Diözese möchten dich gerne näher kennen lernen. Du bist ja schon im Herbst 2015 als neuer Geistlicher Beirat gewählt worden und hast – wie damals zugesagt – im September 2016 deine Aufgabe übernommen, konntest aber wegen einer Erkrankung nicht an der Diözesanversammlung im Herbst 2016 teilnehmen. Jetzt bist du ganz in deinem neuen Amt. Zunächst ein paar kurze Fragen zu deiner Herkunft:

Wo bist du geboren und zur Schule gegangen?

Ich komme aus dem sog. Kohlenpott. Ich bin 1954 in Gelsenkirchen-Horst geboren, dann ab meinem 4. Lebensjahr aufgewachsen in Kirchhellen. Die Volksschule besuchte ich in unserem Dorf und wechselte 1964 auf das Neusprachliche Gymnasium in Gladbeck.



Klaus Hagedorn

Hast du Geschwister?

Fünf.

Was und wo hast du studiert?

Ich habe Theologie, Sozialwissenschaften und Pädagogik studiert – in Münster und Würzburg.

Nun wird es intensiver: Warum hast du Theologie studiert?

Ich war in der Pfarrgemeinde St. Johannes in Kirchhellen ab

meinem 12. Lebensjahr sehr engagiert: zuerst in der Messdienerarbeit, dann in der Katholischen Jungen Gemeinde. Ich hörte von desaströsen Lebenssituationen in Ländern wie Brasilien, Peru, Südafrika und Namibia, die mich berührten; ich bekam einen ersten Blick für die „strukturellen Ungerechtigkeiten“; mir begegneten – in KJG-Seminaren und durch Bücher – Gestalten wie Dom Helder Camara, Nelson Mandela, Martin Luther King, Mahatma Gandhi, die mich faszinierten; ich war konfrontiert mit der Frage nach meiner eigenen Kriegsdienstverweigerung und unserer eigenen Vergangenheit. Wie war möglich, was in Auschwitz und anderen Orten geschah? Ich bekam einen näheren Zugang zum Lebensprogramm Jesu, seiner Bergpredigt, die mich begeisterte.

In diesen Prozessen reifte die Entscheidung, nach dem Abschluss meiner Banklehre das angestrebte Studium der BWL nicht weiter zu verfolgen. Ich wollte in der Nachfolge Jesu mithelfen, die Welt gerechter zu machen. Und dann gab es da einen Kaplan, der mir die Perspektive des Theologiestudiums eröffnete. Aber mich auch davon überzeugte, ein Zweitfach zu wählen, um die Welt in ihren Strukturen und Verwobenheiten verstehen zu lernen. So wählte ich als Zweitfach die Sozialwissenschaften.

Wolltest du von Anfang an Pastoralreferent werden? Was hat dich dazu bewogen, diesen Beruf zu ergreifen?

Am Beginn meines Studiums wollte ich dies unbedingt. Nach dem Vordiplom bekam ich eine „Kirchenkrise“. Die wurde ausgelöst durch Erfahrungen, die für mich wichtige Menschen mit der Institution Kirche in Konfliktsituationen machen mussten. Ich fragte mich, ob ich in dieser Kirche überhaupt einen Platz haben kann. Ich schützte mich selber, indem ich neben dem Diplom zusätzlich das Erste Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in den Blick nahm. Ich entdeckte aber auch eine ganz einfache Wahrheit, die mir half, die Kirche zu sehen, wie sie ist: Sie ist nicht Gott; sie ist nicht das Ziel des Glaubens; sie ist menschlich, nicht vollkommen und deshalb ist die Umkehr für sie ein Dauerthema; sie ist „ecclesia semper reformanda“ und deshalb braucht es Menschen, die in ihr arbeiten und mit ihr leben. Ich wurde Referendar und dann Gymnasiallehrer – aber nur für drei Jahre. Der Grund: Ich wurde angefragt, ob ich mir vorstellen kann, eine Hochschulgemeinde an der Universität in Oldenburg aufzubauen. So wurde ich an meinen ursprünglichen Berufswunsch zurückgerufen – und arbeitete dann von 1984 bis 2008 als Hochschul-

seelsorger in der Universität und an der Fachhochschule in Oldenburg.

Du warst dann 24 Jahre Hochschulseelsorger in Oldenburg. Was waren dabei deine Hauptanliegen und vielleicht auch deine drängendsten Sorgen? Wie blickst du auf diese Zeit zurück?

Die Stichworte Solidarität und Parteilichkeit (mit den Nahen und Fernen) und das Weitersagen der Guten Nachricht umschreiben meine Hauptanliegen. Ich habe Hochschulpastoral weniger als Mitgliedschafts-Pastoral verstanden, die vornehmlich die kirchlich Gebundenen im Blick hat; ich habe sie auch nicht als religiöse „Dienstleistung“ verstanden, die die Bedürfnisse von Menschen unserer individualistisch geprägten Konsum- und Warengesellschaft bedient.

Ich habe Hochschulpastoral verstanden als eine Praxis, die mitarbeitet an der Verwandlung und Erneuerung der Erde in der Perspektive des Reiches Gottes, die hier zusammenarbeitet mit „allen Menschen guten Willens“ (s. Gaudium et Spes) – und die weitersagt (in Wort und Tat), was mir von Gott her zugesagt ist: dass ich mit allem, was ich bin, anerkannt und gutgeheißen bin, dass meine Würde und mein Heil nicht von meinen Aktiva

und Passiva abhängen.

Wie blicke ich zurück? Dankbar im Ganzen. Mein Enthusiasmus hat mich bislang nicht verlassen. Ich arbeitete an den Hochschulen in Oldenburg in einem völlig kirchenfernen und kirchenabstinenten Raum. Ich habe gelernt: Es braucht die Entscheidung, in diesem Feld Präsenz zu zeigen. Es braucht Freude an der Begegnung und eine Anerkennung des Pluralismus, das Bemühen um einen eigenen Standpunkt und die Offenheit für einen Dialog gerade mit Andersdenkenden, aus dem ich selbst als Lernender hervorgehen kann.

Du hast damals die Oscar-Romero-Stiftung gegründet. Warum der Name? Was tut diese Stiftung?

1991 gründeten wir die Oscar-Romero-Stiftung Oldenburg als Trägerin des Oscar-Romero-Hauses, unseres Studierendenhauses. Der Vorschlag zur Namensgebung kam aus dem damaligen Mitarbeiterkreis der Katholischen Hochschulgemeinde. Wir hatten vielfache Kontakte nach Latein- und Zentralamerika und Besuche von dort. Mit der Person von Oscar Romero hatten wir uns sehr beschäftigt; sein Eintreten für die Armen, sein Engagement für Menschenwürde und Gerechtigkeit hatte viele be-

wegt. Oscar Romero verkörperte die Einheit von Mystik und Politik.

Die Stiftung verwaltet das Studierendenwohnheim, das wir 1991 als 120-Jahre-altes Haus einweihen und dann 2004 neu bauen mussten. Sie übernimmt diakonische Aufgaben vor allem mit Blick auf die Begleitung und Förderung ausländischer Studierender. Und es gehört auch zu ihren Aufgaben, Bildungsbeiträge im Sinne ihres Namenspatrons zu leisten.

Seit 2008 arbeitest du an dem neu entstandenen FORUM St. Peter. Welche Idee steht hinter diesem Forum?

Mit dem FORUM St. Peter – das ist ein Projekt der Citypastoral, das die 140 Jahre alte Stadtkirche sowie ein neues Forumsgebäude zusammenbindet – sucht Kirche auf neue Art die Stadt. Etwa 41% der Einwohnerschaft Oldenburgs haben keinerlei strukturelle Verbindung mehr zu christlichen Kirchen; von den 15% Katholiken haben über 90% keine nähere Gemeindebindung mehr. Wir suchen deshalb nach Berührungs- und Kontaktflächen zu den Menschen, setzen an bei Lebens- und Überlebensfragen. Wir wollen die Menschen mit ihren Fragen ernst nehmen und gemeinsam nach tragfähigen Antworten für unser

Leben suchen – und darin: Gott zur Sprache bringen, vor allem dann, wenn wir gefragt werden. Und wir versuchen so zu leben und zu arbeiten, dass wir gefragt werden. Wir möchten ein in jeder Beziehung offenes und einladendes FORUM gestalten, in dem alle Menschen erfahren dürfen: „Ich darf hier sein, so wie ich bin, mit all dem, was ich mitbringe.“ Wir wollen die Kultur des Umgangs mit den Fremden und Fernstehenden neu lernen als ein Stück Lebenskunst im Alltag.

Unter dem Dach des Forums arbeiten die Caritas mit ihren Beratungsstellen, der Kindergartenenträgerverein, die Ökumenische Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen und der Sozialdienst katholischer Frauen. Diese Institutionen haben intensive Kontakte zu Menschen – unabhängig davon, ob sie bisher eine Nähe zu Glaube oder Kirche haben.

Welche Erfahrungen hast du damit gemacht?

Die Erfahrung zeigt: Für viele Menschen sind wir ein erstmaliger bzw. ein ganz neuer Anknüpfungspunkt. Wenn man möchte, kann man sich ausruhen, seine Mittagspause gestalten oder einfach eine Kaffee trinken oder auch das Gespräch suchen. Unsere 44 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

im Foyer sind darin geschult, sich in aller Offenheit auf die Besucher einzustellen. Und ich nehme wahr, dass es uns gelingt, den Menschen in der Stadt zu signalisieren: Wir haben großes Interesse an Kontakt und Begegnung. Und so gibt es auch alle vier Monate einen Flyer, mit dem wir zu Veranstaltungen einladen.

Wie stehst du zur real existierenden katholischen Kirche heute? Wie siehst du die Zukunft und deine Situation in dieser Kirche?

Jeder weiß: Wir stehen in einem epochalen Umbruch. Die zivilreligiöse Gestalt der Kirche bei uns schwindet – sie ist auf dem Weg, eine Minderheit zu werden. Es stirbt das eurozentrische Christentum. Das konfessionsorientierte Christentum mit seinen ökumenischen Grabenkämpfen kommt an sein Ende – wir sind unterwegs zu einer neuen Dialogfähigkeit, nicht nur innerabrahamitisch, sondern auch mit den Weltreligionen; es geht um die bleibende Bewohnbarkeit unserer Erde, die in Gefahr ist. Die meisten nehmen Abschied von einem hierarchistischen Verständnis von Kirche, wo einige meinen, für andere das Heil bestimmen zu können – wir sind unterwegs zu einem geschwisterlichen Verständnis von Christentum. Das klerikalis-

tische Christentum stirbt – noch nie gab es so viele sog. Laien, die sich geistlich engagieren auf der Basis des gemeinsamen Priestertums aller Glaubenden.

Ich habe mich für den langen Marsch in der Institution entschieden – und dies als Pastoralreferent. Dieser Weg war von schönen, aber auch sehr schwierigen Erfahrungen geprägt. Und es gab auch Zeiten, in denen ich große Zweifel hatte, ob diese Kirche wirklich die Kirche ist, für die ich mit Herzblut mich einsetzen möchte. Mir haben Menschen geholfen, dabei zu bleiben, die äußere Kruste Kirche von dem Kern zu unterscheiden, um den es wirklich geht. Und es waren Menschen mit leidvollen Kirchenerfahrungen, die ebenfalls nicht aufgegeben haben.

Seit 1974 bist du Mitglied in pax christi. Welche Erfahrungen hast du in pax christi, oder allgemein gefragt: in der Friedensarbeit gemacht?

Zu allererst fallen mir die vielen Personen ein, die ich kennenlernen konnte und bei denen ich Ermutigung erfahren habe. Das war in den Engagements gegen den Nato-Doppel-Beschluss, im Rahmen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und

Bewahrung der Schöpfung, dann die Herausforderungen durch die Golfkriege 1991 und 2003 sowie durch die unsäglichen Kriege ab 1992 auf dem Balkan und den 11. September 2001. Für mich war wesentlich, in pax christi und der Friedensbewegung Menschen zu wissen, mit denen ich meinen Standort bestimmen und leben konnte, überlegen konnte, wie angesichts all dessen der Glauben durchzubuchstabieren ist als Ermutigung zum aufrechten Gang.

Wie siehst du deine Aufgabe als Geistlicher Beirat?

Ich möchte spirituelle Impulse setzen, anregen zur „Gewaltanschauung“, d.h.: sich der Realität der Gewalt um uns und in uns zu stellen und Schritte zu ihrer Überwindung zu gehen. Dazu können geistliche Worte beitragen, Gottesdienste und Exerzitien – Bergwandern z.B.

– und evtl. ein Sommerschulprojekt für junge Erwachsene, gerne in Kooperation mit dem ITP und Studierendengemeinden. Etwas Besonderes wäre ein Exposure-Projekt in El Salvador, wo ich Kontakte habe, möglichst zusammen mit der CIR und der Fachstelle Weltkirche. Auch für den Katholikentag 2018 habe ich Pläne: eine Ausstellung und Gespräche zu Gestalten der Gewaltlosigkeit.

Du bist verheiratet und hast Kinder. Hast du bei all deinen Engagements genügend Zeit für sie?

Für diese Frage bin ich wohl der falsche Adressat. Da müsstest Du meine Frau Barbara und unsere drei mittlerweile erwachsenen Kinder fragen, wie sie das einschätzen. Ich selbst kann nur sagen: Ich habe mich darum bemüht.

Gelebte Option für die Armen: Bernd Mülbrecht

Norbert Mette

Am 6. Dezember entschied sich der zwölfköpfige Preisbeirat für Bernd Mülbrecht und sein Team als Träger des Papst-Johannes XXIII-Preises 2017 vom pax christi Diözesanverband Münster.



Nach dem Gespräch waren wir nochmals in unserer Überzeugung bestärkt: In ihm – Bernd Mülbrecht – haben wir den richtigen Träger des Papst-Johannes XXIII-Preises 2017 gefunden. Getroffen haben wir uns – Veronika Hüning, Bernhard Lübbering und ich; mit am Tisch saß Vinayagamorthy

Kaththalingam, ein langjähriger Bewohner des Hauses – mit dem Preisträger in der ehemaligen Stätte seines beruflichen Wirkens: im Haus der Wohnungslosenhilfe (HdW) in Münster, das sich in der Nähe des Hauptbahnhofs befindet. Hier war Bernd Mülbrecht vom April 1994 bis Ende Juli 2016 Leiter des Hauses.

Das Haus der Wohnungslosenhilfe (HdW) in Münster

Mit ihm zusammen waren es – und sind es unter der neuen Leitung von Thomas Mühlbauer – über 30 Mitarbeiter/innen, die Männer, die ohne Wohnung sind, betreuen. 80 Plätze stehen für diese in dem Haus zur Verfügung, zusätzlich 48 Plätze in einem benachbarten Haus und im Winter kommen sieben Wohncontainer mit jeweils

vier Plätzen hinzu. Außer den Schlafplätzen wird im HdW die Möglichkeit gegeben, Mahlzeiten einzunehmen und kostenlose ärztliche Hilfe sowie individuelle Sozialberatung in Anspruch zu nehmen. Im Jahr frequentieren um die 850 Männer aus mehr als 60 Nationen das Haus. Bewusst ist das Angebot für die Gäste niederschwellig gehalten. Zusätzlich wird innerhalb der Stadt aufsuchende Hilfe organisiert; Sozialarbeiter/innen und Ärzt/innen gehen zu den

„Humanisierung der Notunterkünfte“ – so lautet das Motto, das Bernd Mülbrecht antreibt.

Orten, wo die wohnungslosen Menschen sich aufhalten. Träger des Hauses ist die Bischof-Hermann-Stiftung. Gegründet wurde diese Stiftung 1896 von dem damaligen Bischof von Münster. Hermann Dingelstad (1835-1911). Er war 1889 von Papst Leo XIII zum Bischof ernannt worden und hatte dieses Amt bis 1911 inne – eine Zeit, in der sich im Münsterland große soziale Veränderungen vollzogen. Nicht zuletzt angestiftet durch die erste Sozialzyklika „Rerum novarum“ (1891) des damaligen Papstes galt eine der Sorgen von Bischof Hermann der sozialen Frage sei-

ner Zeit. Konkret ging es ihm um die Unterstützung der sozial benachteiligten Menschen in seiner Diözese. Dazu initiierte er den Bau und die Einrichtung von Hospizen zur Unterbringung von wohnungs- und mittellosen Menschen. Heute ist die Bischof-Hermann-Stiftung Trägerin mehrerer stationärer und ambulanter Einrichtungen in Münster, u.a. des HdW.

Bernd Mülbrecht: „Humanisierung der Notunterkünfte“

Wenn man Bernd Mülbrecht zuhört, spürt man, dass für ihn seine entschiedene und tätige Solidarität mit den Menschen, die sich als auch unserer Gesellschaft ausgegrenzt erleben und dieses nicht selten sehr drastisch zu spüren bekommen, nicht nur Beruf war, sondern Berufung ist. „Humanisierung der Notunterkünfte“ – so lautet das Motto, das ihn antreibt. Woher hat er diesen sozialen Impetus? 1951 geboren wuchs Bernd Mülbrecht in den ersten Lebensjahren in einem Kotten nahe beim Venner Moor auf. Sein Großvater war der letzte Torfstecher in dem Moor. Trotz ihrer einfachen und bescheidenen Verhältnisse taten die Eltern alles, um ihren Kindern - Bernd hatte zwei Geschwister; ein Bruder ist vor zwei Jahren tödlich verunglückt



Unterbringung im „Haus der Wohnungslosenhilfe

– ein besseres Leben zu ermöglichen. Nach der mittleren Reife an einer Realschule in Münster absolvierte Bernd Mülbrecht eine Lehre als Industriekaufmann. Er spürte jedoch, dass ein Beruf in diesem Bereich ihn nicht zufrieden machen würde. Als Krankenpflegehelfer während seiner 18-monatigen Bundeswehrzeit entdeckte er, dass

er lieber als mit Rechnungswesen es mit Menschen zu tun haben würde. Das brachte ihn dazu, nicht in sein erlerntes berufliches Feld zurückzukehren, sondern sich im Krankenhaus im Pflegedienst einsetzen zu lassen. Als auf Betreiben der damaligen Bildungspolitik der SPD es auch Menschen ohne Abitur ermöglicht wurde, ein Stu-

dium aufzunehmen, nahm er diese Chance wahr und studierte von 1974 bis 1977 an der damaligen Fachhochschule für Sozialarbeit in Münster. Nach diesem Studium stieß er zufällig auf die ihm bis dahin unbekannte Bischof-Hermann-Stiftung und fragte an, ob dort ein Sozialarbeiter gebraucht würde. Seine Bewerbung war erfolgreich;



Haus der Wohnungslosenhilfe

und so begann seine langjährige Tätigkeit bei diesem Arbeitgeber. Von Anfang an war Mülbrecht in der Obdachlosenhilfe tätig, 12 Jahre lang in dem von der Stiftung getragenen Christopherusheim in Münster und 5 Jahre in einer Vorgängereinrichtung des HdW. Im Zuge der vom Münsteraner Rat beschlossenen Neustrukturierung der Obdachlosenhilfe in der Stadt mit

dem Ziel einer Verbesserung der Notversorgung für die betroffenen Menschen wurde u.a. das jetzige HdW eingerichtet. Bernd Mülbrecht wurde mit dessen Leitung betraut, die er über die Jahre hinweg so engagiert und sachkundig wahrnahm, dass das über Münster hinaus bekannt wurde. Er arbeitet ehrenamtlich in der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe (mit Sitz in Berlin) mit und kann so als Lobby bei politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene mitwirken. Das Land Nordrhein-Westfalen hat ihm für dieses Engagement die Verdienstmedaille verliehen.

Mülbrechts neues Projekt: EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER

Wer denkt, Bernd Mülbrecht habe sich mit seinem altersbedingten Ausscheiden aus dem hauptamtlichen Dienst seinen Ruhestand redlich verdient, kennt ihn nicht. In der Tat, er hat vorher ein neues soziales Projekt initiiert: die „EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER“. Auch sie gehört zur Bischof-Hermann-Stiftung. Anliegen dieser Einrichtung ist es, eine Anlauf- und Beratungsstelle für obdachlose EU-Ausländer zu sein. Dort verbringt er nun dreimal in der Woche jeweils einen halben Tag auf einer Viertel-Teilzeitstelle.

Natürlich hält er auch Kontakt zu seinem in der Nähe gelegenen früheren Dienort, wo er, wenn er kommt, von den Gästen herzlich und freundschaftlich begrüßt wird.

Das gehört aber auch zu dem Menschen Bernd Mülbrecht: Er ist verheiratet. Als seine Hobbies nennt er Radfahren, Saunieren und Reisen. Beim Reisen in ferne Länder profitiert er von den Kontakten, die ihm durch Bewohner des HdW, die sich zu einem „internationalen Club“ zusammengefunden haben, vermittelt werden.

Interview mit dem Preisträger Bernd Mülbrecht

Norbert Mette: *Herr Mülbrecht, wenn Sie (Zwischen-)Bilanz Ihrer fast vierzigjährigen Tätigkeit im Dienst für und mit wohnungslosen Menschen in Münster und darüber hinaus ziehen, was ist aus Ihrer Sicht im Sinne des Mottos „Humanisierung der Notunterkünfte“ erreicht worden?*

Bernd Mülbrecht: In diesen Jahren hat sich sehr viel entwickelt. Insgesamt hat die Wohnungslosenhilfe in all in ihren unterschiedlichen Facetten und Schwerpunkten eine sehr gute, aber auch notwendige Differenzierung und Professionalisierung erfahren. Die 80er Jahre

des letzten Jahrhunderts waren durch die Ambulantisierung der Wohnungslosenhilfe geprägt. Es konnten Fachberatungsstellen, Tagesaufenthalte und betreute Wohnformen, je nach Hilfebedarf der betroffenen Menschen, entwickelt werden.

Es kamen dann ganz neue Hilfeansätze dazu; wie zum Beispiel die aufsuchenden Hilfen und auch pflegerische und medizinische Hilfen.

Die Verbesserung der baulichen Gegebenheiten und die Anhebung der Standards in den Notunterkünften erfolgten m. E.

ziemlich spät. Bis heute ist der Prozess der Humanisierung und Normalisierung der Notunterkünfte nicht abgeschlossen und muss weiter fortgeführt werden.

In Münster haben wir durch kommunalpolitisches Handeln durch alle im Rat vertretenen Fraktionen im Jahre 1994 nach fünfjährigem Bemühen das Haus der

Notunterkünfte im Helfefeld Wohnungslosenhilfe sind als einzige zur Aufnahme wohnungsloser Personen verpflichtet sind und somit einen existenziell wichtigen Beitrag zum Erhalt menschlichen Lebens leisten.



Veronika Hüning und Bernhard Lübbering im Gespräch mit Vinayagamorthy Kaththalingam und Preisträger Bernd Mülbrecht (v.l.)

Wohnungslosenhilfe konzipieren können. Es hat eine unsäglich primitive und menschenunwürdige Unterkunft (ehemalige Farbenfabrik) abgelöst. Nach wie vor gilt allerdings, dass in Notunterkünften mit ihren geringen personellen und materiellen Ressourcen viele schwierige, psychisch kranke und beeinträchtigte Menschen untergebracht werden, die von anderen Einrichtungen und Hilfesystemen ausgegrenzt werden. Es sei noch angemerkt, dass Notunterkünfte im Hilfefeld Wohnungslosenhilfe als einzige zur Aufnahme wohnungsloser Personen verpflichtet sind und somit einen existenziell wichtigen Beitrag zum Erhalt menschlichen Lebens leisten.

N.M.: *Gibt es seitens der (Sozial-) Politik neuere Verordnungen in diesem Bereich, die Sie für bedenklich oder verkehrt halten?*

B.M.: Ja, bei einigen Entwicklungen sehe ich durchaus Gefahren. Eine zunehmende Bürokratisierung der Leistungen u. a. nach §§ 67 ff. und § 53 SGB XII mit den erforderlichen Hilfeplanverfahren kann dem Grunde nach hilfeberechtigte Menschen verstören, abschrecken und ausgrenzen.

Für nicht vereinbar mit den Menschenrechten halte ich das Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitssu-

chende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach SGB XII. „Unionsbürgerausschlussgesetz“ Es schließt UnionsbürgerInnen und ihre Familienangehörigen in bestimmten Fällen von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII aus und führt zu Verelendung.

N.M.: *Seit dem 1. August des vergangenen Jahres engagieren Sie sich in einem Bereich, um den sich sonst niemand kümmert: um die aus den anderen Ländern der EU nach Deutschland gekommenen wohnungslosen Bürger und Bürgerinnen. Wie stellen sich die Notlagen dieser Menschen dar? Welche Möglichkeiten der Unterstützung dieser Menschen gibt es?*

B.M.: Es sind sehr existenzielle Notlagen. Das Team der EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER (EBM) erlebt täglich die absolute und bedrückende Armut etlicher EU-BürgerInnen. Bei absoluter Armut sind alle Lebenslagen betroffen. Gesundheit – fehlende Krankenversicherung, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, keine Vorsorge, keine Impfungen; Wohnen – Wohnungslosigkeit, Leben im Zelt, im Auto, Unterkommen bei Verwandten und Bekannten, mühsames Suchen nach einer Wohnmöglichkeit; Arbeit – Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sammeln von Pfandflaschen, Betteln,

Prostitution; Familienleben – Sorge um die Kinder und die Alten, auch in den Herkunftsländern, zerrissene Familien, kein regelmäßiger Schulbesuch der Kinder und vieles mehr.

Allein die Existenz der EBM als Anlauf- und Beratungsstelle für wohnungslose und in prekären Verhältnissen lebende EU BürgerInnen

signalisiert den Menschen Hoffnung und Schutz bei den eben genannten Problemlagen. In all den Problemlagen ist das Team der EBM unterstützend und beratend tätig. In der Hinwendung zum einzelnen Menschen sind dann doch viele Dinge möglich. Sehr hilfreich gerade bei der Gesundheitsversorgung ist das Gesundheitsamt Münster und das Landesmodellprojekt „Klar für Gesundheit“, das auch auf der gleichen Etage wie die EBM sein Büro unterhält. Hilfen bei der Bürokratie und Begleitung zu Ämtern, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser usw. sind wichtige Schritte, die den Menschen eine Stimme geben. Aber auch die Durchsetzung des Rechts, manchmal auch mit Hilfe des So-

Das Team der EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER (EBM) erlebt täglich die absolute und bedrückende Armut etlicher EU-BürgerInnen

zialgerichts, ist unsere Aufgabe. Besonders aufmerksam und unterstützend ist das EBM-Team bei besonders schutzbedürftigen Personen; also Schwangeren, Menschen mit Kindern, Alten, Kranken und behinderten Personen.



Aufgrund der unklaren Rechtslage und auch in Fällen des Leistungsausschlusses bemüht sich das EBM-Team um humanitäre Lösungen. Dazu gehört die Vergabe von Lebensmitteln an Bedürftige und auch die Spendenakquise, damit Menschen was zu essen haben, Übersetzer bezahlt und im Einzelfall Personen unterstützt werden können.

Die gewonnen Erkenntnisse in der EBM werden den kommunalpolitischen Akteuren, der BAG Wohnungslosenhilfe und dem Bundesministerium Arbeit und

Soziales (BMAS) mitgeteilt und weitergegeben.

Mit dem Papst-Johannes XXIII-Preis ehrt der pax christi Diözesanverband Münster Menschen oder Gruppen, die sich im Sinne des 2014 heiliggesprochenen Papstes und des von ihm inaugurierten Zweiten Vatikanischen Konzils engagieren. Die Auszeichnung besteht aus einer Bronzestatue des Papstes und einer Urkunde mit einer Botschaft seines langjährigen Privatsekretärs, Erzbischof Loris Capovilla. Erster Preisträger war 2011 Pfarrer Norbert Arntz aus Kleve. Die Gastkirche und das Gasthaus in Recklinghausen wurde 2013 ausgezeichnet. 2015 ging der Preis an die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl und die Jüdische Kultusgemeinde Recklinghausen/Marl für ihr langjähriges Bemühen um Begegnungen zwischen den monotheistischen Religionen (lesen Sie dazu auch den nächsten Artikel in dieser Ausgabe). Die Verleihung des Preises 2017 an Bernd Mülbrecht und seine Mitarbeiter/innen findet am 20. Mai 2017 um 15 Uhr im Franz-Hitze-Haus in Münster statt.

Verwendet wurde für diesen Beitrag auch der Artikel „Ich blicke gerne zurück“ von Michael Heß, erschienen in „draußen“ 11/2016.

Johannes XXIII. auf Wanderschaft

Ferdinand Kerstiens

Jedes Jahr laden die CIAG (Christlich-islamische Arbeitsgemeinschaft) und die Jüdische Kultusgemeinde Marl/Recklinghausen nach vielen anderen Veranstaltungen zum Abschluss im Dezember zum großen Abrahamsfestmahl ein. 2014 konnte ich bei diesem Mahl den Veranstaltern mitteilen, dass pax christi ihnen den Johannes XXIII.-Preis für ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden vor Ort zuerkannt hat.

2015 wurde der Preis in Gestalt einer Büste in einem großen Festakt im Franz-Hitze-Haus übergeben. Die Preisträger haben beschlossen, die Büste als Wandpokal zu verstehen, der jeweils ein halbes Jahr bei einer der Veranstaltergruppen steht. Sie liegt also nicht verstaubt im Schrank.

2016 beim Abrahamsfestmahl – es waren wieder weit über 400 Teilnehmer*innen von allen beteiligten Gruppen und viele Bürger*innen der Stadt – wurde die Büste feierlich vom Ahmet Cinal, dem Vorsitzenden der Fatih-Moschee, dem Bürgermeister Werner Arndt übergeben (Bild). Die Büste von Johannes XXIII. stand also ein halbes Jahr auf dem Tisch der Fatih-Moschee und steht



Die Büste von Johannes XXIII. gemeinsam mit den Symbolen der beteiligten Gruppen: dem Koran und der Lutherbibel sowie einem interkulturellen Kalender.

jetzt für ein halbes Jahr auf dem Schreibtisch des Bürgermeisters,



Ahmet Cinal, Vorsitzender der Fatih-Moschee (links) übergibt die Büste an Bürgermeister Werner Arndt

immerhin ungewöhnliche Orte für eine Papst-Büste. In seiner Rede auf diesem Fest sagte der Bürgermeister: Die Arbeit der CIAG und der Jüdischen Kultusgemeinde ist wichtig für das Miteinander der Menschen in dieser Stadt. Wichtig ist aber auch die öffentliche Anerkennung dieser Arbeit, wie sie in der Verleihung des Johannes XXIII.-Preise durch die internationale katholische Friedensbewegung pax christi geschehen ist. Das bestärke die beteiligten Gruppen in ihrem Engagement.

Das Festmahl 2016 wurde übrigens zum Teil von denselben Gruppen kulturell gestaltet, die auch bei der Übergabe des Preises 2015 in Münster beteiligt waren. Am Schluss stand die Büste von Johannes XXIII. auf dem Tisch mit den Symbolen der beteiligten Gruppen neben dem Koran, der Lutherbibel und einem interkulturellen Kalender (Bild). So wirkt die Preisverleihung an die Gruppen in Marl weiter, eine nachträgliche Bestätigung unserer damaligen Entscheidung.

Der Winter in Kiev

Ein aktueller Bericht unserer „Friedis“ aus der ukrainischen Hauptstadt

Charlotte Rufflet und Aljoscha Becker

Schnee und Plattenbauten. Die Temperaturen ständig im Minus und dann noch im zweistelligen Bereich. Rutschpartien auf den Wegen und Straßen. Zugefrorene Busfensterscheiben. Nicht immer ganz angenehm. Dafür ist der Schnee echt schön. So sieht hier der Winter in Kiev aus. Schon etwas anders als zu Hause. Deshalb hier ein kleines Winterupdate zu unserer Arbeit und unserem Freiwilligendienst.

Ein bisschen Chaos, einige Adoptionen, neue Kids und ja und was eigentlich...?

Die letzten Wintermonate vergingen ziemlich schnell. Die Stimmung im Zentrum: nicht gerade optimal. Einige Angestellte wurden entlassen. Unzufriedenheit. Und eine neue Direktorin. Bis jetzt alles ohne wirkliche Auswirkung auf unser Sein und Tun hier im Kinderheim „Our Kids“, bis vielleicht manchmal auf unsere Stimmung.

Inoffiziell haben wir uns während der Bürozeiten für selbstständig erklärt. Vormittags gibt's hier echt fast nichts zu tun. Und dazu wird so gut wie nichts von einem er-

wartet. So scheint's zumindest... gar kein Druck. Da kommen wir beide frisch aus der Schule, alles tip-top durchstrukturiert, Druck und Leistungsanforderungen. Sich zu motivieren ohne all das. Schon ziemlich ungewohnt. Dafür ist man ziemlich frei.

Ach und die Kids, sind zu richtigen Motivatoren geworden. Begrüßungsumarmungen, kleine Bussis auf die Wange und beim Gehen wird gefragt, wann man wiederkommt. Endlich sind auch mehr Kinder im Heim, sodass Aljoschas Familien schön gefüllt sind und so gut wie immer wenigstens ein Kind Zeit hat. Trotz einem halben Jahr hier gibt es immer noch ab und zu

Kommunikationsschwierigkeiten mit unserem Arbeitsplan und den Abläufen in den Familien. Man kommt, hat mal wieder einiges vorbereitet und die Kinder machen Mittagsschlaf, Hausaufgaben oder dürfen einfach nicht, weil sie zu viel Humbug gemacht haben. Also immer ein Buch dabei oder Yogaübungen um nicht blöd rumzusitzen.



Das winterliche Wohnviertel unserer „Friedis“

Leider wurde hier seit einigen Monaten das Sportprogramm der Kinder komplett eingestellt. Explosionsgefahr! Wohin mit der ganzen Energie? Also haben wir das ein bisschen in die Hand genommen.

Aljoscha

Ich bietet zudem jede Woche ca. 45 min „Kindertanzen“ an, eher Spiele zur Musik, damit die sieben Kleineren sich ordentlich auspowern können. Die Vorbereitung war

mangelhaft, die Spielanleitungen las ich von meinen Vokabelkärtchen ab, dazu drei Erzieherinnen, die ständig reinriefen und sich einmischten. Was eher das vermutliche Ziel, für Ordnung zu sorgen, stark verfehlte. die Aufmerksamkeit überall - nur nicht bei mir. Viel „haha da kannst mir Garnichts“ und nach einer halben Stunde war ich fertig, durchgeschwitzt und wollte ins Bett, viel Schokolade und Fernsehen. Doch zum Glück konnte das geändert werden. Die mehreren Runden Stopptanz, Schwanzfangen und Blinky werden nun nur noch von einer Erzieherin beaufsichtigt, die mir ab und zu unter die Arme greift, wenn zu viel Trubel herrscht. Das ganze scheint den Kids echt Spaß zu machen!!

Und was schon länger läuft: meine beiden beschaulichen Jongliergruppen mit fünf Kindern pro Gruppe, ab 9 Jahren. Jeden Mittwoch gibt es ein kleines vierzigminütiges Jongliertraining. Erst seit ein paar Wochen habe ich der Anfänger- und Fortgeschrittenengruppe ein grobes Konzept gegeben. Gruppenspiele am Anfang um ein bisschen das Ballgefühl zu stärken. Danach, je nachdem wie gut mitgemacht wird, mehrere Partnerübungen und zum Schluss ein paar Wettkampfspiele. Mittlerweile läuft's echt nicht schlecht. Doch



Jonglage im Rahmen des Jonglage-Kurses mit Aljoscha

die Anfangszeit auch Stress und Stress. Eine Gruppe, deutlich zu groß, Beleidigungen, Rumgezanke und so gut wie jedes Mal wurde jemand nach Hause geschickt. Überforderung pur...

Und warum ausgerechnet Jonglieren? Einmal macht's mir selber Spaß und hat früher immer die Langeweile weggepustet. Dazu machbar überall nur nicht im All und es soll konzentrationsfördernd und stressabbauend wirken.

Ansonsten versorge ich momentan vier Kids, eine Erzieherin und ein Psychologin regelmäßig mit ordentlich Englischaufgaben. Für die anderen bringe ich immer wieder neue Rätsel oder Ausmalbilder mit, Origami und Gesellschaftsspiel

von zu Hause. Am beliebtesten sind Geschicklichkeitsspiele, wie „Disc-Mikado“.

Charlotte

Hausaufgaben, Hausaufgaben und noch mehr Hausaufgaben. Tja so sieht das meistens bei meinen Kindern aus. In beiden meiner Familien tun sich die meisten ziemlich schwer, vor allem in Bezug auf das Arbeitstempo, welches extrem langsam ist. Wirklich extrem. So bleibt leider kaum richtig Zeit um irgendwas anderes zu machen und ich bin die dauerhafte Hausaufgabenhelferin. Manchmal schon frustrierend, besonders wenn man sich neue Spiele ausdenkt, schön bastelt und diese dann sehnsüchtig

auf ihren Einsatz warten müssen. Und warten und warten. Vor einiger Zeit bat mich dann eine Familie das Englisch-Niveau ihrer Kinder mal ein bisschen auf Vordermann zu bringen. Englischnachhilfe so-

Ansonsten organisierte ich vor einiger Zeit einen Bastelnachmittag für alle Kinder im Zentrum. Die Vorbereitung war echt aufwendig und auch das Abbauen und putzen der Tische. Die Kinder wurden in



Origami-Nachmittag

zusagen. Ich entwarf dann schön einen Wochenplan, an welchem Tag welches der Kinder dran ist. Na ja, bis jetzt klappt das nicht so... Hausaufgaben. Immerhin gibt's dann trotzdem ein wenig Nachhilfe für das Kind, was gerade frei ist. Was selbstbestätigungsmäßig gesehen echt süß ist, wenn die Kinder sich darum streiten, wer mit mir jetzt Hausaufgaben machen darf.



Der Nikolaustag im Zentrum „Our Kids“

mehrere Gruppen eingeteilt und insgesamt gab es drei verschiedenen Bastelstationen. Dafür war die Zeit des Nachmittags echt schön und die Kinder schienen es echt zu genießen und wollten sogar am Ende gar nicht nach Hause.

Erst in letzter Zeit wird einem so richtig klar, was hier eigentlich so ungewohnt ist, abgesehen von den

kleinen alltäglichen Dingen. Die autoritäre, hierarchische Ordnung im Büro und noch stärker in den Sozialfamilien. Die ernüchternde Erkenntnis, dass es hier für uns kein praktisches, pädagogisches Vorbild gibt. Wie anders Pädagogik hier abläuft, so streng, die Motivation für die meisten Dinge: nicht bestraft zu werden. So wirkt das häufig.

Ansonsten lernen wir Kiev immer besser kennen. Ein Träumchen, was die Stadt an Kaffees, guten

Restaurants und ziemlich coolen Bars bietet. Nach der Maidan-Revolution fingen die Leute immer mehr an ihr Geld zu investieren aufgrund dem instabilen Währungskurs, daher die riesen Menge an Ausagemöglichkeiten.

Tja und auf den Frühling wird sich schon richtig gefreut...

bis dann
Eure Freiwilligen aus Kiev,
Charlotte und Aljoscha



Der winterliche Maidan

Gedenkfeier zum 9. November 1938 in Coesfeld

Rolf Müller

Unter Mitwirkung von pax christi Mitgliedern fand am 9. November 2016 in der ehemaligen Synagoge in Coesfeld die traditionelle Gedenkfeier zur Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 statt.



Rolf Müller über die Brandstifter

Zur würdevollen Gestaltung trug das Akkordeon Ensemble der Musikschule Coesfeld unter Leitung von Harriet Markus bei, das die verschiedenen Textbeiträge mu-

sikalisch mit Klezmer-Musik umrahmte. Dem für die Veranstaltung verantwortlichen Arbeitskreis war es auch diesmal wieder gelungen, junge Menschen für die Mitgestaltung zu gewinnen.

Stellvertretend für das entsetzliche Leid, das jüdische Mitbürger nicht nur in Deutschland ertragen mussten, stellte zunächst der Schüler Max Kerckhoff zusammen mit Claudia Haßkamp die Verfolgung der Juden in den Niederlanden dar.

Am Beispiel der Familie David veranschaulichte Dieter Westendorf dann das Schicksal jüdischer Coesfelder in unserem Nachbarland.

Sehr bewegend war im Anschluss der ausführliche Vortrag von Schülerinnen und Schülern des Leis-

tungskurses Geschichte des Pius Gymnasiums, die das Schicksal der Familie Strauss erforscht hatten. Nachdem diese gezwungen war, alle Besitztümer zu verkaufen und ihre Wohnung am 9. November zerstört war, wurde Hildegard Strauss bei dem Versuch, restliches Geld für die Flucht in die Niederlande zu schmuggeln, gefasst und in Coesfeld inhaftiert. In ihrer Verzweiflung brachte sie sich am 22. November in ihrer Zelle um.

In seiner abschließenden Rede ging es Rolf Müller um das Anliegen, dass man aus der schrecklichen Vergangenheit Lehren

für heute und die Zukunft zieht. Die Brandstifter von heute sind Rechtspopulisten, ausländerfeindliche Fanatiker und islamistische Hassprediger, die am Haus unserer Demokratie zündeln und denen man entschieden entgegenzutreten muss. Lesen Sie folgend seine Rede „Brandstifter damals – Brandstifter heute“.

In seinem Schlusswort lud Theo Hinricher, Sprecher der Coesfelder Gruppe, zum Gang auf den jüdischen Friedhof ein, wo anschließend das Totengedenken stattfand.

Brandstifter damals – Brandstifter heute

Rolf Müller

In dem Lehrstück „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch gewährt Herr Biedermann den Brandstiftern Einlass in sein Haus und lässt sie bei der offenkundigen Vorbereitung des Brandanschlags auf dem Dachboden gewähren.

Er verdrängt die drohende Gefahr, geht seinen Geschäften nach

und verhält sich sogar gutmütig gastfreundlich gegenüber den ungebetenen Gästen, in der trügerischen Hoffnung, selbst verschont zu werden, wenn es dann wirklich zur Katastrophe kommt.

Wir dürfen uns heute nicht so verhalten wie Biedermann, und deshalb erinnern wir an die schreckli-

chen Schandtaten der Brandstifter von 1938, die von dem verbrecherischen Regime der Nationalsozialisten gesteuert wurden. Sie bildeten nach vielen vorausgegangenen Schikanen gegen jüdische Mitbürger den fürchterlichen „Auftakt“ zum Holocaust und zum verheerenden 2. Weltkrieg mit all seinen entsetzlichen, unfassbaren Folgen.

Wir erinnern, weil wir heute Politiker, Parteien und Vereinigungen in Deutschland und auch in anderen Ländern haben, die rechtes Gedankengut propagieren, rassistisch, ausländerfeindlich, nationalistisch und antidemokratisch eingestellt sind und damit eine Bedrohung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellen. Seit der andauernden sogenannten Flüchtlingskrise gewinnen sie immer mehr an Zulauf.

Wir erinnern uns: Hitler hatte damals Millionen willige Helfer, die auf die Ideologie und die Propaganda der Nazis hereingefallen waren. Heute fallen wieder Hunderttausende auf die Ideologie rechter Scharfmacher und populistischer Agitatoren herein, ohne sich Gedanken zu machen, dass das schon damals zu einem entsetzlichen Ende geführt hat.

Wir brauchen die Erinnerung, damit uns immer wieder bewusst wird, dass eine demokratische Verfassung nichts Selbstverständliches ist, die ein für alle Mal Bestand hat, sondern immer wieder gefährdet ist.

Wir erleben, dass Flüchtlingsunterkünfte brennen, Politiker, Polizei- und Verwaltungsbeamte und Bürger, die sich für Flüchtlinge und die Wahrung unserer demokratischen Grundordnung einsetzen, bedroht oder tödlich angegriffen und in sozialen Netzwerken mit Hasstiraden überzogen werden. Fast 800 Straftaten gegen Flüchtlingsheime wurden allein bis Ende Oktober registriert. Auch wenn Andersfarbige, Andersdenkende oder einer anderen Religion Zugehörige ausgegrenzt werden, dann handeln hier die „Brandstifter“ der heutigen Zeit, die am Haus unserer Demokratie zündeln. Zu diesen „Brandstiftern“ zählen auch die islamistischen Hassprediger und deren Gefolgsleute, die junge Menschen für den sogenannten verbrecherischen islamischen Staat anwerben und zum Kampf gegen unsere Gesellschaftsordnung anstacheln.

Die fürchterlichen Anschläge in Frankreich, Belgien und der Tür-

kei und jetzt auch in Deutschland zeigen, dass der islamistische Terror auch bei uns angekommen ist. Verunsicherung, Angst und Misstrauen könnten bei nicht wenigen dazu führen, hinter jedem Flüchtling oder Menschen mit Migrationshintergrund gleich einen möglichen Terroristen zu vermuten. Damit könnte es zu einer Spaltung der Gesellschaft kommen mit unabsehbaren Folgen für die angestrebte Integration und auch für unsere Demokratie. Misstrauen und Angst dürfen unseren Alltag möglichst nicht bestimmen.

Wir müssen aber unbedingt wachsam und bereit sein, da wo es nötig und uns möglich ist, immer für die Wahrung der Menschenrechte und für den Erhalt unserer Demokratie einzutreten. „Jeder Einzelne kann sprechend und handelnd eingreifen in diese sich zunehmend verrohende Welt“, sagte die Publizistin Carolin Emcke u.a. in ihrer Dankesrede bei der Verleihung des diesjährigen Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

Beunruhigt es uns, wenn etwa 50% der befragten Deutschen in einer Studie der Universität Leipzig in

Anbetracht unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund und der Flüchtlinge sich dahingehend äußerten, dass sie sich, Zitat „fremd im eigenen Land fühlen“? Kann man überhaupt das, was einem fremd geworden ist, noch wertschätzen und verteidigen? Sind wir beunruhigt, wenn etwa 70% der Befragten in der genannten Studie angeben, dass sie den Institutionen unserer Demokratie und den Medien misstrauen?

Das gab es schon einmal in Deutschland: Politische „Brandstifter“ und ihre Gefolgsleute, die sich überhaupt nicht tarnen mussten. Und am Ende stand fast die halbe Welt in Flammen mit mehr als 500 Millionen Toten, Verletzten und Vertriebenen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung: Ich bin erschüttert, dass gerade heute ein ausländerfeindlicher Populist und Nationalist zum Präsidenten der USA gewählt wurde und nun eine tief gesplante Nation regieren wird. Viele Menschen auf der Welt werden wie ich bestimmt sorgenvoll der Zukunft entgegensehen.

Eine Brücke nach Kirkuk

Yosé Höhne-Sparborth berichtet aus dem Irak

Veronika Hüning

Einen lebendigen Eindruck von den Projekten der katholischen Kirche in Kirkuk, Irak, für Geflüchtete vermittelte Yosé Höhne-Sparborth in ihrem Vortrag am 30.11.2016 in der KSHG Münster.

Die Niederländerin zeigte den 12 interessierten Zuhörer*innen zwei Kurzfilme und schilderte ihre Begegnungen und Erfahrungen aus zahlreichen Besuchen vor Ort. Sie traf Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen in den Nordirak geflohen sind, und Menschen, die sich für diese einsetzen. Dazu gehört Bischof Mirkis, der vor der Kamera betonte, er sortiere die Menschen nicht nach ihrer Religion oder Herkunft und nur in der Versöhnung der ethnischen Gruppen liege eine Zukunft des Landes. Schon vieles ist geschehen: Zunächst hatte die Versorgung mit Essen und Wohnungen in Kirkuk Vorrang. Ehrenamtlich tätige Ärzte arbeiten inzwischen in einer Gesundheitsstation für Geflüchtete. Eine interreligiöse Grundschule wurde aufgebaut und für Student*innen kostenlose Studienplätze an der arabischsprachigen Universität eingerichtet.

Yosé ging ausführlich auf Fragen ein, z.B. nach ihrer Motivation, nach den Aufbausritten der Projekte, der Finanzierung und nach den Bedingungen für ein gelingendes Zusammenleben zwischen Christ*innen und Muslimen, zwischen Geflüchteten und Einheimischen.

Ihr liegt nun daran, mehr Menschen mit den Projekten in Kirkuk bekannt zu machen und Interesse an Kontakten zu wecken sowie Ideen für Unterstützungsmöglichkeiten. Bei Interesse und Ideen dazu melden Sie sich gerne bei uns.

In der nächsten Ausgabe der pc-Korrespondenz wird Yosé Höhne-Sparborth ausführlicher von ihren aktuellen Besuchen im Irak berichten. Wer jetzt schon mehr wissen möchte, kann sich die Kurzfilme von Yosé bei YouTube (Kanal: Klaasvanderkamp) anschauen.

Neujahrsempfang

des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Münster am 14. Januar 2017

Eberhard Ockel

Begrüßt wurde mit Klaviermusik, die wie eine Grundmelodie die zunehmend geräuschvolleren Gespräche unterlegte. Der Saal füllte sich zusehends, und wie in solchen Veranstaltungen üblich, mussten die pünktlichen auf die unpünktlichen Gäste warten; die Begrüßung der Vorsitzenden Notburga Heveling erfolgte erst um 15:15 Uhr, und obwohl sie betonte, nicht alle Gäste und Verbände nennen zu können, wurden doch besondere namentlich hervorgehoben, die sich zum Teil zu erkennen gaben, zum Teil womöglich fehlten. Dr. Stefan Siemer, der als Landtagsabgeordneter (des Kreises Vechta) begrüßt wurde, habe ich vermisst.

Der Bischof begrüßte die Anwesenden, betonte seine Rolle als Bischof einer durch Verbände geprägten Diözese und dankte allen Anwesenden und den Mitgliedern der Verbände für ihre entschlossene Haltung im Kampf gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Bevor Peter Frey seinen Vortrag zum Thema *Vertrauen und Glaubwürdigkeit - was müssen Medien*

in einer veränderten Gesellschaft leisten? begann, bat ich den neuen Generalvikar um ein kurzes Gespräch, das ich nach dem Vortrag führen konnte.

Dr. Frey sprach von der Verantwortung der Medien, die ihre neue Rolle in Konkurrenz zu den sozialen Medien, die er als fünfte Kraft der derzeitigen Meinungsbildung bezeichnete, erst noch finden müsse. Der Journalist müsse sich vor allen Dingen der Wahrheit und Unabhängigkeit verpflichtet wissen. Dazu gehöre zum einen die Demut, Fehler einzugestehen (zur Veranschaulichung verwies er auf eine neue Seite der ZDF-Homepage, auf der Korrekturen vermerkt würden) und zum anderen die Hartnäckigkeit, so lange an einem wichtigen und brisanten Thema zu recherchieren, bis es veröffentlichungsreif sei. Er hielt nichts von einem Journalismus, der sich von der Meinung der Leser/Hörer/Zuschauer seine Themen diktieren lasse. Aber er warb für mehr Journalisten mit Migrationshintergrund, um auch dem Alltag

ausländischer Mitbürger näher zu kommen. Er mahnte allerdings auch eine künftige Meinungsvielfalt und Offenheit an, mit der diskursiv umgegangen werden müsse. Der Journalist müsse ein scharfer und kritischer Beobachter der Geschehnisse bleiben und dürfe sich nicht in die Rolle eines Heils- oder Unheilspropheten drängen lassen. Als ich ihn nach der anderthalbstündigen Rede um das Manuskript bat, verwies er mich auf den geplanten Druck in Kirche und Leben.

Das Gespräch mit dem Generalvikar Norbert Köster über die finanzielle Lage unseres Diözesanverbands ergab zwei erfreuliche Feststellungen: weder er noch Weihbischof Zekorn hätten ein Interesse daran, pax christi verschwinden zu lassen. Vielmehr seien beide leidenschaftlich an

dessen Aktivitäten interessiert. Allerdings gäbe es den Grundsatzbeschluss, keine Personalkosten zu bezuschussen. Daher bat mich der Generalvikar, ihm eine Aufstellung der finanziellen Sorgen des Verbands zukommen zu lassen mit dem Hinweis, welche Lücke der Verband mit anderweitigen Zuwendungen schließen wolle, sei eigene Entscheidung.

Mit einem feierlichen Pontifikalamt, endete um 18:15 Uhr die Veranstaltung. Der Bischof entließ uns mit dem Zuspruch, dass wir alle und auch die, die wir verträten, zu denen von Paulus im Korintherbrief so genannten Heiligen und Geheiligten gehörten. Wir müssten ein Bollwerk gegen Hass und Feindseligkeiten aufbauen und mutig den Gegnern der Willkommensgesellschaft entgetreten.



Bericht über die Podiumsdiskussion:

Internationaler Terrorismus - Herausforderung der christlichen Friedensethik

Eberhard Ockel

Im Forum der KSHG fand am 18. Januar 2017 von 18 bis 20 Uhr diese Podiumsdiskussion mit erfreulicher Resonanz statt. Die Moderatoren waren Daniel Kim Hügel, der Friedensreferent des pax christi- Diözesanverbands Münster, und Barbara Brockmann, die Referentin für Politik und Gesellschaft in der KSHG Münster, als gemeinsame Veranstalter des Abends.

Zu Beginn führte Frau Brockmann kurz in die Problematik ein, indem sie die weltweiten Terroraktionen, die Bedrohung demokratischer Freiheiten durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen und auch die schwierige Lage der christlichen Friedensethik angesichts dieser Entwicklung erläuterte.

Daniel übernahm dann die Vorstellung der Podiumsgäste:

Wiltrud Rösch-Metzler, die Bundesvorsitzende von pax christi, hatte an der Konferenz von Pax Christi International und der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*

in Rom zum Thema „Aktive Gewaltfreiheit“ teilgenommen und sollte die Wirksamkeit dieses Konzepts angesichts des internationalen Terrorismus begründen.

Von *Weihbischof Zekorn* wurden ebenfalls friedensethische Überlegungen für die aktuellen politischen Handlungsfelder erwartet.

Prof. Dr. Hajo Schmidt, Institut für Theologie und Frieden, war als Terrorismusforscher besonders wichtig für die Veranstaltung.

Winfried Nachtwei von Bündnis 90/ Die Grünen befasst sich seit etwa

50 Jahren mit ziviler Friedenspolitik er sollte aus seiner Erfahrung die Chancen einer nicht-militärischen Terrorismusbekämpfung einschätzen.



Weihbischof Zekorn, Bundesvorsitzende Rösch-Metzler und Prof. Schmidt im Gespräch (v.l.)

Wiltrud Rösch-Metzler beurteilt gewaltloses Engagement sehr positiv und nimmt den Eindruck aus Rom mit, dass die Verantwortlichen weltweit viel zu stark auf militärische Einsätze setzen und trotz der positiven Erfahrungen mit Erfolgen aus gewaltlosen Aktionen vieler Jahre zu wenig aktive Gewaltfreiheit bei der Förderung des gerechten Friedens betreiben.

Weihbischof Zekorn betont die Bedeutung der Prävention, des interreligiösen Dialogs und der Friedenserziehung in Schulen und insbesondere kirchlichen Bildungseinrichtungen. Auch Terroristen seien Menschen und dürften nicht außerhalb des Rechts gestellt wer-

den. Er ist davon überzeugt, dass bereits das gegenseitige Gespräch mit Augenkontakt viel bewirken kann. Er bedauert, wie wenig die Beweggründe der Terrorgruppen geprüft und eine – möglicherweise minimale – Basis für mögliche Verhandlungen in Erwägung gezogen werden.

Auch Wiltrud Rösch-Metzler plädiert für Prävention und für faire Gerichtsverfahren auch und gerade gegen Terroristen. Sie hält ein wesentlich stärkeres Bildungsengagement der Kirche für gewaltloses Handeln in den Gemeinden für überfällig.

Prof. Schmidt erläutert am Beispiel der Bürgerkriegsregionen in Syrien und der Ukraine, aber auch im Irak, dass eigentlich immer Stellvertreterkriege geführt werden. Er betont, dass die Länder, die ihre wirtschaftlichen und Machtinteressen durch humanitäre Interessen verschleiern, von der Weltgemeinschaft an das moralische Fundament der UNO erinnert werden sollten, das alle ratifiziert haben. Keine Konfliktpartei sollte bei Friedensverhandlungen ausgeklammert werden. Mit Nachdruck erklärte er, bei der derzeitigen weltpolitischen Konstellation sei eine Schwächung des IS kaum vorstellbar. Präventiv im Irak im Bildungs- und Gesundheitssektor zu investieren sei er-

folgversprechender als militärische Aktionen.

Winfried Nachtwei verstärkt aufgrund praktischer Erfahrungen diese Position, wendet aber ein, dass derzeit mit bestimmten Terrorgruppen keine Verhandlungslösungen realistisch seien. Auch schein die Vorstellung absurd, dass sich ein hochrangiger Diplomat in die Gewalt des IS begibt, um mit den Führern dieser Terrororganisation zu verhandeln. Wenn überhaupt, könne ein solcher Annäherungs-



Ein engagierter Winfried Nachtwei

prozess nur unter strengstem Stillschweigen vorbereitet und nur auf neutralem Boden erfolgversprechend durchgeführt werden. Andererseits wies Nachtwei auf Beispiele hin, wie in der Vergangenheit Terrorgruppen durch Verhandlungen in politische Prozesse eingebunden wurden.

Das Grundproblem betonen alle am Podium Beteiligten: In den ethisch-moralischen Grundlagen müsse es einen Minimalkonsens geben, nur dann könne man sich auf eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe einlassen. Solange Terrorakte gegen die Menschenwürde und die Basis demokratischer Überzeugungen gerichtet und von fanatischem Hass gegen alles Freiheitlich-Christliche getrieben seien, könne es keine friedensethisch fundierte Verständigung geben. Letztlich könnten nur Präventionsmaßnahmen dem internationalen Terrorismus den Boden entziehen.

In der anschließenden Diskussion ging es weniger um das Pro und Kontra des Konzeptes „Aktive Gewaltfreiheit“, wie es bei der Konferenz in Rom erarbeitet wurde, oder um die spezifisch christliche Perspektive. Es ging mehr um die Frage, mit welchen

Mitteln welche Akteure wirksam und ethisch verantwortbar in Gewaltkonflikte eingreifen könnten und sollten.

Besonders umstritten war die sog. Schutzverantwortung („responsibility to protect“). Einige betonten den Vorrang der Prävention auch bei diesem Konzept, hielten aber auch

militärische Mittel für legitim, wenn z.B. ein Staat eine Minderheit nicht schützen wolle oder könne und ein Völkermord drohe. Andere sahen die Gefahr, dass mit dem Verweis auf die Schutzverantwortung kriegerische Handlungen gerechtfertigt und Eigeninteressen der Akteure getarnt werden könnten. Dies gelte vor allem, solange die UNO von wenigen Mächten dominiert werde.



Weihbischof Stefan Zekorn

Auf dem Podium entwickelte sich eine Kontroverse, als es um das konkrete Beispiel der Vertreibung der kurdischen Jesiden im Nordirak durch den IS 2015 ging. Waren die Bewaffnung der Peschmerga und die US-Luftangriffe in diesem Fall gerechtfertigt? Wiltrud Rösch-Metzler verneinte dies mit der Begründung, zum Zeitpunkt der Angriffe sei schon die Mehrzahl der Jesiden nicht mehr lebensgefährlich bedroht gewesen; Weihbischof Zekorn widersprach dem. Die Gefahr, dass einmal gelieferte Waffen nicht mehr kontrolliert werden

können und die Region aufrüsten, sahen alle.

Ebenfalls einig waren sich alle auf dem Podium, dass der Krieg gegen den Terror nicht mit militärischen Mitteln zu gewinnen sei. „Also wird derzeit eine Strategie verfolgt, die unsinnig ist?“, fragte Veronika Hüning. Während Hugo Elkemann, Mitglied der Friedenskooperative Münster, diese Position schon vorher vehement vertreten hatte, sprachen sich andere wie Heinz-Günther Stobbe für die Notwendigkeit aus, in der gegenwärtigen Lage mit Waffen terroristische Gewalt zumindest einzudämmen.

Bei allen friedenspolitischen Debatten muss man m.E. berücksichtigen, dass objektive Nachrichten schwer, wenn überhaupt, aus Krisenregionen zu beschaffen sind. Gleichwohl ist zu bedauern, dass christliche Kirchen sich stark an den nationalen Interessen der einzelnen Staaten orientieren und christliche Friedensethik im Sinne Jesu kaum gegen nationale Entscheidungen Einspruch erhebt.

Schade, dass die Veranstaltung ein wenig fragmentarisch blieb. Der christlich-friedensethische Aspekt verdient weitere Überlegungen! Leidenschaft und Engagement regten immerhin zu weiterem Nachdenken an.

Migration – meine eigene und die anderer

pax christi-Tagung am 21. Januar 2017
in Freckenhorst

Christine Kilanowski und
Norbert Beckervordersandfort

Wie alljährlich im Januar fand - Dank der Initiative von Annette Paschke – wieder ein pc-Studientag statt. Eingeladen in die Katholische Landvolkshochschule Schorlemer Alst in Freckenhorst war Sr. Klarissa Watermann OP, Dominikanerin von Bethanien, die mit dem hochaktuellen Thema „Migration – meine eigene und die anderer“ den Tag gestaltete.

Die Teilnehmer*innen durften mit einem ausgewählten Foto ihre vielfältigen Lebensläufe in Bezug auf ihre pax christi-Zugehörigkeit vorstellen. Besonders beeindruckend wurde es, als die Referentin aus ihrem Leben erzählte.



Unter dem Motto „Wir müssen unser Gesicht zeigen“ hat Sr. Klarissa Aktionen in Bezug auf Frieden und Gerechtigkeit begonnen und selbst an Demos teilgenommen. Damals entstand das Institut „Südwind“, das sich weltweit dafür einsetzt, dass auf der ganzen Erde Gerechtigkeit herrscht. Noch heute arbeitet Sr. Klarissa als Seelsorgerin im Frauengefängnis, sie war tätig bei

Teilnehmer*innen des Studientags

der Bahnhofsmission und kümmerte sich um Obdachlose. Dass sie eine beeindruckende Feministin ist, konnte man heraushören.

Als Abschluss dieser Vorstellungsrunde und Einführung in das Thema der Tagung wurde das Gedicht „Ziehende Landschaft“ von Hilde Domin vorgestellt.

Man muss weggehen können
 und doch sein wie ein Baum:
 als bliebe die Wurzel im Boden,
 als zöge die Landschaft und wir ständen fest.
 Man muss den Atem anhalten,
 bis der Wind nachlässt
 und die fremde Luft um uns zu kreisen beginnt,
 bis das Spiel von Licht und Schatten,
 von Grün und Blau,
 die alten Muster zeigt
 und wir zuhause sind,
 wo es auch sei
 und niedersitzen können und uns anlehnen,
 als sei es an das Grab
 unserer Mutter.

Hier ging es um den Begriff Heimat. Die Diskussion wurde nach dem Mittagessen fortgesetzt.

Migration und Arbeitsrechtsverletzungen in der Produktion unserer Konsumgüter

Im scharfen Kontrast zur beschaulichen Winterlandschaft in Freckenhorst beschrieb Sr. Klarissa nach der Mittagspause die schwierigen Lebensverhältnisse indischer Frauen in den Entkernungsfabriken für Baumwolle im Bundesstaat Guajarat im Westen Indiens. Die Arbeiterinnen müssen migrieren, um Arbeit zu finden. Der Film „Gefangen in der Baumwoll-Kette“ (abrufbar über den YouTube-Kanal von „Südwind e.V.“) gab einen Einblick in die

unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Entkernungsfabriken. Die Mehrzahl der Beschäftigten (etwa 90%) kommt aus weit entfernten Bundesstaaten und muss unter massivsten Arbeitsrechtsverletzungen (Informationen unter www.suedwind-institut.de) in den Fabriken arbeiten.

Als Beispiel für Kinderarbeit wurde die Arbeit auf Kakaoplantagen an der Elfenbeinküste dargestellt. Obwohl von den zuständigen Regierungsvertretern abgestritten, wurde nachgewiesen, dass Kinder aus Mali, Benin und Burkina Faso für die Arbeit rekrutiert werden. Vertreter der europäischen Schokoladenhersteller wollten diese Erkenntnisse zum Thema „Schmutzige Schokolade“ nicht kommentieren.

Außerdem machte Sr. Klarissa auf fehlende Transparenz und Missstände bei der Schuhproduktion aufmerksam und forderte uns als Konsumenten auf, beim Schuhkauf auf gerechte Produktions- und Handelsbedingungen zu achten (Kampagne *Change your shoes*).

Initiative Ordensleute für den Frieden

Sie beschränkte sich nicht auf die Darstellung dieser Beispiele für die Migration anderer.

Sr. Klarissa ist Mitglied der Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF). Die Initiative wurde 1983 gegründet und versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Jahrelang haben die Ordensleute Mahnwache gehalten vor einer Cruise-missile-Basis. Nach Abzug der Raketen haben sie das Augenmerk darauf gerichtet, dass es keinen Frieden gibt ohne Gerechtigkeit für alle. Sie beklagen, dass unser Wirtschaftssystem zu immer größerer Ausbeutung führt. Mit regelmäßigen Mahnwachen (z.B. vor der Deutschen Bank in Frankfurt) und Aktionen, die zivilen Ungehorsam einschließen, machen sie auf die ungerechten Strukturen aufmerksam und leisten Widerstand. Für die IOF ist das kapitalistische Wirtschaftssystem

nicht mit dem Christentum vereinbar, denn hier wird der Mensch geopfert für ein System, in dem das Geld den höchsten Wert darstellt. Als Christinnen und Christen fühlen sich die Ordensleute verpflichtet, dagegen zu kämpfen und nach neuen Systemen zu suchen, in denen die Würde des Menschen im Mittelpunkt steht (Informationen unter www.iof-online.zzl.org).



Sr. Klarissa Watermann (rechts) berichtet über Migration und Arbeitsrechtsverletzungen

Das Versagen der Wirtschaftspolitik

Zur Verdeutlichung ihrer Überzeugung führte Sr. Klarissa viele Beispiele für das Versagen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik an (Josephspfenning, Reaganomics, Trickle-down Theorie, TINA Prinzip There Is No Alternative). Und selbst beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos wurde von einem großen Teil der 3000 Teilnehmer*innen der Nutzen

der Globalisierung zunehmend infrage gestellt (Spiegel ONLINE David Böcking u. Stefan Kaiser 16.01.2017). Sr. Klarissa verwies auf den OXFAM-Bericht von Januar 2017: Die weltweite soziale Ungleichheit ist deutlich dramatischer als bisher bekannt - und nimmt weiter zu: Acht Milliardäre besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In EVANGELII GAUDIUM (zweites Kapitel 50 - 51) von Papst Franziskus heißt es: Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet.

Alternativen zu Davos

Sr. Klarissa sprach von einer Legitimationskrise und einem bröckelnden Selbstverständnis des Weltwirtschaftsforums in Davos. Sie verwies auf das Weltsozialforum als Gegenveranstaltung zu dem Weltwirtschaftsforum. Die erste Veranstaltung fand 2001 in Porto Alegre, Brasilien, statt und wurde zum Symbol für die Bewegung der Kritiker der Globalisierung. Mit den bisher 13 weltweiten Treffen wurde unter anderem beabsichtigt, Alternativen zu dem globalen Neoliberalismus aufzuzeigen.

Eine andere Welt ist möglich. „TATA!“ (*There Are Thousands of Alternatives*) wurde dem TINA – Paradigma der Alternativlosigkeit entgegengestellt. Der Schweizer Jean Ziegler als Kämpfer gegen Armut, Korruption und Hunger und für soziale Gerechtigkeit in der Welt hat gerade ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Ändere die Welt“. Nach diesen detaillierten Ausführungen tauschen sich die Teilnehmer*innen des pc-Studientags in Freckenhorst über eine Vielzahl von hoffnungsvollen neuen Ansätzen aus: verschiedene Arten des Tauschhandels, ethisches Investment, Beispiele des gerechten Teilens, fairer Handel, buen vivir, Ablehnung von Rassismus, Flüchtlingshilfe und vieles mehr.

Das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie

Am Schluss der Veranstaltung stellte Sr. Klarissa das Konzept der *Gemeinwohl - Ökonomie* des Österreicher Christian Felber als Alternative zu kapitalistischer Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft vor. Nach Angaben des „Vereins zur Förderung der Gemeinwohl - Ökonomie“ wird das Modell von 1.760 Betrieben (Ende Januar 2015), 60 Politiker*innen und über 6.000 Privatpersonen unterstützt. Nach Felber beruht die Gemeinwohl-Ökonomie auf den-

selben Verfassungs- und Grundwerten, die unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind gelingende Beziehungen das, was Menschen am stärksten motiviert und am glücklichsten macht. Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Unternehmen werden für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt. Kon(tra)konkurrenz ist möglich, bringt aber Nachteile. Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger mit den Mitteln des Wirt-

schaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität und Gemeinwohl. Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das Bruttoinlandsprodukt als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst, auf der Mesoebene (Unternehmen) der Finanzbilanz eine Gemeinwohl-Bilanz vorangestellt; auf der Mikroebene (Investition) werden alle Kreditanfragen einer Gemeinwohl-Prüfung unterzogen (Informationen unter www.ecogood.org)

Sr. Klarissa beendete die Tagung mit einem Gebet aus der Enzyklika LAUDATO SI von Papst Franziskus.

Gott der Liebe
zeige uns unseren Platz in dieser Welt
als Werkzeuge deiner Liebe
zu allen Wesen dieser Erde,
denn keines von ihnen wird von dir vergessen.
Erleuchte, die Macht und Reichtum besitzen,
damit sie sich hüten vor der Sünde der Gleichgültigkeit,
das Gemeinwohl lieben, die Schwachen fördern
und für die Welt sorgen, die wir bewohnen.
Die Armen und die Erde flehen,
Herr, ergreife uns mit deiner Macht
und deinem Licht,
um alles Leben zu schützen,
um eine bessere Zukunft vorzubereiten,
damit dein Reich komme,
das Reich der Gerechtigkeit, des Friedens,
der Liebe und der Schönheit.
Gelobt seist du.
Amen

„Das Märchen vom menschenfreundlichen Krieg“

Vortrag von Peter Bürger im Rahmen der „Pazifismus-Reihe“ in Nottuln

Immer wo Menschen pazifistische Haltungen zeigen und gewaltfreie Aktionen zur Lösung von massiven Konflikten vorschlagen, werden sie belächelt oder gar als Träumer und Phantasten abgetan und behandelt. Aber schauen wir genau hin: Wo in der Geschichte der Menschheit gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen oder Kriege, die Konflikte zwischen Menschen und Staaten wirklich gelöst haben? Können wir uns den Rückgriff auf die Nützlichkeit militärischer Mittel als bestes aller vorhandenen Mittel, um die auch jetzt deutlich sichtbaren Konflikte lösen zu können, weiterhin leisten? Der Misserfolg in der vergangenen Geschichte spricht deutlich dagegen. Was also ist an diese Stelle zu setzen?

Die kleine Pazifismus-Reihe versuchte zumindest Antworten zu geben und Mut zu machen, um sich für andere Wege zu entscheiden. Eröffnet wurde die Reihe mit einem gut besuchten Vortrag des Theologen und Publizisten Peter Bürger aus Düsseldorf. Nachfolgend skizziert der Referent sein Grundanliegen in einer kurzen Zusammenfassung. Eine Filmaufnahme des gesamten Vortrags

ist auf dem YouTube Kanal der FI Nottuln abrufbar.

Gewinner Rüstungsindustrie – Verlierer Menschheit

Auf dem Globus wird jährlich die astronomische Summe von 1.700 Milliarden Dollar in den Militärapparat gesteckt. Hiervon profitieren allein Rüstungsproduzenten

und andere Kriegsindustrien. Die Menschheit aber wird zum Verlierer, denn das Geld fehlt der Weltgesellschaft beim Aufbau einer Zivilisation des Friedens. Wir müssen uns entscheiden, ob wir weiterhin in den Tod investieren wollen oder stattdessen lieber in das Leben.

1945 erklärten die Vereinten Nationen in ihrer Charta, die Menschheit solle von der Geißel des Krieges befreit werden. Vor einem Vierteljahrhundert gab es die Chance, damit ernst zu machen. Doch auch nach Ende des Ost-West-Konfliktes wurden Weichen für eine neue kriegerische Welt-Unordnung gestellt. Ganzen Generationen brachte man unterdessen in der Schule bei, Militärs seien „Brunnenbauer“ und „Friedensbringer“ (Peacekeeper). Den Pazifisten warf man hingegen vor, sie wollten bei Völkermorden feige zusehen und nichts tun.

Inzwischen liegt der vollständige Bankrott der militärischen Heilslehre offen zutage. Die Kriegsschauplätze ab 1990 zeugen durchweg von wenig ehrenwerten Motiven und – gemessen an den

öffentlich vorgetragene „Zielsetzungen“ – von einem Versagen sondergleichen. Vor allem der mit nachweislichen Lügen gerechtfertigte Angriffskrieg auf den



Peter Bürger

Irak 2003 hat zu einer unkontrollierbaren Gewaltexplosion geführt, die längst viele Länder erfasst. (Bis heute musste sich kein verantwortlicher Kriegsverbrecher aus den mächtigen Staaten hierfür verantworten.) Der Papst spricht von einem „Weltkrieg auf Raten“. Der neue Rüstungswettlauf in

der anvisierten Weltkriegs-Ordnung erstreckt sich auch auf „moderne“ Atomwaffen. Die Zukunft wird für die noch nicht geborenen Generationen verbaut.

Deutschland hätte nach zwei Weltkriegen eine führende Friedensnation werden sollen. Doch unser Land gehört zu den Spitzenreitern der Kriegsgüterexporteure. Es dient somit nicht „dem Frieden in der Welt“ (Grundgesetz), sondern der globalen Gewaltvermehrung. Die Regierung könnte die verfassungswidrigen Waffenlieferungen in aller Herren Länder stoppen, doch sie tut es nicht. Im Bundeswehrweißbuch wird die Sicherung

von nationalen Wirtschafts- und Machtinteressen als Ziel vorgegeben. Die Atomwaffen bleiben im Land und werden modernisiert. Der Militärhaushalt soll explosiv wachsen. Allein vorgesehene „Extrainvestitionen“ bis 2025 betragen 130 Milliarden Euro. Das Verhältnis von Militärausgaben und Friedensbudgets sieht weltweit noch betrüblicher aus als in der Nähe. Die UNO hat man derweil förmlich zur Bettlerin degradiert.

Kriege als Lügengebilde ohne Lösungen

Im Rückblick erweisen sich nun aber alle Kriege der letzten Jahrzehnte, die angeblich für menschenfreundliche Ziele geführt wurden, als Lügengebilde und Katastrophen. Seit 15 Jahren ist Afghanistan ein endloser Kriegschauplatz, Ausgang offen! Der Wahwitz der militärischen ISAF-Beteiligung hat die Steuerzahler hierzulande fast 9 Milliarden Euro gekostet. Doch niemand bei uns übernimmt Verantwortung dafür. – Für die Bombardierungen über Libyen beriefen sich NATO-Mitglieder 2011 auf die Idee der „Schutzverantwortung“, doch in Wirklichkeit sollte eine Regierung gestürzt werden. Danach ist der Staat vollständig zusammengebrochen und „Libyen“ zur Quelle

der weiteren Ausweitung von Terror geworden. Die Ausgangslage erschien später auch ganz anders als zuvor in Sicherheitsrat und Öffentlichkeit dargestellt.

Selbst wenn man den Zielen und vermeintlich guten Absichten bei „humanitären Interventionen“ Glauben schenken wollte, so ist doch durch eine lange Kette von Exempeln erwiesen: Militärische „Lösungen“ funktionieren einfach nicht. Mit Bomben aus der Luft kann man nur neue Gewalt produzieren und zwar auf Jahrzehnte hin.

Wer Menschen schützen und an friedlichen Verhältnissen mitarbeiten will, muss mit beiden Beinen auf dem Boden stehen und der esoterischen Militär-„Logik“ widersagen. Jährlich könnten 20 Millionen Menschen vor einem Tod aufgrund von Unterversorgung bewahrt werden. Doch hier denkt niemand an eine verpflichtende Menschenrechtsverantwortung der Völkergemeinschaft. Endlose weitere Felder ließen sich nennen, auf denen mit einem rationalen und solidarischen Vorgehen das Leben vieler Millionen Menschen gerettet werden könnte – und gleichzeitig die Ursachen von Flucht und Krieg entscheidend verringert würden. Dass dies nicht geschieht, beweist: *Es geht den Predigern der militärischen Heils-*

lehre gar nicht um die Rettung von Menschenleben. Aktive gewaltfreie Verfahren, Prävention und zivile Konfliktbearbeitung funktionieren. Doch hierfür stehen bislang gemessen am weltweiten Kriegsbudget nur lächerliche Portokassen und kleine experimentelle Felder zur Verfügung. Es ist gewollt, dass die einzige Alternative „lächerlich“ klein bleibt. Der Kriegsapparat verweigert sich einer vollständigen Kurswende hin zu zivilisatorischer Intelligenz, Friedenswissenschaften und Friedensindustrien, denn er will sich selbst immer weiter aufrechterhalten.

„No Peace without Justice!“

Ohne Gerechtigkeit auf dem Globus kann es keinen Frieden geben. Eine Wirtschaft, der das Wohl der Mehrheit der Menschen gleichgültig ist, kann sich nach zutreffender Analyse des Papstes nur durch Militärgewalt aufrechterhalten. Die mächtigen Staaten wollen keine fairen Handels- und Wirtschaftsbedingungen für alle. Ein Prozent der Weltbevölkerung verfügt über so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Es ist naiv, man könne ohne einen Abschied von den aggressiven Wirtschaftskomplexen eine friedliche und überlebensfähige Zivilisation aufbauen. Spä-

testens seit Zündung der ersten Atombombe und ebenso unter dem Vorzeichen des Klimawandels steht die Menschheit in einem unzerreißbaren Schicksalsverbund. Die drängenden Probleme der Zivilisation können nur von allen gemeinsam gelöst werden, sonst bleiben sie ungelöst und ein Zeitalter mit bislang noch unbekanntem

Dimensionen der „Barbarei“ wäre die Folge. Deshalb gehört eine durchgreifende Reform der UNO zu den vordringlichsten Herausforderungen der Gegenwart.

Unter den Bedingungen einer gerechteren Weltordnung und einer demokratisch reformierten Organisation der Vereinten Nationen wäre es endlich auch möglich, *funktio-*
nierende Verfahren für Prävention und Schutz gegen Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschheit zu entwickeln und anzuwenden. Hier gibt es in der Friedensbewegung keine Denk-

Der Kriegsapparat ist auf allen Ebenen bankrott und wird von einer überwältigenden Mehrheit der Menschen abgelehnt. [...] Zum Frieden gibt es keine Alternative.

verbote. Wer jedoch die „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect) militärisch denkt, der hat sie schon beerdigt und obendrein dem kriegerischen Missbrauch Konzepte durch die mächtigsten Staaten Tür und Tor geöffnet.

Der Kriegsapparat ist auf allen Ebenen bankrott und wird von

einer überwältigenden Mehrheit der Menschen abgelehnt. Klares Denken tut Not. Dies wird sich jedoch nur mit einer neuen Kultur der Gewaltfreiheit und einem neuen, unerhörten pazifistischen Selbstbewusstsein den Weg bahnen können: Krieg ist die ultimative Irrationalität. Zum Frieden gibt es keine Alternative.

Peter Bürger, geb. 1961 im Sauerland, ist katholischer Theologe und arbeitet als freier Publizist in Düsseldorf. Seit dem 18. Lebensjahr gehört er der Internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi an; Mitgliedschaften außerdem in der DFG-VK und dem Internationalen Versöhnungsbund. 2006 wurde Bürger für seine Forschungsarbeit über „Krieg, Kino und Massenkultur“ mit dem Bertha-von-Suttner-Medienpreis ausgezeichnet (www.friedensbilder.de). Im April 2016 gehörte er zu den deutschen Teilnehmern der internationalen katholischen Konferenz „Nonviolence and Just Peace“ in Rom. Als Antwort auf diese Konferenz hat Papst Franziskus Anfang 2017 einen grundlegend neuen Politikstil der Gewaltfreiheit eingefordert.

Zusammen mit der FI Nottuln und attac Coesfeld organisierte pax christi im Diözesanverband Münster die „Kleine Pazifismus-Reihe“ in Nottuln. Peter Bürger, Thomas Carl Schwoerer, Andreas Zumach, Clemens Ronnefeldt sowie Winni Nachtwei waren die Referenten, die ihre Ideen und These einem stets großen und sehr interessierten Publikum präsentierten. Die Veranstaltungsreihe kann demnach als ein voller Erfolg bewertet werden.

Aus der Werkstatt des Politischen Nachtgebetes

Christel Bußmann

Im Mai 2016 traf sich zum ersten Mal eine Projektgruppe, die das „Politische Nachtgebet“ neu beleben wollte: Hildegard Garske aus Xanten, unser Friedensreferent Daniel Hügel, Veronika Hüning aus Gescher, Gunhild Ockel aus Vechta, Gerhard Sprekelmeyer aus Emsdetten, Christel Bußmann aus Marl. Später kam noch Barbara Brockmann als Mitarbeiterin der KSHG dazu. Die Anzahl der gefahrenen Kilometer war also erheblich bei unseren mehrmaligen Treffen.

Schnell waren wir uns einig: Das Thema sollte „Flucht und Migration“ sein. Aber, sollte der Gottesdienst weiter „Politisches Nachtgebet“ heißen? Wen schrecken wir damit ab, wir wollen doch einladen! Schließlich war klar: Der Name ist ein Markenzeichen, auf das wir nicht verzichten wollen, trifft er doch genau das Kernanliegen von pax christi, politische Zusammenhänge und Spiritualität zu verbinden.

Einen Aspekt der Gestaltung wollten wir allerdings verändern. Diesmal sollte nicht die Predigt eines Promis im Mittelpunkt des Gottesdienstes stehen, sondern wir wollten nach anderen Elementen suchen. Als ein Glücksfall erwies

es sich, dass der Menschenrechte-Chor aus Emsdetten auf Anfrage sofort und gerne bereit war, das „Politische Nachtgebet“ mitzugestalten. Der Chor besteht aus engagierten Emsdettener Bürger*innen und geflüchteten Menschen, vor allem aus Syrien.



Das Politische Nachtgebet 2016 in der Petrikerche

Zum zweiten schien uns das Element „Beten mit der Zeitung“ passend: Konfrontation von biblischen Texten zu „Flucht und Vertreibung“ mit Artikeln aus der aktuellen Presse zum gleichen Thema. Es entsteht dadurch eine spezifische Dynamik des Nachdenkens und Für-Betens.



Der Menschenrechte-Chor aus Emsdetten gestaltete das Politische Nachtgebet mit

Im Verlauf des Gottesdienstes passte beides gut zueinander. Besonders der Menschenrechte-Chor mit seinen mitreißenden Liedern und die Zeugnisse von jungen Syrern über die Erfahrungen vor

und während ihrer Flucht und ihre Erlebnisse in Deutschland haben beeindruckt und den Gottesdienst sehr bereichert.

Die kurzfristig vorgenommene zeitliche Verlegung des „Politischen Nachtgebets“ um eine Woche nach vorne auf den 11.11.2016 brachte nicht den gewünschten Erfolg. Zu unserem zunächst geplanten Termin fand ein Taizé-Gebet im Dom statt, das erfahrungsgemäß junge Menschen anzieht. Das „Politische Nachtgebet“ war mit etwa 40 Personen ohne den Chor nicht schlecht besucht, aber unsere Wunschgruppe der Studierenden wurde nicht erreicht. Daran werden wir weiter arbeiten.

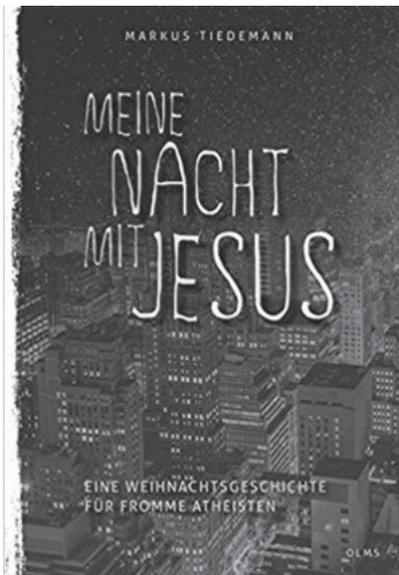
Das nächste Nachtgebet in der Petrikerche ist für November 2017 geplant zum Thema „Streit“. Ideen dazu sind sehr willkommen.

In jedem Fall soll ein Nachtgebet von pax christi zum Katholikentag 2018 stattfinden.

Rezension

Eberhard Ockel

Markus Tiedemann: Meine Nacht mit Jesus. Eine Weihnachtsgeschichte für fromme Atheisten



Die Geschichte beginnt mit dem Erlebnis eines Ich-Erzählers, der in einer WG in Brooklyn lebt und wenig begeistert von der Aussicht ist, am Heiligen Abend ohne seine Mitbewohner verbringen zu müssen. Er hat gerade auf einer weihnachtlichen Betriebsparty einen unzweideutigen Antrag seiner Chefin abgelehnt.

In dieser eher negativen Stimmung trifft er auf einen „Penner“, der mit Ausnahme seines wild bewaldeten Gesichts eigentlich ganz ordentlich scheint und dessen Geruch erträglich. Er nennt sich Jesus, behauptet, am heutigen Tag Geburtstag zu haben und bittet um ein Nachtlager, weil es bitter kalt ist.

Das Dilemma, in das diese Frage den Ich-Erzähler stürzt, ist nachzuvollziehen: einerseits mit einem wildfremden Menschen die Wohnung zu teilen, andererseits die moralische Verpflichtung, diesen Menschen nicht dem Erfrierungstod auszuliefern. Wie zu erwarten, wird eine eher zurückhaltende Einladung ausgesprochen, und die Sicherheitsmaßnahmen nehmen hysterische Züge an, als er genötigt ist, seine Barrieren hektisch zu entfernen, um rechtzeitig die

Markus Tiedemann: Meine Nacht mit Jesus. Eine Weihnachtsgeschichte für fromme Atheisten, mit einer Illustration von Lina Tiedemann, Hildesheim: Olms 2016, kart., ISBN 978-3-487-08563-0, 35 Seiten, 9,80 Euro

Toilette zu erreichen. Immerhin ist er überzeugt davon, es mit einem Psychopathen zu tun zu haben. Obwohl hundemüde, will er doch seinem Gast, der beansprucht Gott zu sein, auf den Zahn fühlen.

Daraus entwickelt sich ein Gespräch, an dem jeder Sinnsucher, jede religiös Unmusikalische seine/ ihre Freude haben wird; Jesus

zeigt sich der zunehmenden Aggressivität seines Gastgeber durchaus gewachsen. Er bleibt ruhig, provoziert aber mit dieser Ruhe dessen Wut erst recht.

Für mich ist diese Geschichte, die in einer knappen Stunde durchzulesen ist, geeignet für Jugendliche ab 15, ebenso wie für alle Älteren.

Rezension

Eberhard Ockel

Peter Bürger: Sauerländische Friedensboten. Friedensarbeiter, Antifaschisten und Märtyrer des kurkölnischen Sauerland.

Ein vorbildlich recherchierter Sammelband, dem ein engagierter Heimatforscher, Friedensfreund und zugleich jahrzehntelanges pax christi Mitglied zum Druck verholfen hat.

Für alle Freunde der Regionalgeschichte unbedingt empfehlenswert: die einzelnen Artikel gehen weit über bloße Information hinaus; sie vermitteln gleichsam den Motor, der jeden einzelnen hier geschilderten Menschen antrieb.

Geschickt werden sekundäre Informationen mit authentischen Texten verbunden. So entsteht ein lebendiges Lebensbild jeder einzelnen Person. Und keine Angst vor dem großen Umfang! Das Buch lädt zum Stöbern ein. Die einzelnen Beiträge sind mit einer Ausnahme kaum länger als zehn Seiten. Und der letzte Beitrag in sauerländischer Mundart schildert das tragische Schicksal zweier Ordensleute, die mit dem Erzähler das KZ geteilt haben, aber ihre Widerständigkeit gegen die Nazi-Herrschaft mit dem Leben bezahlt haben: Schwester Angela Autsch aus Rölleken und Bruder Servulus Patermann aus Bühne (509ff).

Ganz am Schluss (516-521) findet man ausführliche Infos über die Autor*innen.

Wer sich für unbekannte oder nur regional bekannte Märtyrer der Hitler-Diktatur interessiert, kann sich über junge Katholiken informieren, die sich der Anpassung verweigerten (225ff), und zu den aktivsten Verbreitern der Galen-Predigten gehörten. Eine Zeichnung illustriert ihre Gemeinschaft in der Haftzelle (230). Lesend kann man sich in das Schicksal von Josef Hufnagel (1903-1944) einfühlen, indem man dessen Briefe aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden an seine Familie (253ff) liest. Und auch der Journalist Franz Geuecke (1887-1942, Foto 184, Foto) aus Bracht fällt wegen seiner pazifistischen Äußerungen - als überzeugter Anhänger der Zentrumspartei - aus dem Rahmen der herrschenden Ideologie und wird im KZ Groß-Rosen umgebracht.

Menschen, die gegen national-sozialistische Ungerechtigkeiten ankämpfen und so ihre Position und berufliche Stellung aufs Spiel setzen, sind beispielsweise Rudolf Gunst (1883-1965, Foto 175), der schon 1933 sein Amt als Bürgermeister von Hüsten verlor (165ff). In die gleiche Kategorie gehört Josef Rütter (1881-1972, Foto 120), der als Wegbereiter des Friedens-

bundes Deutscher Katholiken im Sauerland ständig mit der Gestapo in Konflikt geriet (113ff).



Ein bedeutender Teil der Beiträge nimmt Friedensaktionen in den Fokus: so wird der Borberg und die dort errichtete Marienkapelle (seit 1925) ausführlich als Symbol des Friedens und der Völkerverständigung in zeitgenössischen Reden und Jubiläumsfeiern gewürdigt (29ff). Zudem passt es in den Zusammenhang, den Kriegerkult im Sauerland zu thematisieren und sich von unpassender und unangemessener Heldenverehrung unter Bezug auf diese Kapelle zu distanzieren (57ff).

Pazifisten und deren Denunzianten sind ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch das Buch zieht. Zwei Beispiele mögen das

*Peter Bürger (Hg.):
Sauerländische
Friedensboten.
Friedensarbeiter,
Antifaschisten und
Märtyrer des kur-
kölnischen Sauer-
land. Erster Band,
Norderstedt: BoD
2016 (= edition
leutekirche Sauer-
land 4), 521 Sei-
ten, broch., ISBN
978-3-7431-2852-
1, 14,90 Euro*

veranschaulichen: Hubert Tigges (1895-1971) veranstaltet als Anwalt der Europäischen Idee und pazifistischer Quickborner schon früh geführte Gruppenreisen in Europa, bis er von der nationalsozialistischen Organisation Kraft durch Freude verdrängt wird.

Immer wieder wird er von der Gestapo wegen seiner offenen Sprache - von Reiset Teilnehmern denunziert - verhört und verurteilt.

Pfarrer Peter Grebe (1896-1962, Foto 240) wird vom Volksgerichtshof am 16.11.1944 wegen Wehrkraftersetzung - seine offenen Worte werden ebenfalls gezielt

denunziert - zum Tode verurteilt; das Urteil wird offenbar durch bischöfliche Intervention in 10 Jahre Zuchthaus umgewandelt, Und aus dem Zuchthaus, monatelang an Händen und Füßen gefesselt, befreien ihn sowjetische Soldaten.

Das Buch ist eine Fundgrube! Besonders beeindruckend ist für mich, dass die unterschiedlichen Motivationen der Widerständler nicht bewertet werden. Es geht dem Herausgeber um das mutige Widerstehen in einer Zeit, in der eine solche Haltung lebensgefährlich sein konnte. Die Lektüre hinterlässt auch ihre Wirkung: auch heute kann das Handeln gegen den Trend und aktives Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit riskant sein. Das Buch stellt den Leser und die Leserin womöglich in Frage...

In Kasten am Rand: Peter Bürger (Hg.): Sauerländische Friedensboten. Friedensarbeiter, Antifaschisten und Märtyrer des kurkölnischen Sauerland. Erster Band, Norderstedt: BoD 2016 (= edition leutekirche Sauerland 4), 521 Seiten, broch., ISBN 978-3-7431-2852-1, 14,90 Euro

Glosse

Gesegnete Darm-/Blasenleerung

Eberhard Ockel

*In Münster im Verbändehaus, Schillerstraße 44a, sind vor Toiletten besondere Piktogramme angebracht: sie laden zum Grübeln ein. Mit einem Augenzwinkern wurden sie von Mitarbeiter*innen der Christlichen Initiative Romero (CIR) angebracht, welche alte und neue Büronachbarin unseres pax christi Büros ist.*

Das männliche Piktogramm zeigt einen Männerumriss mit Krawatte und Armen, jedoch mit Kahlkopf ohne Augen; die Füße stehen im Wasser.

Das weibliche Piktogramm schmücken volles Haar, große Augen, breites Becken und ein Anhänger vor dem Bauchnabel. Arme sucht man beim weiblichen Piktogramm vergeblich. Dafür wirkt es betont mädchenhaft.

Treffen sie nicht Stereotype von Kirche? Der Mann ist als Ernährer immer im Dienst, korrekt und konservativ gestylt und schwebt über alltäglichen Problemen. Die Frau ist handfest, gebärfreudig und stets aufmerksam, geschmückt und frisiert.

Nach den Worten Jesu wandelt der gläubige Apostel über das Wasser (bisher stand jeder motorisierte Besucher des langfristigen Provisoriums im Wasser - diesen Zustand bewahrt das Piktogramm im Bewusstsein) und das weibliche Zeichen: Maria signalisiert uneingeschränkte Zuwendung und deutet durch ihre Körperform die ständige Verführung zur Sünde an.

Der Mann kann auf Sinnesorgane verzichten, weil die Frau ganz Auge ist und ihm in Demutshaltung entgegenatmend für ihn sich hübscht, und das Wasser, in dem er steht, lässt viele Deutungen offen...

Hier dürfen sich nur gesichtslose Ernährer und gebärfreudige Verführerinnen hygienisch erleichtern!

Termine und Ankündigungen

Sonntag, 23.4.2017, 11 Uhr

Einweihung des neuen Tores zum jüdischen Friedhof

Feierliche Einweihung des neu gestalteten Tores zum jüdischen Friedhof in Gescher mit anschließender Ausstellung im Rathaus und Umtrunk

Samstag, 13.5.2017

AufKLANG – Suche Frieden

Auftaktveranstaltung zum Katholikentag

13.30 Uhr mit Musik und Katholikentagsflair auf den Plätzen der Innenstadt. Musikgruppen aller Art präsentieren ihr Können.

17.00 Uhr Wortgottesdienst im Dom mit unserem Bischof Dr. Felix Genn

Der Gottesdienst findet unter der Mitwirkung des pax christi Diözesanverbands Münster statt.

Im Anschluss wird es auf dem Domplatz gemütlich: Bei Musik, Getränken und Fingerfood klingt der Tag aus.

20.05.2017, 15 Uhr

Verleihung des Papst-Johannes XXIII-Preis 2017

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Der vierte Papst-Johannes XXIII-Preis geht an Bernd Mülbrecht und sein Team im Haus der Wohnungslosenhilfe (HdW) in Münster. Mit dem Preis ehrt pax christi im Diözesanverband Münster Menschen oder Gruppen, die sich im Sinne des 2014 heiliggesprochenen Papstes und des von ihm inaugurierten Zweiten Vatikanischen Konzils engagieren.

Spenden vor Ort sind willkommen!

Samstag, 1.7.2017, 10-17 Uhr

Stadtlohn, Pfarrheim St. Josef

Regionaler Studientag Westmünsterland / nördliches Ruhrgebiet: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ (Apg 5, 29b) - Eine Frage des Gewissens: Kirchenasyl!“

16. bis 22. Juli 2017

Pilger- und Versöhnungsreise nach Tschechien

Anmeldungen zur Friedens- und Versöhnungsfahrt mit Stationen in Dresden, Theresienstadt, Prag, Lidice, Sudeten und Bamberg sind noch möglich. Weitere Informationen auf unserer Homepage (www.muenster.paxchristi.de) und im Reiseprospekt, der im Büro abgeholt oder bestellt werden kann: muenster@paxchristi.de oder telefonisch, 0251 511420

Donnerstag 7. und Freitag, 8.9.2017

Friedensprojekt

Unsere zurückgekehrten Kiew-Freiwilligen, Charlotte Rufflet und Aljoscha Becker, stehen interessierten Klassen in Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs zur Verfügung, um über ihren Dienst und ihre Erfahrungen in der Ukraine zu berichten und das Friedensdienstprojekt vorzustellen.



Aktuelle Termine und Veranstaltungstipps finden Sie auch auf unserer Webseite: www.muenster.paxchristi.de

Haben Sie einen spannenden Veranstaltungstipp für uns und unsere Mitglieder? Dann schicken Sie uns die Informationen gerne an muenster@paxchristi.de

Samstag, 9. bis Dienstag, 12.9.2017

Internationales Weltfriedenstreffen

Das nächste internationale Weltfriedenstreffen der Gemeinschaft Sant' Egidio findet 2017 in Münster und Osnabrück statt. Führende Repräsentanten von Kirchen und Religionen aus aller Welt sowie tausende Teilnehmer werden sich in den Domstädten treffen.

Mehr Informationen unter www.santegidio.org und unter <http://www.bistum-muenster.de>

Anmeldungen per Email unter friedenstreffen2017@santegidio.de sowie postalisch und im Büro in Münster: Kleines Paradies Münster, Spiegelturm 2, 48143 Münster

Dienstag, 12.9.2017

Kinderfriedenstreffen in Münster auf dem Domplatz.

Wir planen einen Friedenslauf von Schüler*innen und freuen uns über Unterstützungsangebote (interessierte Lehrer*innen, Sponsor*innen, Helfer*innen, Referent*innen für das pädagogische Begleitprogramm,...). Melden Sie sich gerne bei uns im Büro!

Samstag, 22.10. 2017

pax christi Diözesanversammlung, Münster

Der Termin bereits zum Vormerken;

Tagungsort, -zeit und -programm werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Bergwander-Exerzitien 2017 auf Bettmeralp, Wallis/Schweiz

*für Ausgetretene, Zweifelnde und suchende Christ*innen*

Donnerstag, 24.8.- Mittwoch, 30.8.2017

„Erfüllt leben – Mensch werden“ Das Geschenk einer liebevollen Lebensweise

Leitung: Klaus Hagedorn, Seelsorger im FORUM St. Peter und Geistlicher Beirat von Pax Christi Münster

Exerzitien machen bedeutet:

ich Zeit nehmen für sich selbst – Zeit haben, sein Leben neu zu ordnen
– Zeit nutzen, mit jemandem ins Gespräch zu kommen.

Wer kennt sie nicht: die Sehnsucht nach dem Anderswo: um die ausgetretenen Pfade des Alltags zu verlassen, dem Diktat des Terminkalenders zu entfliehen, die von Beruf und Familie geforderten Rollen abzulegen – um einfach einmal aufzuatmen, auf neue Weise anzukommen, anders als gewohnt zu leben, um Neues zu entdecken an mir und in der Welt und neue Lebensgeister kommen zu lassen: „Erfüllt leben – Mensch werden“. Die Walliser Alpen, der Große Aletsch-Gletscher und Bettmeralp – ein wunderbares Landschafts-Profil – können uns dazu einen Ort anbieten – und uns anstoßen, über unsere Sehnsucht und unsere Lebenswünsche, uns selbst, unsere Konturen und Kanten, über unser Profil nachzudenken und Neues zu entdecken.

Eingeladen ist zu einem geistig-geistlichen Unternehmen. Jeder Tag steht unter einem besonderen Profil-Thema – orientiert an den Herausforderungen der Natur (Aletschwald (höchst gelegener europäischer Wald), Aletschgletscher (größter europäischer Gletscher), Eggishorn-Besteigung, Abstieg in die Massa-Schlucht, Grund des Marjellensee) und orientiert an der mystischen Tradition des Christlichen, an biblischen Texten und Lebenserfahrungen.

Entdecken wollen wir in und mittels der Bergwelt bisher vielleicht weniger erlebte Dimensionen unseres Lebens sowie neue Zugänge zum Christlichen.

Unser Quartierort ist Bettmeralp, ein kleiner autofreier Ort auf 2.000m Höhe – ganz in der Nähe des Großen Aletschgletschers.

Die Kosten für gemeinsame Hin- und Rückfahrt mit DB und SBB, Verpflegung und Unterbringung in Einzelzimmern betragen nach derzeitiger Kalkulation: EUR 550,-.



Für Leute von pax christi sind VIER Plätze vorgehalten. Bei finanziellen Engpässen ist nach Absprache Ermäßigung möglich. Nähere Informationen sowie Anmeldung erbeten bei: Klaus Hagedorn

Klaus Hagedorn
Pastoralreferent, Seelsorger im FORUM St. Peter
Peterstr. 22-26
26121 Oldenburg
tel: 0441 - 390 306 11 oder - 55339
hy: 0160 - 970 76767
fax: 0441 - 390 306 19
hagedorn@forum-st-peter.de
www.forum-st-peter.de

KONTAKT



(Neue) Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Dienstag und Mittwoch von 8.30-12.30
Uhr sowie Termine nach Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

Karl-Heinz Lammerich (Sekretariat):
Montag 14.00-18.00 Uhr und
Mittwoch 11.00-15.00 Uhr

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: GENODEM1DKM – DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold,
Eberhard Ockel

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Mystik der offenen Augen

Von Klaus Hagedorn

Die Verbindung von tätigem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit und Vertrauen auf Gott, die Verbindung von Politik und Mystik, ist heute so aktuell wie vor 37 Jahren zu Zeiten von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero. Romero war ein Mensch, der sich entwickelte, der sich bekehrte. Er entdeckte: Wenn ich Menschen, die meinem vertrauten Gesichtskreis verborgen bleiben, in den Blick nehme, befinde ich mich auf der Spur Gottes. Das ist die Mystik der offenen Augen, die mehr und nicht weniger sehen als andere, die vor allem unsichtbares Leiden sichtbar machen – gelegen oder ungelegen. Jesu erster Blick galt eben dem Leid.

Als ein deutscher Journalist Romero fragte, was man denn von Deutschland aus für die Menschen in El Salvador tun könne, war seine Antwort überraschend. Er sprach nicht von Hilfen oder von internationalen Handelsbeziehungen, sondern von der Grundvoraussetzung für Solidarität: „Vergesst nicht, dass wir Menschen sind.“